



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Das Vienna International Centre. Die Motive der an der
Entstehung beteiligten Akteur*innen

verfasst von | submitted by
Karoline Lebzelter BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von | Supervisor:

Assoz. Prof. Dr. Elisabeth Röhrlich

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit der Entstehungsgeschichte des Vienna International Centre. Dabei werden insbesondere die Motive der an der Entscheidung beteiligten österreichischen Akteure beleuchtet und analysiert. Die Forschungsfrage lautet: Welche Faktoren und Motive auf österreichischer Seite trugen dazu bei, dass Wien als dritter Standort für die Vereinten Nationen ausgewählt wurde, und wie spiegelten sich diese in der innenpolitischen Debatte wider?

Diese Frage wird mittels der Analyse von Primärquellen aus verschiedenen Archiven, wie dem Bruno Kreisky Archiv, dem österreichischen Staatsarchiv, der österreichischen Mediathek und Stenografischer Protokolle in dieser Arbeit beantwortet. Zudem wurde eine Akteurszentrierte Perspektive eingenommen. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf der die Entstehungsgeschichte begleitenden innenpolitischen Debatte in Österreich zwischen 1970 und 1979. Ergänzend werden die parallel dazu stattgefundenen diplomatischen Aktivitäten der jeweiligen Bundesregierungen beleuchtet.

Diese Arbeit gelangt zu dem Ergebnis, dass ein wesentlicher Faktor in der Entstehungsgeschichte des VIC in der bemerkenswerten Kontinuität der österreichischen Außenpolitik zwischen 1955 und 1979 zu sehen ist. Dabei wie auch beim Bau des VIC kam Bruno Kreisky eine zentrale Rolle zu. Die Ansiedelung von internationalen Organisationen geschah zwar primär aus politischen Interessen, gleichzeitig schuf der Bau des VIC auch viele Arbeitsplätze, weswegen auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle spielten.

Inhalt

1.	Einleitung.....	3
2.	Internationale Organisationen in Wien.....	14
2.1	Die relevanten politischen Akteure in Österreich und ihr Neutralitätsverständnis	14
2.2	Österreichs Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen	24
3.	Die Ansiedelung der IAEA und der UNIDO in Wien.....	27
3.1	Die internationale Atomenergieorganisation 1957	27
3.2	Die Entscheidung für Wien als Standort der IAEA	28
3.3	Die innenpolitische mediale Berichterstattung zur Ansiedelung der IAEA.....	31
3.4	Von der IAEA zur UNIDO	33
3.5	Die Ansiedelung der UNIDO 1967	35
3.6	Zur Kontinuität der österreichischen Außenpolitik.....	42
4.	Der Weg zum Vienna International Centre	43
4.1	Die ersten Schritte: Amtssitzabkommen und Vertrag mit UNIDO und IAEA	43
4.2	Übergabe der Projektverantwortung von der ÖVP zur SPÖ	46
4.3	Die wirtschaftliche Bedeutung des VIC	48
4.4	Innenpolitische Kontroverse	50
4.4.1	Architekturwettbewerb.....	50
4.4.2	Kosten und Dimensionierung des VIC	59
4.5	Das VIC aus Sicht der Vereinten Nationen	71
5.	Zusammenfassung und Ausblick	86
5.1	Eröffnung des VIC	86
5.2	Zusammenfassung.....	91
6.	Literaturverzeichnis.....	94
6.1	Primärquellen	94
6.2	Sekundärliteratur	107

1. Einleitung

„Allen Kritikern des Projekts kann aber vor allem eines nicht deutlich genug gesagt werden: Österreich braucht den internationalen Amtssitz, es braucht die Investition in den Anschluß [sic] an die Welt.“¹

Als am 23.08.1979 das Vienna International Centre (VIC) als bis dahin größtes Bauprojekt der Zweiten Republik eröffnet wurde, blickte Österreich nicht nur auf sechs Jahre Bauzeit, sondern auch auf mehr als ein Jahrzehnt innenpolitischer Debatten und außenpolitischer Anstrengungen zurück. Das obige Zitat, das begleitend zur zweiten Nationalratsdebatte über die Finanzierung des VIC am 22.01.1975 in einer österreichischen Tageszeitung erschien, verweist auf eine bemerkenswerte innenpolitische Situation, in der ein Dissens in Fragen der Kosten und Finanzierung den Umstand eines Konsenses hinsichtlich der Vorteile eines dritten UN-Standorts in Wien überdeckte.

Heute ist die damalige Kritik verstummt. Das VIC feiert 2024 sein 45-jähriges Bestehen an seinem Standort im Donaupark im 22. Wiener Gemeindebezirk und beherbergt aktuell 15 internationale Organisationen, die dort ihren Hauptsitz bzw. ein Büro unterhalten. Stand 2024 sind dort rund 5000 Mitarbeiter*innen beschäftigt.² Wien ist damit einer der vier UN-Standorte, gemeinsam mit New York, Genf und Nairobi.

Schon vor dem Beschluss zum Bau des VIC, der in dieser Arbeit beleuchtet wird, war Wien als Standort für internationale Organisationen entdeckt worden. Noch bevor 1957 mit der International Atomic Energy Agency (IAEA) die erste internationale Organisation ihr Hauptquartier in Wien errichtete, eröffnete bereits 1951 der United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) ein Büro in Wien. Zehn Jahre nach der IAEA folgte die nächste internationale Organisation, und zwar die United Nations Organisation for Industrial Development (UNIDO). Da die Standortentscheidung dieser beiden internationalen Organisationen für die Errichtung des VIC eine relevante Rolle spielte, werden diese beiden Organisationen im Zuge der Masterarbeit genauer in den Blick genommen. Nach der Eröffnung des VIC am 23. August 1979 folgten weitere internationale Organisationen, die neben IAEA und UNIDO dessen Räume bezogen. Im Zuge der Eröffnung übersiedelte – nicht ganz freiwillig (siehe 4.5) – die United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL) von New York nach

¹ Hans Werner *Scheidl*, Babylon an der Donau. In: Die Presse (22. Jänner 1975), 1.

² Die Vereinten Nationen in Wien, online unter <<https://unis.unvienna.org/unis/de/about/unvienna.html>> (19.06.2024).

Wien. Erst in den 1990er Jahren folgten weitere Teilorganisationen der Vereinten Nationen. Den Anfang machte 1993 das United Nations Office for Outer Space Affairs (UNOOSA). Ein Jahr später folgte das United Nations Office of Internal Oversight Services (OIOS). Mit ihrer Gründung in den 1990er Jahren fanden auch die Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization (CTBTO Preparatory Commission) und das United Nations Office of Drugs and Crime (UNODC) ihren Platz in Wien. Als bislang letzte UN-Organisation übersiedelte 1998 die International Commission for the Protection of the Danube River (ICPDR) ins VIC.³ Die rege und vielfältige Konferenzaktivität all dieser Organisationen sind zu einem kaum mehr wegzudenkenden Charakteristikum und Wirtschaftsfaktor⁴ für die österreichische Bundeshauptstadt geworden. Ebenso zählt die Silhouette des Gebäudekomplexes zu den markanten Teilen der Wiener Skyline.

Das VIC hat bis heute einen großen Einfluss auf die österreichische Außenpolitik und das Ansehen Österreichs in der Welt. Der Konnex zwischen Außen- und Innenpolitik, der finanzielle Umfang des Projekts und die politischen Verhältnisse im Nachkriegsösterreich mit seinen beiden Großparteien machen die Entscheidungsprozesse von der Formulierung des Wunsches bis zur Eröffnung des VIC zu einem relevanten Forschungsgegenstand, da sich daran die innenpolitische Situation in den 1970er Jahren gut analysieren lässt. Hilfreich ist dabei, dass es sich um einen aus heutiger Sicht abgeschlossenen Prozess handelt, der auch den Vergleich zwischen Aussagen und Auswirkungen ermöglicht.

Die Relevanz dieses Forschungsgegenstandes besteht auch darin, dass die Forschungsliteratur in dieser Frage noch unvollständig erscheint. Zwar liegen bereits Werke zu den internationalen Organisationen in Wien und zur Neutralitäts- bzw. Außenpolitik von Österreich in den 1970er Jahren im Allgemeinen vor. Gleichzeitig wurden verschiedene Primärquellen aus dieser Zeit bislang nicht betrachtet. Durch ihre Analyse sollen neue Erkenntnisse in Bezug auf die damaligen Entscheidungsprozesse erzielt werden.

Das VIC verkörpert die Idee einer Sicherheitspolitik durch nicht-militärische Einbindung auf internationaler Ebene und Anfang der 1970er Jahre gab es zu diesem Zugang auch einen breiten innenpolitischen Konsens. Die Fertigstellung des VIC und die damit einhergehende Ansiedelung von internationalen Organisationen in Wien entsprach den Vorstellungen von

³ Vereinte Nationen, Die Familie der Vereinten Nationen in Wien, online unter <<https://www.unvienna.org/unvienna/de/2nd/unvienna.html>> (27.04.2024).

⁴ Thomas Klestil, Entscheidungen auf dem Weg zur Ansiedelung internationaler Organisationen und zum Bau der UNO-City. Wien als dritte UNO-Stadt. In: Fritz Hoffmann (Hg.), UN-City Wien. Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien – Vienna International Centre (Wien 1979) 31.

Österreichs Außen- und Neutralitätspolitik, wie sie auch der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky vertrat, nämlich, dass die Ansiedelung von internationalen Organisationen in Wien die Sicherheit von Österreich stärken würde. Am Tag der Eröffnung des VIC wird Kreisky in der Financial Times mit den Worten zitiert: „A large army would cost us more and bring us less.“⁵ Dem ungeachtet wurde das VIC während seiner Bauzeit zu einem Streitthema zwischen den beiden Großparteien, nämlich der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ)⁶ und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP).

Diese Arbeit befasst sich mit den Motiven der politischen Akteure zunächst für die Entscheidung für den Bau des VIC und dann für ihre Positionen in den Debatten während der Bauphase. Dementsprechend wurde die folgende Forschungsfrage formuliert:

Welche Faktoren und Motive auf österreichischer Seite trugen dazu bei, dass Wien als dritter Standort für die Vereinten Nationen ausgewählt wurde, und wie spiegeln sich diese in der innenpolitischen Debatte wider?

Die Beantwortung der Forschungsfrage erfolgt durch die Dokumentation und Analyse der Motive und Positionen der an den Entscheidungen beteiligten Akteure. Da das Themenfeld, welches die Forschungsfrage abdeckt, relativ weit gefasst ist, wurden die folgenden drei Unterfragen definiert, um die einzelnen Aspekte des Themenfeldes zu beleuchten.

- Welche Bedeutung hatte der von Kreisky besonders propagierte Sicherheitsaspekt für die Entscheidung, sich als dritter Standort zu bewerben?
- Welche Bedeutung hatte der Wunsch der österreichischen Politik außenpolitisch eine größere Rolle zu spielen?
- Welche Bedeutung hatte der wirtschaftliche Aspekt der Errichtung des VIC?

Forschungsstand

Die Motive der an der Entscheidung beteiligten Akteure umfassen verschiedene Aspekte. Diese dienen als Struktur für die Analyse des Forschungsstandes. Entlang der im vorigen Abschnitt genannten Unterfragen wurde die vorhandene Literatur hinsichtlich der Themen

⁵ „World Role in Science“. Vienna: Financial Times Survey. In: Financial Times (23.08.1979), 25–26, online unter Financial Times Historical Archive, <<https://link.gale.com/apps/doc/HS2303865175/FTHA?u=43wien&sid=bookmark-FTHA&xid=b3a560f4>> (01.06.2024).

⁶ Die SPÖ wurde 1945 unter den Namen Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten) gegründet. Diese Bezeichnung wurde erst 1991 von Franz Vranitzky in Sozialdemokratische Partei Österreichs geändert. In: Felix Czeike (Hg.), Historisches Lexikon (Wien 1997), online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Sozialdemokratische_Partei_%C3%96sterreichs> (21.05.2024).

Neutralität und Sicherheit, internationale Einbindung Österreichs und Wirtschaftspolitik im Kontext der 1970er Jahre und dem Bau des VIC untersucht. Für die Analyse von Motiven und Entscheidungen soll außerdem der Forschungsstand zu den Ansiedlungen von UNIDO und IAEA der Arbeit vorangestellt werden.

Die politische Situation und die Ereignisse der 1970er Jahre sind als Teil der österreichischen Nachkriegsgeschichte zu betrachten. Gerald Stourzh und Wolfgang Müller⁷ widmen sich in ihrer Arbeit dem chronologischen Verlauf der Ereignisse, die zum Abschluss des österreichischen Staatsvertrages 1955 geführt hatten. Die Erklärung der immerwährenden Neutralität tritt dabei als essenzieller Faktor für die Unabhängigkeit auf, obwohl sie nicht Teil des Vertrags ist.⁸ Martin Senn verweist darauf, dass im Moskauer Memorandum eine Neutralität nach dem Vorbild der Schweiz avisiert worden war.⁹ Strouzh und Mueller zeigen anhand in- und ausländischer Stimmen, dass die Neutralität im Laufe der 1950er Jahre als gangbares Zukunftsszenario für Österreich breite Zustimmung in den Nachkriegsjahren erhielt¹⁰. Die Neutralitätserklärung vom 25.10.1955 legte jedoch abgesehen von der militärischen Neutralität keine darüber hinausgehende Neutralitätspolitik fest.¹¹ Vielmehr entwickelte sich – teils bereits vor 1955 – ein spezifisches Neutralitätsverständnis in jeder der beiden damaligen Großparteien. Die Position der ÖVP wurde von Markus Prutsch herausgearbeitet. Sie steht nach 1955 laut ihrem Parteiprogramm für eine strikte militärische Neutralität bei einer gleichzeitig ideologischen Orientierung nach Westen.¹² Auch in der Opposition in den 1970er Jahren ändert sich diese Haltung nicht, jedoch ist ein verstärkter Fokus auf Europa zu beobachten.¹³ Die außenpolitische Ausrichtung der SPÖ wurde insbesondere von Bruno Kreisky geprägt. Während Einigkeit hinsichtlich der militärischen Neutralität bestand, ließ sich Kreisky – trotz einer Befürwortung einer Containment-Politik gegenüber der Sowjetunion – Gesprächsmöglichkeiten nach Osten hin offen.¹⁴

⁷ Gerald Stourzh, Wolfgang Mueller, Der Kampf um den Staatsvertrag 1945-1955: Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität Österreichs (Wien/Köln/Weimar 2020).

⁸ Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der Alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts (Innsbruck/Wien/Bozen 2005) 108.

⁹ Martin Senn, Österreichs Neutralität. In: Martin Senn, Franz Eder, Markus Kornprobst (Hg.), Handbuch Außenpolitik Österreichs (Wiesbaden 2023) 30.

¹⁰ Stourzh, Mueller, Der Kampf um den Staatsvertrag 1945-1955, 283.

¹¹ Senn, Österreichs Neutralität, 31.

¹² Markus J. Prutsch, „Neutralität“ – Positionen und Positionswandel der ÖVP im Spiegel von Grundsatz- und Wahlprogrammen sowie Regierungserklärungen der Zweiten Republik: eine Bilanz. In: Medien und Politik ÖZP 35 (2006) 428.

¹³ Prutsch, „Neutralität“ – Positionen und Positionswandel der ÖVP, 429.

¹⁴ Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 198.

Die Publikation von Michael Gehler¹⁵ zählt zur Grundlagenliteratur auf dem Themengebiet der österreichischen Außenpolitik. Dabei legt Gehler darauf Wert, nicht nur die außenpolitische Dimension, sondern auch die damit einhergehenden innenpolitischen Entwicklungen in seine Argumentationslinie einfließen zu lassen. Für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant ist, dass Gehler argumentiert, dass für Kreisky das wichtigste Ziel seiner außenpolitischen Vorstellungen die Unabhängigkeit von Österreich zu gewährleisten war.¹⁶

Genau zu diesem Aspekt liefert der Artikel von Helmut Kramer¹⁷ über die Strukturentwicklung der österreichischen Außenpolitik wichtige Hinweise. Dabei gelangt Kramer zu demselben Erkenntnis wie Gehler, und zwar, dass Kreisky eine globalisierende Außenpolitik vertrat und versuchte, Österreich als Vermittler zwischen Ost und West zu positionieren.¹⁸ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die drei hier referenzierten Hauptwerke (Strouzh und Mueller, Gehler und Kramer) alle die Ansicht vertreten, dass die österreichische Außenpolitik durch die Neutralität beeinflusst wurde und insbesondere in der Ära Kreisky die zentrale Rolle in dieser einnahm. Sichtbar wurde dies durch die sogenannte Amtssitzpolitik der 1960er und 1970er Jahre, deren Ziel die Ansiedelung internationaler Organisationen in Wien war. Jodok Troy¹⁹ und Erwin A. Schmidl²⁰ thematisieren in ihren Beiträgen zum Forschungsstand diesen Vorgang. Die Entscheidung für das VIC hängt direkt mit Österreichs Rolle bei den Vereinten Nationen und den damit einhergehenden internationalen Entwicklungen zusammen.

Troy argumentiert, dass die Außenpolitik von normativen und von funktionalen Motiven geleitet wurde.²¹ Unter den funktionalen Motiven versteht Troy jene Überlegungen, die in die Richtung gehen, dass die Ansiedelung von internationalen Organisationen die Sichtbarkeit von Österreich in der Welt verstärken, zudem spielen dabei auch wirtschaftliche Vorteile eine Rolle. Besonders hervorzuheben ist, dass Troy bei den normativen Motiven, also jenen Überlegungen, internationale Organisationen in Wien anzusiedeln, um die Sicherheit zu erhöhen, zu dem Schluss kommt, dass die normativen Motive erst dadurch entstanden, dass

¹⁵ Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 198.

¹⁶ Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 291.

¹⁷ Helmut Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang Claudius Müller, Emmerich Tálos (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch (Wien 2006) 807–838.

¹⁸ Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005) 816.

¹⁹ Jodok Troy, Amtssitzpolitik. In: Martin Senn, Franz Eder, Markus Kornprobst (Hg.), Handbuch Außenpolitik Österreichs (Wiesbaden 2023) 241–266.

²⁰ Erwin A. Schmidl, Wien als internationales Zentrum. In: Michael Dippelreiter (Hg.), Wien seit 1945-die Metamorphose einer Stadt (Wien 2013) 703–731.

²¹ Troy, Amtssitzpolitik, 244.

internationale Organisationen nach Wien kamen. Troy wirft in seinem Beitrag die Frage auf, inwiefern die normativen Motive dabei tatsächlich eine Rolle gespielt haben oder ob es sich dabei um ein rhetorisches Mittel handelte.²² Damit greift er einen entscheidenden Punkt auf.

Schmidl ist auf einer Argumentationslinie mit Troy, wenn er darauf hinweist, dass das Motiv, durch die Ansiedelung von internationalen Organisationen in Wien die Sicherheit des Landes zu erhöhen, erst im Laufe der Zeit entstanden ist und zumindest am Anfang bei der Ansiedelung der IAEA noch nicht relevant war. Gleichzeitig widerspricht Schmidl Troy dahingehend, dass die Ansicht, dass die Amtssitzpolitik die Sicherheit des Landes erhöht, nicht nur ein rhetorisches Mittel war, sondern tatsächlich eine Rolle bei den Entscheidungen spielte.²³

Zu Österreichs Rolle bei den Vereinten Nationen liefert der Beitrag von Sandra Gintsberger et al.²⁴ einen guten Überblick, in dem auch die starke Verbindung zwischen der österreichischen UNO-Politik und der aktiven Neutralitätspolitik Österreichs in den 1970er Jahren aufgezeigt wird. Gintsberger et al.²⁵ gehen dabei auf den hier besonders relevanten Aspekt der Ansiedlung internationaler Organisation in Wien ein und unterstreichen die Verknüpfung dieser mit der Sicherheitsfrage. Damit stimmen die Autoren mit Schmidl überein. Zudem wurde in dem Artikel das Argument aufgebracht, dass die Politik Österreichs bei den Vereinten Nationen von der Neutralität geprägt war.²⁶

Zur Geschichte der für die Arbeit besonders relevanten internationalen Organisationen IAEA und UNIDO liegt nur teilweise hinreichende Forschungsliteratur vor. Zur IAEA wurde 2022 eine sehr ausführliche Monografie von Elisabeth Röhrlich²⁷ veröffentlicht. Darin ist besonders das Kapitel über die Entscheidung für Wien als Standort der IAEA für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant. Darin argumentiert Röhrlich, dass Wien bei den USA nicht die erste Wahl als Standort für die IAEA war. Sie bevorzugten Genf, da dort die wissenschaftliche Infrastruktur bereits vorhanden und die Sicherheitslage besser war. Auf der anderen Seite zeigt sie auf, dass die österreichischen Diplomaten sich deswegen intensiv um die Ansiedelung der IAEA in Wien bewarben, da sie das Land sichtbar machen wollten. Die Autorin be-

²² Troy, Amtssitzpolitik, 244.

²³ Schmidl, Wien als internationales Zentrum, 708.

²⁴ Sandra Gintsberger, Karina Karik, Melanie Petrov et al., Österreich in den Vereinten Nationen. In: Martin Senn, Franz Eder, Markus Kornprobst (Hg.), Handbuch Außenpolitik Österreichs (Wiesbaden 2023) 679–697.

²⁵ Gintsberger, Karik, Petrov et al., Österreich in den Vereinten Nationen 684.

²⁶ Gintsberger, Karik, Petrov et al., Österreich in den Vereinten Nationen 680.

²⁷ Elisabeth Röhrlich, Inspectors for Peace. a history of the International Atomic Energy Agency (Baltimore 2022).

leuchtet auch den Aspekt, dass die USA, nachdem die Sowjetunion ihre Zustimmung zu Wien als Standort signalisiert hatte, nicht dagegen argumentierten wollten.²⁸

Oliver Rathkolb²⁹ stimmt in seinem Artikel über die wirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Neutralität während des Kalten Krieges mit Röhrlich hinsichtlich der ursprünglichen Ablehnung von Wien als IAEA-Sitz durch die USA überein, argumentiert aber, dass Wien deswegen ausgewählt wurde, da es sich klar hinsichtlich der Anerkennung der USA als Atommacht positionierte und bereit war, die geforderte wissenschaftliche Ausstattung bereit zu stellen.³⁰

Hingegen findet sich zur Geschichte der UNIDO kaum ausführliche Forschungsliteratur. Die vorrangige Sekundärliteratur zur UNIDO ist das Buch von Carlos A. Magarinos³¹ über die Reformen innerhalb der Vereinten Nationen. Darin wird auch die Geschichte der UNIDO und die Standortwahl erwähnt. Leider wird in der Monografie die Entscheidungsfindung für Wien nicht näher beleuchtet. Es wird nur berichtet, dass Wien als Standort ausgewählt wurde.³²

Im Unterschied dazu, befassen sich Elisabeth Röhrlich und Sarah Knoll in ihrem Beitrag³³ über Österreich als Sitz internationaler Organisationen auch mit der Frage, welche Gründe dafür ausschlaggebend waren, dass die UNIDO ihr Hauptquartier in Wien errichtete. Sie kommen zu dem Schluss, dass von österreichischer Seite vor allem wirtschaftliche Gründe dafür sprachen sich zu bewerben. Dass es dann schlussendlich auch erfolgreich war, hing mit der Lobbyarbeit der österreichischen Diplomaten in den Entwicklungsländern zusammen. Auffallend ist das Argument, dass die Neutralität Österreichs dabei keine entscheidende Rolle spielte, sondern andere Vorteile von den österreichischen Politikern vorgebracht wurden.

Hinsichtlich der innenpolitischen Debatte über den Bau des VIC liegt bislang keine Aufarbeitung in der Fachliteratur vor. Einzig die Diplomarbeit von Robert Karl Albrecht, die sich in Bezug auf das VIC vorrangig mit der Entscheidung im Architekturwettbewerb befasst, geht am Rande auf diese Frage ein, wobei auf die starke Kritik der Opposition zur Entscheidung für den Architekten Staber fokussiert wird. Diese Kritik ist im Kontext der innenpolitischen

²⁸ Röhrlich, *Inspectors for Peace*, 65.

²⁹ Oliver Rathkolb. „Austria – sieve to the East“: Austria’s neutrality during the East-West economic war 1945/8-1989. In: Gertrude Enderle-Burcel, Piotr Franaszek, Dieter Stiefel et al. (Hg.), *Gaps in the Iron Curtain. Economic Relation between Neutral and Socialist Countries in Cold War Europe* (Krakau 2014).

³⁰ Rathkolb, „Austria – sieve to the East“, 16.

³¹ Carlos A. Magarinos, George Assaf, Sanjaya Lall et al., *Reforming the UN-System. UNIDO’s Need-Driven Model* (Leiden/Boston 2001) 83.

³² Magarinos, Assaf, Lall et al., *Reforming the UN-System*, 84.

³³ Sarah Knoll, Elisabeth Röhrlich, *Das neutrale Österreich als Sitz internationaler Organisationen. Entstehung und Verselbstständigung politischer Narrative*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (Wien 2023).

Debatte rund um das VIC anzusiedeln. Kreisky und das Projekt erhielten durch den Entscheidungsprozess zeitweilig ein negatives Bild in den Medien.³⁴

Im weiteren Sinn gehören Monografien, die die Politik der großen Parteien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beleuchten, zur Forschungsfrage. Zur Geschichte der ÖVP in der Ära Kreisky liefert das Werk von Gerald Stifter³⁵ einen detaillierten Überblick. Besonders hervorzuheben ist der Abschnitt zu den Vorstellungen der ÖVP über die Außenpolitik. Stifter argumentiert darin, dass die österreichische Außenpolitik lange Zeit auf einem Konsens zwischen den beiden Parteien basierte. Stifter argumentiert weiter, dass durch Kreiskys aktive Außenpolitik die Diskussion zwischen den beiden Parteien darüber, wie stark sich Österreich außenpolitisch engagieren sollte, begann. Stifter arbeitet hervor, dass die ÖVP die Ansicht vertrat, die Außenpolitik solle sich auf Europa und Amerika beschränken. Als Streitpunkt zwischen den beiden Parteien galt vor allem das Engagement Kreiskys im Nahen Osten und bei den Blockfreien Staaten.³⁶

Über die Außenpolitik der Regierung Klaus, welche den Bau des VIC auf den Weg gebracht hatte, finden sich ausführliche Informationen in der Monografie von Reinhard Meier-Walser.³⁷ Dieses Werk ist besonders wertvoll für die vorliegende Masterarbeit, da der Autor die Motive der verschiedenen politischen Akteure während dieser Zeitspanne im Hinblick auf deren Außenpolitik gut herausarbeitet. Das Fehlen weiterer, ähnlich detailliert auf die Außenpolitik der ÖVP in den 1960er und 1970er Jahren eingehender Werke dürfte auf die sehr umfassende Aufarbeitung, die Meier-Walser vorgenommen hat, zurückzuführen sein. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Neutralität Österreichs als zentraler Grundsatz für die Außenpolitik der Regierung Klaus zu betrachten ist.³⁸

Zu Kreiskys Neutralitätsverständnis und inwiefern dies seine außenpolitischen Vorstellungen beeinflusste, erwähnt Elisabeth Röhrlich in ihrem Beitrag, dass Kreisky die Ansicht vertrat, dass die österreichische Neutralität sich an dem Schweizer Modell orientieren sollte. Dies galt insbesondere in Hinblick auf Kreiskys Ablehnung gegenüber einem möglichen EWG-

³⁴ Robert Karl *Albrecht*, *Der UN-Standort Österreich und der außenpolitische Status Österreichs nach 1945*, Diplomarbeit Universität Wien (Wien 2007) 58.

³⁵ Gerald *Stifter*, *Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983* (Innsbruck/Wien/Bozen 2006).

³⁶ *Stifter*, *Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983*, 126.

³⁷ Reinhard *Meier-Walser*, *Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970* (München 1988).

³⁸ *Meier-Walser*, *Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970*, 453.

Beitritt Österreichs. Röhrlich hebt zudem hervor, dass Kreisky in seiner Zeit als Außenminister eine starke Westanbindung vertrat.³⁹

Methode

Diese Arbeit hat zum Ziel, bislang wenig oder nicht beachtete Primärquellen zu den Entscheidungsmotiven bezüglich der Ansiedlung und des Baus des VIC zu analysieren und in den durch die Sekundärliteratur vorgezeichneten Rahmen einzufügen. Die Primärquellen werden verschiedenen nationalen und internationalen Archiven bzw. Sammelbänden bereits publizierter Dokumente entnommen. Zeitungsartikel und Parlamentsdebatten bilden ergänzende Primärquellen.

Eines dieser Archive ist das Bruno Kreisky Archiv in Wien, das den Nachlass von Bruno Kreisky verwaltet.⁴⁰ Bei den für die Arbeit interessanten Quellen handelt es sich in erster Linie um Korrespondenz und Presseberichte. Zudem wird auf das Archiv der österreichischen Mediathek und das ORF-Archiv zurückgegriffen. Dieses beinhaltet eine große Anzahl an Audioaufnahmen. Im Zusammenhang mit dem Thema der Arbeit liegt ein besonderer Fokus auf Interviews mit den an der Entscheidung beteiligten Politikern von SPÖ und ÖVP. Darüber hinaus habe ich eine Audiodokumentation von 1979 über die Entstehungsgeschichte des VIC gefunden.⁴¹

Weiterführende Informationen zur Außenpolitik Kreiskys liefert das 1975 von ihm veröffentlichte Buch *Neutralität und Koexistenz*⁴² mit seinen Reden. Dieses gibt wichtige Informationen zu Kreiskys Neutralitätsverständnis im Speziellen und wird als Grundlage für die Beantwortung der Frage nach der Rolle des Sicherheitsaspektes bei dieser Entscheidung herangezogen.

Zu Inhalt und Chronologie der Debatte greift diese Arbeit auf stenografische Protokolle des österreichischen Parlaments zurück. Die Positionen der ÖVP werden zusätzlich aus der oben genannten Sekundärliteratur bezogen.

³⁹ Elisabeth Röhrlich, A Century in a Lifetime. Biographical Approaches to Bruno Kreisky (1911-1990). In: Günter Bischof, Fritz Plasser, Eva Maltschnig (Hg.), *Austrian Lives* (Innsbruck 2012) 156.

⁴⁰ Verein *Bruno Kreisky Archiv*, online unter < <https://www.kreisky.org/top/kontakt.html> > (21.05.2024).

⁴¹ Reinhold Henke, Die UNO-City Story. In: ORF Radio Österreich 1, (Wien 15.08.1979).

⁴² Bruno Kreisky, *Neutralität und Koexistenz*. Aufsätze und Reden (München 1975).

Um die internationale Sichtweise auf die Vorgänge in Österreich zu beleuchten, lieferte die Dag Hammarskjöld Library⁴³ in New York wichtige Anhaltspunkte, da sich darin verschiedene offizielle Dokumente der Vereinten Nationen zu den Entscheidungen hinsichtlich des dritten UN-Standortes befinden und online verfügbar sind. Besonders hervorzuheben ist jenes Dokument über die Abstimmung zur Wahl von Wien zum Hauptsitz der UNIDO, da es eine wichtige Facette in diesem Kontext beleuchtet.⁴⁴

Da die Thematik eine außenpolitische Dimension beinhaltet, bietet es sich an, den Ansatz der New International History zu verfolgen.⁴⁵ Dieser Ansatz versucht, einen möglichst weiten Blick auf das Forschungsthema einzunehmen, Zusammenhänge zu betonen und ideologische Einschränkungen zu überwinden. Ebenfalls relevant für diese Thematik sind die Zugänge der New Diplomatic History⁴⁶ und der Diplomatiegeschichte als internationaler Kulturgeschichte.⁴⁷

Darüber hinaus wird bei den Primärquellen die Methode der historischen Quellenkritik angewandt. Diese basiert darauf, dass alle Quellen kritisch hinterfragt werden müssen und nicht einfach übernommen werden können. Es wird zwischen der äußeren und der inneren Quellenkritik unterschieden. Die äußere Quellenkritik befasst sich vor allem mit der Frage, ob die Quelle echt und vollständig erhalten ist. Zur inneren Quellenkritik werden Kriterien wie Autorenschaft, Erhaltungszustand, Ort, Entstehungszeitraum und inhaltliche Interpretationen über den Adressaten der Quellen gezählt.⁴⁸ Die Echtheit und Vollständigkeit der Quellen wird aufgrund ihres Bezugs aus anerkannten Archiven in dieser Arbeit als gegeben angenommen. Inkonsistenzen zwischen verschiedenen Dokumenten werden im Rahmen der inhaltlichen Interpretation aufgezeigt und behandelt.

⁴³ Dag Hammarskjöld Library, online unter <https://digitallibrary.un.org/?ln=en&_gl=1*hn7mop*_ga*MTQxMjU1Nzc5My4xNzE0NDYzMDIw*_ga_TK9BQL5X7Z*MTcxNjI3ODgxNi4xNy4wLjE3MTYyNzg4MTcuMC4wLjA.> (20.05.2024).

⁴⁴ United Nations General Assembly, Twenty-first Session, Activities in the field of Industrial Development. Report of the Ad Hoc Committee on the United Nations Organisation for Industrial Development A/6508/Add.1 (16.12.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/853541?ln=en&v=pdf>> (20.03.2024).

⁴⁵ Odd Arne Westad, The New International History of the Cold War: Three (Possible) Paradigms. In: Diplomatic History 24, (4) (Oxford 2000) 551–565.

⁴⁶ Alloul Houssine, Michael Auwers, What is (New in) New Diplomatic History? In: Journal of Belgian History XLVIII, (4) (Brüssel 2018) 112–123.

⁴⁷ Ursula Lehmkuhl, Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus. In: Geschichte und Gesellschaft 27, (3) (Göttingen 2001) 394–423.

⁴⁸ Peter Borowsky, Barbara Vogel, Heide Wunder, Einführung in die Geschichtswissenschaft 1, Grundprobleme, Arbeitsorganisation, Hilfsmittel (Opladen 1989) 55.

Gliederung der Arbeit

Ausgehend von der im Forschungsstand beschriebenen innenpolitischen Situation in Österreich wird im zweiten Kapitel zunächst das Neutralitätsverständnis in seiner Bedeutung für außen- und sicherheitspolitische Handlungen näher analysiert. Damit einhergehend wird auch die Ansiedelung von internationalen Organisationen in Wien mit Hilfe zusätzlicher Quellen beleuchtet, wobei der Fokus auf der IAEA und der UNIDO liegt. Bei diesen beiden Organisationen wird geprüft, ob die Motive für Wien Gemeinsamkeiten aufweisen. Aufbauend auf diese Ausgangssituation befasst sich der Hauptteil der Arbeit mit den konkreten Umständen rund um die Errichtung des VIC. Als Unterkapitel wird dabei auch die innenpolitische Debatte über den Architekturwettbewerb und die Finanzierung miteinbezogen. Da bei der Errichtung des VIC vermutlich auch wirtschaftliche Motive eine Rolle spielten, wird der Bau auch zur wirtschaftlichen Situation und Entwicklung in Österreich in einen Kontext gesetzt. Das abschließende fünfte Kapitel umfasst die Eröffnung des VIC und eine Zusammenfassung.

Abgrenzung

Bei der in den Pressebereichen verwendeten Bezeichnung UNO-City handelt es sich um das umgangssprachliche Synonym für das Vienna International Centre. In der Arbeit wird die Bezeichnung VIC verwendet. Wie aus der Formulierung der Forschungsfrage hervorgeht, fokussiert sich die vorliegende Masterarbeit auf die österreichischen Motive für das VIC; aus diesem Grund werden die internationalen Überlegungen in diesem Zusammenhang nur kurz thematisiert.

In dieser Arbeit wird das Konferenzzentrum Austria Center Vienna nicht behandelt. Die Begriffe VIC und Konferenzzentrum werden in öffentlichen Diskussionen oftmals synonym verwendet. Es handelt sich dabei aber um zwei unterschiedliche Projekte, die unabhängig voneinander entschieden und gebaut wurden. Das von der ÖVP 1982 gestartete Volksbegehren⁴⁹ richtete sich gegen das Konferenzzentrum und nicht gegen das VIC und soll daher nicht weiter ausgeführt werden.

⁴⁹ Franz Cede, Christian Prosl, *Ambition and Reality. Austria's Foreign Policy since 1945* (Innsbruck 2017) 54.

2. Internationale Organisationen in Wien

In diesem Kapitel wird die Vorgeschichte des VIC erläutert. Dies beinhaltet zum einen eine Analyse des österreichischen Neutralitätsverständnisses der an der Entscheidung beteiligten politischen Akteur*innen. Darüber hinaus wird die Rolle von Österreich innerhalb der Vereinten Nationen beleuchtet.

2.1 Die relevanten politischen Akteure in Österreich und ihr Neutralitätsverständnis

Wie bereits im Forschungsstand angeführt, legte das Bundesgesetz zur österreichischen Neutralität nur fest, dass es sich um eine militärische Neutralität handelt. Die Auslegung dieser Neutralität in diplomatischer und außenpolitischer Hinsicht wurde von der jeweiligen Regierung definiert. Generell ist dabei festzuhalten, dass die österreichische Neutralität als ein Maxime der Außenpolitik gelten kann. Abgesehen davon lassen sich Veränderungen in der Gestaltung und Auslegung der Außenpolitik in der Geschichte der Zweiten Republik erkennen.

Zur österreichischen Neutralität ist zunächst erwähnenswert, dass die innerösterreichische Wahrnehmung der Neutralität sich stark von der Wahrnehmung unterschied, die im Ausland vorherrschte. Dies gilt vor allem dahingehend, dass der Ausbau des Bundesheeres von den österreichischen Bundesregierungen nicht finanziell gefördert wurde und dieses daher nicht in der Lage gewesen wäre, die Neutralität militärisch zu verteidigen. Die diplomatische Komponente zur Sicherstellung der territorialen Integrität eines neutralen Landes hatte für Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine herausragende Bedeutung.⁵⁰ Die eingeschränkte Verteidigungsfähigkeit wurde auch im Ausland wahrgenommen und daher die Einbindung Österreichs in internationalen Organisationen wie der UNO als wichtiger Garant gesehen. Dies bedeutete einen grundsätzlichen Unterschied zum Schweizer Modell.⁵¹ Innenpolitisch wurde die österreichische Neutralität positiver wahrgenommen als außenpolitisch.⁵²

⁵⁰ Laure Gallouet, Wie glaubwürdig ist die österreichische Neutralität? Innen und Außenwahrnehmung seit 1955. In: Zustand und Zukunft der österreichischen Neutralität: Eine Auseinandersetzung (Juni 2024), Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 53 (2024) 3.

⁵¹ Michael Gehler, "to guarantee a country which was a military vacuum" Die Westmächte und Österreichs territoriale Integrität 1955-1957. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken: NATO, Warschauer Pakt und Österreich (Wien/Köln/Weimar 2010) 133.

⁵² Gallouet, Wie glaubwürdig ist die österreichische Neutralität? 4.

Hinsichtlich der Forschungsfrage dieser Arbeit ist von besonderem Interesse, ob es mit dem Wechsel von der Alleinregierung von Josef Klaus (1966-1970) auf die Regierung von Bruno Kreisky (1970/71⁵³-1983) eine sichtbare Änderung in der Außenpolitik gab oder die vorhandene Linie weiterverfolgt wurde. Daher steht die Zeitspanne von 1966 bis 1979 im Mittelpunkt der Arbeit. Diese Zeitspanne wurde ausgewählt, da in diesen 13 Jahren die wesentlichen Entscheidungen für die Etablierung des VIC in Wien getroffen wurden. Obwohl sich die erste internationale Organisation, die IAEA, bereits vor dieser Zeitspanne in Wien ansiedelte, wird auf eine Ausdehnung der Untersuchung auf die 1950er Jahre hier verzichtet, da kein direkter Zusammenhang zwischen der Errichtung des Hauptquartiers der IAEA in Wien und dem Bau des VIC erkennbar ist.⁵⁴

Ausgehend von dieser zeitlichen Eingrenzung lassen sich folgende politische Akteure als relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage betrachten. Dabei handelt es sich um Bruno Kreisky (SPÖ), Lujo Tonic-Sorinj (ÖVP), Kurt Waldheim (ÖVP/parteilos) und Willibald Pahr (SPÖ/parteilos). Fritz Bock, welcher als Handelsminister in der Regierung von Josef Klaus aufgrund der damaligen Kompetenzverteilungen Einfluss auf die Außenpolitik hatte, wird nicht näher betrachtet, da sich sein Handeln auf die europäische Integration von Österreich fokussierte⁵⁵ und dies keinen Einfluss auf die Beantwortung der Forschungsfrage hat.

Die politische Landschaft in Österreich veränderte sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre stark. Bei der Nationalratswahl am 06.03.1966⁵⁶ gelang es der ÖVP unter der Führung von Josef Klaus die absolute Mehrheit zu gewinnen. In der vier Jahre amtierenden Alleinregierung der ÖVP wurden die entscheidenden Vorbereitungen für die Etablierung der UNO in Wien getroffen. In dieser Zeitspanne war zunächst von 1966-1968 Lujo Tonic-Sorinj Außenminister. Anhand dieser Personalie bietet es sich an, einen kurzen Blick auf die bündische Parteienstruktur der ÖVP zu werfen. Innerhalb der ÖVP kam den Bundesländern schon seit der Gründung der Partei viel Einfluss zu und man wollte auf eine Gleichverteilung bei den Ämtern achten. Lujo Tonic-Sorinj wurde deswegen zum Außenminister ernannt, da er aus

⁵³ Von 1970-1971 regierte die SPÖ in einer Minderheitsregierung mit Duldung der FPÖ.

⁵⁴ *Schmidl*, Wien als internationales Zentrum, 708.

⁵⁵ Michael *Gehler*, Die österreichische Außenpolitik unter der Alleinregierung von Josef Klaus 1966-1970. In: Robert *Kriechbaumer*, Franz *Schausberger*, Hubert *Weinberger* et al. (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus. (Salzburg 1994) 252.

⁵⁶ Franz *Hetzenauer*, Maximilian *Pammer*, Die Nationalratswahl vom 6. März 1966, online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1966/start.aspx> (28.05.2024).

der Steiermark stammte, weswegen er sich gegenüber dem anderen Kandidaten, Franz Karasek, durchsetzen konnte.⁵⁷

Auch wenn die Amtszeit von Tonic-Sorinj nur zwei Jahre dauerte, lassen sich in dieser Phase mehrere entscheidende Impulse erkennen, die den Weg für eine stärkere Rolle Österreichs bei den Vereinten Nationen bereiteten. Zu seiner außenpolitischen Ausrichtung ist festzuhalten, dass er die Wahrung der österreichischen Neutralität als Grundlage für österreichische Außenpolitik betrachtete.⁵⁸ Um in diesem Rahmen die Sicherheit Österreichs zu gewährleisten, setzte er auf gute Beziehungen zu den benachbarten Staaten. Österreich sollte sich auf der internationalen Bühne als ein Land präsentieren, welches sich für Frieden und Sicherheit einsetzte.⁵⁹ Im Zusammenhang mit dieser politischen Vorstellung war eines seiner Ziele, die Position Österreichs als neutraler Staat bei den Vereinten Nationen bestmöglich zu nutzen.⁶⁰ Dies ging auch damit einher, dass Tonic-Sorinj die Bemühungen, internationale Organisationen zur Errichtung ihrer Hauptquartiere in Wien zu bewegen, verstärkte. 1967, im zweiten Jahr seiner kurzen Amtszeit, gelang es ihm die UNIDO nach Wien zu holen und an die Vereinten Nationen das erste Angebot für den Bau des VIC zu übermitteln.⁶¹

Wie Tonic-Sorinj in einem Vortrag vom 30.10.1967 erklärte, könnte die österreichische Außenpolitik nur dann erfolgreich sein, wenn sie weiterhin darauf achtete, gute Beziehungen zu den USA und der Sowjetunion zu haben.⁶² Diese neutrale Position im Kalten Krieg hätte, so Tonic-Sorinj weiter, erst ermöglicht, internationale Organisationen wie die UNIDO oder die erste Weltraumkonferenz zu beherbergen.⁶³ Hierin zeigt sich, dass die ÖVP trotz ihrer grundsätzlichen Westorientierung bemüht war, gute Beziehungen zu den östlichen Staaten zu erhalten.⁶⁴

Die innenpolitischen Positionen spiegeln sich auch in der Debatte um die Rolle des Bundesheeres wider. Auf diese soll nur kurz eingegangen werden, da nur die diplomatische Komponente für die Forschungsfrage ausschlaggebend ist. Die militärische Landesverteidigung ba-

⁵⁷ Martin Eichinger, Helmut Wahnout, Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte (Wien/Graz/Klagenfurt 2008) 27.

⁵⁸ Meier-Walser, Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970, 170–173.

⁵⁹ Lujo Tonic-Sorinj, Nah- und Fernziele der österreichischen Außenpolitik. Vortrag in der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik (Wien 30.10.1967). In: Andreas Khol, Dietmut Kastner (Hg.), Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik 7, (1) 422.

⁶⁰ Meier-Walser, Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970, 169.

⁶¹ Meier-Walser, Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970, 173.

⁶² Tonic-Sorinj, Nah- und Fernziele der österreichischen Außenpolitik, 422.

⁶³ Tonic-Sorinj, Nah- und Fernziele der österreichischen Außenpolitik, 422.

⁶⁴ Helmut Wahnout, „Res publica semper reformanda“. In: Thomas Köhler, Christian Mertens (Hg.), Charaktere in Divergenz. Die Reformer Josef Klaus und Erhard Busek (Wien 2011) 67.

sirt in ihren Möglichkeiten auf den Bestimmungen im Staatsvertrag, die die Bewaffnung des Bundesheeres einschränkten, insbesondere da keine Luftabwehr angeschafft werden durfte.⁶⁵ Bereits das erste Wehrgesetz 1955 führte zu Debatten im Parlament, die Differenzen zwischen ÖVP und SPÖ offenbarten, etwa in der Dauer des Wehrdienstes. Interessant ist die Betonung der Wichtigkeit einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit, die damals von beiden Großparteien getragen wurde.⁶⁶

Auch in den 1960er Jahren blieb die Rolle des Bundesheeres Thema des innenpolitischen Diskurses und auch wahlpolitischer Überlegungen.⁶⁷ Wie sich an dem Plan für die Heeresreform, die Karl Schleinzer (ÖVP), welcher von 1961-1964 Verteidigungsminister der großen Koalition war, mit seinem sozialdemokratischen Staatssekretär Otto Rösch erarbeitete, zeigte, spielten auch wirtschaftliche Überlegungen, konkret die Anzahl verfügbarer Arbeitskräfte, eine Rolle. Das Ziel war es die Effektivität des Heeres zu steigern.⁶⁸

Bruno Kreisky hatte ein ambivalentes Verhältnis zum Bundesheer und änderte seine Ansicht über dessen Bedeutung zwischen seiner Amtszeit als Außenminister und Bundeskanzler.⁶⁹ Darauf wird später in der Arbeit noch eingegangen. Jedoch ist festzuhalten, dass 1,3% des BIP während Kreiskys Regierungszeit für das Bundesheer ausgegeben wurden und damit der höchste Anteil in der Zweiten Republik.⁷⁰

Zur Außenpolitik von Klaus ist festhalten, dass ein starker Fokus auf der europäischen Integrationspolitik lag. Damit hängt auch zusammen, dass er während seiner Amtszeit die Besucherdiplomatie in osteuropäische Staaten förderte, da diese Staaten seiner Auffassung nach auch zu Europa gehörten.⁷¹ Toncics Amtszeit endete bereits 1968, als er im Zuge einer umfassenden Regierungsumbildung, welche aufgrund der starken innerparteilichen Differenzen zwischen den Bundesländern und der Partei durchgeführt wurde,⁷² und aufgrund von per-

⁶⁵ Manfred *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Göttingen 2021) 372.

⁶⁶ Stenografisches Protokoll, Bundesrat 108. Sitzung (14.09.1955), online unter, <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/BR/BRsITZ/108>> (12.07.2024) 2522.

⁶⁷ Manfred *Rauchensteiner*, Die Stellung des Bundesheeres in der Innen- und Außenpolitik der Republik Österreich (04.04.1982), online unter <<https://www.mediathek.at/atom/050D683B-1C2-000CD-00000278-050CC309>> (03.07.2024).

⁶⁸ *Rauchensteiner*, Die Stellung des Bundesheeres in der Innen- und Außenpolitik der Republik Österreich (04.04.1982).

⁶⁹ Andreas *Steiger*, Das Bundesheer in den Jahren 1968-1975. Beiträge zur Geschichte des Bundesheeres der Zweiten Republik. In: Wolfgang *Schober* (Hg.), Vielfalt in Uniform: ausgewählte Arbeiten des 2. Grundausbildungsjahrganges an der Landesverteidigungsakademie 2003/2004 (Wien 2005) 167.

⁷⁰ *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918, 429.

⁷¹ *Wohnout*, „Res publica semper reformanda“, 67.

⁷² Robert *Kriechbaumer*, Geschichte der ÖVP. In: Robert *Kriechbaumer*, Franz *Schausberger* (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. (Wien/Köln/Weimar 1995) 50.

sönlichen Differenzen mit Josef Klaus zurücktreten musste.⁷³ Möglicherweise hing die Aufforderung zu seinem Rücktritt auch damit zusammen, dass er in der Frage der Südtirol-Debatte keinen Erfolg vorweisen konnte.⁷⁴

Sein Nachfolger wurde Kurt Waldheim, der bereits vor seiner Übernahme des Außenministeriums stark in die unter Toncic-Sorinj geknüpften Beziehungen zu den Vereinten Nationen involviert war. Als Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York überreichte er 1966 die Bewerbung Österreichs als Sitz der UNIDO.⁷⁵

Seine außenpolitischen Vorstellungen führten dazu, dass die österreichische Außenpolitik in eine neue Phase eintrat. Waldheim erkannte in einem noch größeren Ausmaß als Toncic-Sorinj, dass eine internationale Neutralitätspolitik in Form einer aktiven Außenpolitik einen entscheidenden Anteil zur Sicherheit des Landes beitragen würde. Daher sollte dies forciert werden und nicht der Ausbau des Bundesheeres.^{76,77} Zudem wandte er sich von dem traditionellen Neutralitätsverständnis ab. Seiner Ansicht nach bestand die österreichische Neutralitätspolitik nicht nur daraus, sich in Kriegsfällen aus Konflikten herauszuhalten und keinem militärischen Bündnis beizutreten, sondern bereits in Friedenszeiten die österreichische Außenpolitik darauf auszurichten, dass die Neutralität im Fokus steht.⁷⁸

Es lässt sich erkennen, dass die außenpolitischen Vorstellungen von Waldheim und Kreisky keine großen Unterschiede aufwiesen. Waldheim war bis 1970 Außenminister. Da seine weitere politische Karriere aber eng mit der Ansiedelung der UNO in Wien zusammenhing, soll diese kurz erwähnt werden. 1971 wurde Waldheim mit Unterstützung von Kreisky zum UN-Generalsekretär gewählt.⁷⁹ Diese Funktion übte er mit einer Wiederwahl bis 1981 aus und engagierte sich auf dieser Weise weiterhin für die Etablierung der UNO in Wien.

Als Bruno Kreisky am 01.03.1970⁸⁰ zum Bundeskanzler einer SPÖ-Minderheitsregierung, welche nach der Nationalratswahl 1971⁸¹ die absolute Mehrheit erreichte, gewählt wurde, hatte er in seiner Zeit als Außenminister von 1959 bis 1966 der österreichischen Außenpoli-

⁷³ Meier-Walser, Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970, 167.

⁷⁴ Beatrice Weinmann, Josef Klaus. Ein großer Österreicher (Wien 2000) 311.

⁷⁵ Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 330.

⁷⁶ Meier-Walser, Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970, 167.

⁷⁷ Konrad Ginther, Neutralität und Neutralitätspolitik. Die österreichische Neutralität zwischen Schweizer Muster und sowjetischer Koexistenzdoktrin (Wien/New York 1975) 61.

⁷⁸ Meier-Walser, Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970, 183.

⁷⁹ Kurt Waldheim, Im Glaspalast der Weltpolitik (Düsseldorf/Wien 1985) 72.

⁸⁰ Otto Rösch, Lothar Bosse, Die Nationalratswahlen vom 1. März 1970 (Wien 1970), online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1970/start.aspx> (27.06.2024).

⁸¹ Otto Rösch, Lothar Bosse, Die Nationalratswahlen vom 10. Oktober 1971 (Wien 1971), online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1971/start.aspx> (27.06.2024).

tik seinen Stempel bereits aufgedrückt. In dieser Position zeigte sich, dass Kreisky ein Außenpolitiker aus Leidenschaft war. Daraus lässt sich erklären, weshalb Kreisky, obwohl er nun Bundeskanzler war, weiterhin starke Akzente in der österreichischen Außenpolitik setzte. In seiner gesamten Regierungszeit sind Kreiskys Außenminister Parteilose.⁸² Dies ist sicher kein Zufall, da er einerseits in manchen Fragen wie der Vermittlungsdiplomatie im Nahen Osten die Kontrolle behalten wollte⁸³ und andererseits seinen Außenministern einen von parteipolitischen Überlegungen unabhängigen Handlungsspielraum ermöglichen wollte.⁸⁴

Bei den Außenministern handelte es sich zunächst um Rudolf Kirchschläger, dessen Amtszeit 1974 mit seiner Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten endete.⁸⁵ Kirchschläger, der davor Botschafter in Prag war, zeigte verglichen mit seinen Nachfolgern noch eine gewisse Unabhängigkeit zu Kreisky, etwa als er 1972 ohne Absprache mit Kreisky die Weihnachtsangriffe der USA auf Vietnam verurteilte.⁸⁶ Sein Nachfolger war Erich Bielka-Karltru, den Kreisky bereits als Generalsekretär im Außenministerium aus den früher 1960er Jahren kannte. Wie Kirchschläger war Bielka-Karltru Diplomat und vor seiner Ernennung zum Außenminister Botschafter in Paris gewesen.⁸⁷ Bielka-Karltru vertrat eine ähnliche Linie in der Neutralitätsfrage wie sein Vorgänger, trat aber wie sein zwei Jahre später eingesetzter Nachfolger Willibald Pahr in der Außenpolitik gegenüber Kreisky in den Hintergrund. Von Seiten der Opposition wurde Pahr als ausführender Arm Kreiskys betrachtet und dafür auch kritisiert. Diese Rolle war aber durchaus von Kreisky so gewollt. Die Außenminister sollten wenig eigenständige Initiativen vorbringen, sondern die Außenpolitik im Sinne von Kreisky umsetzen.⁸⁸ Pahr amtierte bis 1983, womit die Etablierung der UNO in Wien vorrangig in seine Amtszeit fiel.⁸⁹

Die Außenpolitik von Kreisky und dem jeweiligen Außenminister zeichnete sich dadurch aus, dass sie eine sogenannte globalisierende Außenpolitik vertraten. Sie sahen den internationalen Handlungsspielraum von Österreich als weit gefasst an. In der ersten Phase der österrei-

⁸² Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 387.

⁸³ Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 387.

⁸⁴ Heinz Fischer, Die Kreisky-Jahre 1967-1983 (Wien 1994) 238.

⁸⁵ Rudolf Kirchschläger, online unter <<https://www.parlament.gv.at/person/13960>> (21.06.2024).

⁸⁶ Helmut Kramer, Aspekte der österreichischen Außenpolitik (1970-1985). In: Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985 Fünfzehn Jahre die Österreich verändert haben. (Wien 1985) 198.

⁸⁷ Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 376.

⁸⁸ Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 289.

⁸⁹ Willibald Pahr, Address by the Foreign Minister of Austria H.E. Willibald Pahr, at the General Assembly of the United Nations, (28.09.1978), online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=110D233F-0DA-0001E-00000EE4-110C7BE1&cHash=2870382e03f83fbf16f00382d7f39077>> (29.05.2024).

chischen Außenpolitik unter Kreisky von 1971-1974 fokussierte sich die Politik stärker auf Europa und die Nachbarschaftspolitik. Zu den Erfolgen in dieser Zeitspanne gehörten beispielsweise die Lösung des Südtirolkonflikts mit Hilfe der Vereinten Nationen, ebenso wie die Beteiligung an der Vorbereitung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki 1975.⁹⁰ In seiner Regierungszeit lässt sich der Höhepunkt der aktiven Neutralitätspolitik von Österreich erkennen. Diese Politik zeichnete sich dadurch aus, dass die Neutralität als Teil der österreichischen Identität⁹¹ gestärkt wurde. Die Auslegung der Neutralität, wie sie von den österreichischen Regierungen unter Kreisky praktiziert wurde, führte dazu, dass Österreich im Vergleich zu anderen neutralen Staaten über mehr Möglichkeiten verfügte, in die internationale Politik einzugreifen. Sichtbar wurde dies dadurch, dass Österreich sich als internationaler Friedensvermittler engagierte.⁹² Der Leitgedanke der aktiven Neutralitätspolitik dieser Regierungszeit war es, die Vermeidung von Konflikten durch diplomatische Verhandlungen zu fördern und den Ausbruch von Konflikten aktiv zu verhindern.⁹³

Wie bereits seine Vorgänger argumentierte Kreisky, dass die Außen und Sicherheitspolitik eng miteinander verknüpft sind und dass eine aktive Neutralitätspolitik die Sicherheit des Landes erhöhen würde.⁹⁴ Insbesondere der letzte Aspekt wurde in der öffentlichen Wahrnehmung häufig als Argument verwendet, um zu erklären, weshalb die Ansiedelung von internationalen Organisationen in Wien und die Etablierung als dritter UN-Sitz für Kreiskys Politik eine so große Bedeutung hatten.⁹⁵

Als Erfolg dieser Auslegung der Neutralität kann betrachtet werden, dass es gelang das internationale Ansehen von Österreich stark zu verbessern. Damit einhergehend wurde auch Österreichs Rolle bei den Vereinten Nationen gestärkt.⁹⁶ Die Eröffnung des VIC kann als sichtbares Ergebnis dieser Politik betrachtet werden. Darin waren sich beiden Parteien einig. Unabhängig von der regierenden Partei gab es in der Zeit von 1955 bis in die 1980er Jahre gewisse Grundsätze, welche von der Kritik durch die jeweilige große Oppositionspartei aus-

⁹⁰ Kramer, Aspekte der österreichischen Außenpolitik (1970-1985), 188.

⁹¹ Cede, Prosl, Ambition and reality, 35.

⁹² Cede, Prosl, Ambition and reality, 36.

⁹³ Gallouet, Wie glaubwürdig ist die österreichische Neutralität? 3.

⁹⁴ Fischer, Die Kreisky-Jahre 1967-1983, 239.

⁹⁵ Eric Frey, Konferenzplatz Wien: Vienna as an international Conference Site. In: Günter Bischof, Fritz Plasser, Anton Pelinka et al. (Hg.), Global Austria. Austria's Place in Europe and the World (Innsbruck 2011) 150.

⁹⁶ Hanspeter Neuhold, Außenpolitik, dauernde Neutralität und internationale Organisationen aus österreichischer Sicht. In: Friedrich Kojas, Gerald Strouzh (Hg.), Schweiz – Österreich. Ähnlichkeiten und Kontraste (Wien/Köln/Graz 1986) 262.

genommen waren. Dazu zählte, dass die gesamte Außenpolitik auf der Neutralität Österreichs aufgebaut ist, dass das Ziel für einen baldigen Beitritt zu den Vereinten Nationen unumstritten ist, und dass man sich zu den demokratischen Staaten zugewandt betrachtet.⁹⁷

Abgesehen davon kam es während der Ära Kreisky zu größeren Differenzen über die außenpolitische Ausrichtung von Österreich, da Kreisky aus Sicht der ÖVP den bis dahin geltenden Konsens in der Außenpolitik zunehmend verließ.⁹⁸ Prinzipiell stimmten die beiden Parteien darin überein, dass die Neutralitätspolitik einen Beitrag zum Frieden leisten sollte. Jedoch bestand die ÖVP darauf ein klar definiertes Konzept darüber, welche Bereiche die Außenpolitik umfassen soll, festzulegen⁹⁹. Dieser Vorschlag wurde 1979 von der SPÖ abgelehnt, wobei sie einen eigenen Antrag einbrachte, welcher deutlich kürzer war und die zentralen Ziele der Außenpolitik betonte.¹⁰⁰ Dieses Ziel war es, die Weltlage nicht nur zu beobachten, sondern auch aktiv daran mitzuwirken, um eine friedliche Weltordnung zu erreichen. Zudem sollten die außerwirtschaftlichen Beziehungen verstärkt werden, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei lässt sich eine Verbindung zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Kreisky herstellen.¹⁰¹

Die zentralen Unterschiede zwischen der Auffassung der ÖVP und der Auffassung der SPÖ von der Außenpolitik Österreichs zeigen sich darin, dass die ÖVP eine kontinuierliche Neutralitätspolitik forderte und sich die Außenpolitik auf Europa beschränken sollte. Sie kritisierten vor allem, dass die Außenpolitik nun auch in Bereichen aktiv wurde, welche nicht direkt etwas mit Österreich zu tun hatten. Dazu gehörte auch, dass Kreisky ein verstärktes Interesse für die blockfreien Staaten zeigte und 1970 an der Konferenz der blockfreien Staaten in Lusaka teilnahm.¹⁰² Besonders hervorzuheben ist dabei, dass Kreisky sich insbesondere für die Abhaltung der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancun einsetze, gemeinsam mit dem mexikanischen Präsidenten. Diese fand 1981 statt.¹⁰³

Diese Annäherung an die blockfreien Staaten beeinflusste auch das Verhalten Österreichs in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, welches sich daran zeigte, dass der strikte

⁹⁷ Manfred *Juraczka*, *Ideologie und Alltag: Die Wahlprogramme der österreichischen Volkspartei seit 1945* (ungedr. Diss. Universität Wien 1999) 39.

⁹⁸ *Röhrlich*, *A Century in a Lifetime*, 158.

⁹⁹ *Prutsch*, „Neutralität“- Positionen und Positionswandel der ÖVP, 425-440.

¹⁰⁰ *Stifter*, *Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983*, 149-151.

¹⁰¹ *Stifter*, *Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983*, 150.

¹⁰² *Neuhold*, *Außenpolitik, dauernde Neutralität und internationale Organisationen aus österreichischer Sicht*, 35.

¹⁰³ Peter *Jankowitsch*, *Österreich und die dritte Welt. Ein neues Kapitel Außenpolitik*. In: Erich *Bielka*, Peter *Jankowitsch*, Hans *Thalberg* (Hg.), *Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik* (Wien/München/Zürich 1983) 217.

pro-westliche Kurs verlassen wurde.¹⁰⁴ Die Kritik der ÖVP in ihrem Positionspapier zur Ausrichtung der österreichischen Außenpolitik richtete sich auch dagegen, dass Kreisky im Laufe seiner Amtszeit teilweise Kritik an der Politik der USA übte. Dies widersprach den außenpolitischen Vorstellungen der ÖVP, welche eine Westintegration von Österreich anstrebte.¹⁰⁵

Zum zeitlichen Kontext dieser Entwicklung lässt sich festhalten, dass die ÖVP bis 1978/79 die Außenpolitik von Kreisky öffentlich kaum kritisierte. Eine Ursache dafür war, dass es bis zu diesem Zeitpunkt keinen profilierten Außenpolitiker innerhalb der ÖVP gab.¹⁰⁶ Die Tatsache, dass Kreisky sich so stark in der Außenpolitik engagierte, führte dazu, dass die ÖVP Ludwig Steiner zum außenpolitischen Sprecher der Partei nach der Nationalratswahl 1979 wählte. Dieser stammte aus dem außenpolitischen Dienst und brachte daher die erforderliche Erfahrung mit.¹⁰⁷

Nach dessen Ernennung lassen sich die ersten Debatten über die Ausrichtung der österreichischen Außenpolitik erkennen.¹⁰⁸ Diese fanden jedoch hauptsächlich im Nationalrat statt und die ÖVP verwendete das Thema nicht im Wahlkampf. Eine Ursache dafür könnte sein, dass Kreisky als anerkannter Außenpolitiker galt und sich mit Kritik daran nicht so viele Stimmen gewinnen ließen. Dies galt sowohl für die Nationalratswahl von 1979 als auch für jene von 1983.¹⁰⁹ Wie aus einer Meinungsumfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft vom März 1982 hervorgeht, stimmten 56% der aktuellen Ausrichtung der Außenpolitik zu.¹¹⁰ Dennoch versuchte die ÖVP in dieser Zeit vermehrt Einfluss auf die außenpolitische Ausrichtung der Regierung Kreisky zu nehmen und forcierte die Erstellung einer außenpolitischen Doktrin, wobei Kreisky eine öffentliche Diskussion darüber ablehnte und vermied.¹¹¹

Auch wenn die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), bis 1956 unter dem Namen Verband der Unabhängigen (VdU) agierend¹¹², wenig politischen Einfluss auf die Entscheidungen zu jener Zeit hatte, nahm sie dennoch an der Diskussion zur Neutralitätspolitik und der Ansied-

¹⁰⁴ Erwin A. Schmidl, Unorientiert oder UN-orientiert? Österreich und die Vereinten Nationen 1945-1995. In: Rudolf G. Ardel (Hg.), Österreich - 50 Jahre Zweite Republik: Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995 (Linz/Innsbruck/Wien 1997) 138.

¹⁰⁵ Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015) 84.

¹⁰⁶ Stifter, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983, 148.

¹⁰⁷ Stifter, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983, 129.

¹⁰⁸ Andreas Khol, Außenpolitik zwischen Konflikt und Konsens, Versuch einer Bilanz 1975-1978. In: Andreas Khol, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik (Linz/München 1978) 135.

¹⁰⁹ Kramer, Aspekte der österreichischen Außenpolitik (1970-1985), 189.

¹¹⁰ Kramer, Aspekte der österreichischen Außenpolitik (1970-1985), 189.

¹¹¹ Stifter, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983, 133-135.

¹¹² Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ (Göttingen 2019) 226.

lung der UNO in Wien teil, weswegen deren Position kurz zu erläutern ist. Der VdU stimmte dem Staatsvertrag zu, dieser wurde einstimmig im Nationalrat angenommen. Hinsichtlich dessen Umsetzung ging der VdU in einigen Punkten deutlich auf Distanz zu ÖVP und SPÖ. So gab der VdU keine Zustimmung zum Neutralitätsgesetz und kritisierte das von den beiden Großparteien propagierte Wehrgesetz.¹¹³ Gleichzeitig setzte sich die Partei für eine verstärkte europäische Integration ein und stand in den 1960er Jahren in der Debatte über einen möglichen EWG-Beitritt Österreichs diesen Bemühungen positiv gegenüber.¹¹⁴ Daraus lässt sich auch erklären, weshalb die FPÖ dem Gesetz zum Beitritt zur EFTA nicht zustimmte. Im Zusammenhang mit der UNO stimmte der VdU dem Beitrittsansuchen zu.

Die Vorstellungen der Parteien zur österreichischen Neutralität bilden den Hintergrund, vor dem die Bemühungen und Debatten zur Ansiedlung internationaler Organisationen in Österreich zu sehen sind. Zusammenfassend lässt sich dieser Hintergrund wie folgt charakterisieren: Die Wahrung der Neutralität und der äußeren Sicherheit werden durch eine diplomatische und eine militärische Komponente erreicht. Dabei steht erstere im betrachteten Zeitraum, insbesondere in der Phase der Alleinregierung unter Kreisky, eindeutig im Vordergrund. Die österreichische Außenpolitik, auch wenn sie durch die verschiedenen Akteure unterschiedlich beeinflusst wurde, verlief seit 1955 relativ stringent, wenngleich die ÖVP eine Stärkung der Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten und den USA bevorzugte, während die SPÖ den Fokus auf eine internationale Außenpolitik legte, die auch die Sowjetunion und die damals als Dritte Welt bezeichneten Staaten inkludierte. In jedem Fall lag der Fokus darauf, die Präsenz und Sichtbarkeit Österreichs durch eine vermittelnde Rolle auf diplomatischer Ebene global zu erhöhen. Ferdinand Trauttmansdorff prägte in diesem Zusammenhang die Unterscheidung zwischen defensiven und offensiven Elementen in der Außenpolitik. Die Ansiedlung von internationalen Organisationen in Wien betrachtet er als defensives Element, während die aktive Rolle von Österreich bei den Vereinten Nationen die offensiven Elemente widerspiegeln.¹¹⁵

Zur erwähnten Stringenz in der Außenpolitik lässt sich festhalten, dass die der ÖVP nahestehenden Außenminister nach 1955 wie z.B. Kurt Waldheim im Wesentlichen dieselbe Linie

¹¹³ Stenografisches Protokoll, Bundesrat 108. Sitzung (14.09.1955), online unter, <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/BR/BRSITZ/108>> (12.07.2024) 2522.

¹¹⁴ Laurenz Ennser-Jedenastik, Die politischen Parteien. In: Martin Senn, Franz Eder, Markus Kornprobst. Handbuch zur Außenpolitik Österreichs (Wiesbaden 2023) 81.

¹¹⁵ Ferdinand Trauttmansdorff, Österreichs Außenpolitik als Sicherheitspolitik. In: Renate Kicker, Wolfgang Benedek (Hg.), Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen, Strategien, Stellungnahmen (Salzburg 1983) 248.

vertraten, die dann von Kreisky, der auch als Bundeskanzler die Außenpolitik kontrollierte, weiterentwickelt wurde. Kreiskys Außenpolitik, in der die Ansiedelung von internationalen Organisationen in Wien eine wesentliche Rolle für die Wahrung der Sicherheit und des Ansehens des Landes in der Welt spielte, findet sich in einem Zitat Kreiskys gut zusammengefasst. Dieser sagte in seiner Rede beim Rücktritt als Parteivorsitzender 1983, dass auf diese Weise die Außenpolitik Österreich, „in ihrer weltpolitischen Bedeutung sicherlich begrenzte, aber doch für die internationalen Politik nützliche Dienste leisten“¹¹⁶ konnte.

2.2 Österreichs Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen

Die Ansiedelung internationaler Organisationen in Wien hängt unmittelbar mit der Rolle Österreichs bei den Vereinten Nationen zusammen. Die österreichische Neutralität orientierte sich zwar ursprünglich am Schweizer Modell, dennoch gab es von Anfang an in der österreichischen Politik, vor allem in der SPÖ, Stimmen, welche für einen UN-Beitritt eintraten.¹¹⁷ Dies war konsistent mit dem Passus im Staatsvertrag, gemäß dem die Alliierten eine Aufnahme von Österreich in die Vereinten Nationen unterstützen würden. Am 14.12.1955 trat Österreich den Vereinten Nationen bei.¹¹⁸ In der Frage, ob Österreich trotz der Neutralität Mitglied bei den Vereinten Nationen werden konnte, stütze sich die Bundesregierung auf die Argumentation des österreichischen Juristen Verdross, nach der Österreich bei Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats von Sanktionen, die der Neutralität widersprachen, ausgenommen sei. Dies betraf hauptsächlich militärische Sanktionen (Verdross-Doktrin). Diese Doktrin wurde bis in die 1990er Jahre beibehalten.¹¹⁹ Zudem wurde in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt, dass sich zwar alle Staaten an militärischen Aktionen des Sicherheitsrats beteiligen sollten. Der Sicherheitsrat konnte jedoch festlegen, welche Staaten dies umzusetzen hatten, und auf diese Weise gewisse Staaten davon ausnehmen.¹²⁰ Ein interessanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist, dass die österreichischen Vertreter davon ausgingen, dass die

¹¹⁶ Arbeiterzeitung (29.10.1983) zit. nach Helmut *Kramer*, Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Helmut *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang *Claudius Müller*, Emmerich *Tálos* (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch (Wien 2006) 816.

¹¹⁷ Christian *Jenny*, Konsensformel oder Vorbild? Die Entstehung der österreichischen Neutralität und ihr Schweizer Muster (Bern/Wien 1995) 293.

¹¹⁸ *Jenny*, Konsensformel oder Vorbild?, 294.

¹¹⁹ *Gehler*, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 461.

¹²⁰ Vereinte Nationen, Die Charta der Vereinten Nationen, online unter <<https://unric.org/de/charta/#kapitel7>> (26.06.2024).

Mitglieder der UNO, insbesondere jene, die im UN-Sicherheitsrat saßen, die Neutralität Österreichs achten und beschützen wollten.¹²¹

Den Wunsch Österreichs, den Vereinten Nationen nach dem Abschluss des Staatsvertrages trotz der beschlossenen Neutralität beizutreten, begründete Bruno Kreisky am 25.06.1973 in einer Rede am Institut für internationale Angelegenheiten in Warschau damit, dass seiner Ansicht nach die neutralen Staaten dazu verpflichtet seien, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der Außenpolitik zu beteiligen. Zudem müssten die Staaten dafür sorgen, dass keine Konflikte mit den Nachbarländern entstehen und in Friedenszeiten so agiert werde, dass sie in keine Konflikte hineingezogen werden.¹²² Österreich engagierte sich als Friedensvermittler nicht nur innerhalb der Vereinten Nationen, sondern bot sich auch als Standort für internationale Organisationen an. Dieser Prozess wird in den folgenden Kapiteln genauer beleuchtet.

Die Aktivitäten Österreichs innerhalb der Vereinten Nationen sollen anhand des Abstimmungsverhaltens der österreichischen Delegation bei ausgewählten Fragen beleuchtet werden. Besonders hervorzuheben ist dabei die Abstimmung 1971 hinsichtlich der Übertragung der Mitgliedschaft Chinas an die Volksrepublik China nach der kommunistischen Machtübernahme. Die USA hatten über mehrere Generalversammlungen hinweg verhindert, dass diese Abstimmung durchgeführt wird, 1971 stimmte jedoch die Mehrheit dafür, die Entscheidung auf die Tagesordnung zu setzen. Die österreichische Delegation enthielt sich konsequent bei dieser Abstimmung.¹²³ Neben dieser Entscheidung ist auch Österreichs Haltung in der Deutschlandfrage erwähnenswert. Die österreichischen Vertreter erklärten, dass die Aufnahme von Deutschland in die Vereinten Nationen sich positiv auf die Entspannung in Europa auswirken würde. Es finden sich aber keine Belege für österreichischen Initiativen, die die Aufnahme der BRD oder der DDR in die Vereinten Nationen explizit angestrebt hätten.¹²⁴

Neben den diplomatischen Aktionen innerhalb der Vereinten Nationen engagierte sich Österreich, soweit dies mit der Neutralität vereinbar war, bei den Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Erwähnenswert ist hierbei die Beteiligung von österreichischen Sanitätern beim UN-Einsatz im Kongo von 1960-1963. Aufgrund von Finanzierungsknappeit wurden die Sanitäter bereits 1963 wieder abgezogen.¹²⁵ Bei Fragen der Abrüstung stimmte Österreich zwar für die Resolution für eine atomwaffenfreie Zone in Afrika, welche aber nicht umgesetzt

¹²¹ Gintsberger, Karik, Petrov et al., Österreich in den Vereinten Nationen, 681.

¹²² Kreisky, Neutralität und Koexistenz. Reden und Aufsätze 76.

¹²³ Wolfgang Strasser, Österreich und die Vereinten Nationen. Eine Bestandsaufnahme von 10 Jahre Mitgliedschaft. (Wien 1967) 93.

¹²⁴ Strasser, Österreich und die Vereinten Nationen, 95.

¹²⁵ Strasser, Österreich und die Vereinten Nationen, 122.

wurde. Auffallend ist, dass die österreichische Delegation häufig von der Möglichkeit der Enthaltung der Stimme Gebrauch machte und so auch auf diplomatischer Ebene die Neutralität des Landes unterstrich. Beispielsweise enthielt sich Österreich bei der Abstimmung über den Vorschlag von afroasiatischen Staaten, Atomwaffen generell zu ächten.¹²⁶

¹²⁶ *Strasser, Österreich und die Vereinten Nationen*, 137.

3. Die Ansiedelung der IAEA und der UNIDO in Wien

3.1 Die internationale Atomenergieorganisation 1957

Bereits in den 1950er Jahren gab es in der österreichischen Politik die Auffassung, dass die Ansiedelung von internationalen Organisationen in Wien das internationale Ansehen des Landes stärken würde. Als die Gründung der IAEA, angestoßen durch eine Rede des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower am 8. Dezember 1953 vor der UN-Generalversammlung sowie auch mit Unterstützung der Sowjetunion, beschlossen wurde, bot sich die erste Gelegenheit für eine solche Ansiedelung. Zum Zeitpunkt der Gründung war allerdings noch nicht offensichtlich, ob die IAEA die Erwartungen erfüllen würde und welche konkrete Ausrichtung die Organisation erhalten sollte.¹²⁷ Wie jedoch aus der Resolution der Generalversammlung vom 04.12.1954 hervorgeht, war man sich zu diesem Zeitpunkt bereits einig, dass die IAEA ausschließlich die friedliche Verwendung von Atomenergie zum Thema haben sollte.¹²⁸

Am 27.03.1956 skizzierte die Delegation der USA den geplanten Inhalt eines Vertrages zwischen der IAEA und den Vereinten Nationen. Demnach sollte die IAEA eine eigenständige Organisation sein, die aber in kritischen Fällen bzw. in Situationen, die auch andere Organisationen betrafen, der Generalversammlung zu berichten hatte.¹²⁹

Über die IAEA und ihre Rolle innerhalb der Vereinten Nationen wurde auch bei der Generalversammlung am 29.05.1957 debattiert. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die IAEA, wie man anhand der Dokumente¹³⁰ ableiten kann, noch im Entstehungsprozess. Bei der Debatte über die Statuten der IAEA gab es besonders viele Einwände im Bereich der finanziellen Fragen und der technischen Umsetzung. Als Beispiel lässt sich die Debatte über die Frage hervorheben, ob die IAEA ihr Budget von der Generalversammlung absegnen lassen musste oder nicht. Man einigte sich auf eine budgetäre Berichtspflicht ohne Möglichkeit eines Einspruchs durch die Mitgliedstaaten.¹³¹ Die IAEA hat seit ihrer Gründung eine Sonderstellung innerhalb der Vereinten Nationen. Sie ist eine eigenständige Organisation und darf ihre Anliegen direkt

¹²⁷ Röhrllich, *Inspectors for peace*, 60.

¹²⁸ United Nations General Assembly, Ninth Session, 810 (IX) International Cooperation in developing the peaceful uses of atomic energy (04.12.1954), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/666035?ln=en&v=pdf>> (07.06.2024).

¹²⁹ United Nations Secretariat, Advisory Committee on the peaceful use of Atomic Energy. Relationship of the international Atomic Energy Agency to the United Nations (Proposals of the United States of America) (26.03.1956), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/783522?ln=en&v=pdf>> (07.06.2024).

¹³⁰ z.B. United Nations General Assembly, Ninth Session, 810 (IX) (04.12.1954).

¹³¹ United Nations Secretariat, Advisory Committee on the peaceful use of Atomic Energy (24.07.1957).

vor die Generalversammlung bringen.¹³² Die Gründungskonferenz der IAEA fand am 23.10.1956 in New York statt. Bis zu diesem Datum hatten 81 Staaten die Statuten der IAEA ratifiziert.¹³³ Man hatte sich zwar bereits auf die grundlegende Ausrichtung und die Aufgaben der IAEA geeinigt, aber die Frage des Hauptsitzes war noch offen.

3.2 Die Entscheidung für Wien als Standort der IAEA

Auch Österreich bewarb sich als möglicher Standort für die IAEA. Am 26.04.1956 berichtete die Presse über den Beschluss der Ministerratssitzung vom 25.04.1956.¹³⁴ In dieser wurde Außenminister Leopold Figl dazu ermächtigt, nach Prüfung der technischen Voraussetzungen und der Klärung der Frage der Unterbringung, eine formelle Einladung an die Vereinten Nationen zu senden, mit der Bitte den Sitz der IAEA in Wien zu errichten. Figl argumentierte in einem Vortrag, welchen er bereits am 21.04.1956 gehalten hatte, dass die Ansiedelung der IAEA in Wien das Ansehen von Österreich als neutralem Staat positiv beeinflussen würde.¹³⁵ Dass Figl dies bereits vier Tage vor der Ministerratssitzung erklärte, und der Umstand, dass diese Sitzungen in der Regel nur 20 Minuten dauerten, lässt vermuten, dass die Entscheidung bereits vor dem 25.04.1956 getroffen wurde.¹³⁶

Als eine direkte Folge dieses Beschlusses bekundete Karl Gruber als österreichischer Botschafter in den USA das Interesse Österreichs, den Hauptsitz der IAEA zu beherbergen. Der damalige Bundeskanzler Julius Raab betonte in seiner Regierungserklärung am 04.07.1956, dass Österreich sich deswegen um diese Organisation beworben hatte, da sie sich genauso wie die österreichische Außenpolitik für eine friedliche Welt einsetzte und die friedliche Nutzung der Atomenergie förderte.¹³⁷

¹³² Klaus Emmerich, *Unterwegs zum Frieden. 50 Jahre Österreich in den Vereinten Nationen*. (Wien 2005) 110.

¹³³ United Nations General Assembly, Eleventh Session, 1115, Authorization for the Advisory Committee established by General Assembly resolution 810 (IX) to negotiate on behalf of the United Nations an agreement to establish relations between the United Nations and the International Atomic Energy Agency (11.01.1957), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/207997?ln=en&v=pdf>> (24.05.2024).

¹³⁴ Wien – Sitz der internationalen Atombehörde? Communiqué des Ministerrates – Der australische Ministerpräsident im Juni in Österreich. In: *Die Presse*, 26.04.1956. 1.

¹³⁵ Leopold Figl, Sitz der Internationalen Atomenergiebehörde; Frage der Etablierung in Wien. Mündlicher Vortrag an den Ministerrat 25. April 1956. In: ZI513.681-Pol/56 Verhandlungsschrift 129/11 Österreichisches Staatsarchiv.

¹³⁶ Jasmin Bürger, Was macht eigentlich der Ministerrat? In: *Wiener Zeitung* 10.04.2024, online unter <<https://www.wienerzeitung.at/a/was-macht-eigentlich-der-ministerrat#infos-und-quellen>> (07.06.2024).

¹³⁷ Stenografisches Protokoll, Nationalrat VIII.GP 2. Sitzung (04.07.1956), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/VIII/NRSITZ/2/>> (26.07.2024) 22.

Die österreichischen Diplomaten in den USA versuchten intensiv, Wien als Standort zu bewerben.¹³⁸ Karl Gruber erhoffte sich durch sein Engagement für die Ansiedelung der IAEA in Wien auch einen persönlichen innenpolitischen Karriereschub. Bevor er Botschafter wurde, war er bis 1953 der erste österreichische Außenminister. Aufgrund von parteiinternen Konflikten innerhalb der ÖVP musste er zurücktreten.¹³⁹ Als Botschafter setzte er sich nun dafür ein, die Diplomaten bei der IAEA und in den USA zu überzeugen, dass Wien der richtige Standort für die IAEA sei. Bei dieser Initiative wurde er von Franz Matsch, dem österreichischen Botschafter bei den Vereinten Nationen unterstützt. Sie sahen in der Ansiedelung der IAEA in Wien die Möglichkeit, die internationalen Beziehungen Österreichs zu verbessern und Wien als Konferenzstandort attraktiv zu machen.¹⁴⁰ Österreichs Hoffnungen begründeten sich auch darauf, dass Wien bereits am 14.09.1955 im Rahmen der Genfer Atomkonferenz von den USA als Geschenk eine Atombibliothek erhielt. Diese wurde in die wissenschaftliche Bibliothek des Instituts für Physik eingegliedert.¹⁴¹ Der Bestand der Bibliothek wurde in den kommenden Jahren weiter ausgebaut. Die Tatsache, dass Wien nun über eine gut ausgestattete spezifische Bibliothek zur Atomenergie verfügte, sollte sich positiv auf die Standortwahl der IAEA auswirken. Bei einem Besuch von Merrill Eisenbud, dem offiziellen Vertreter der IAEA, zeigte sich dieser sehr angetan von der Organisation der Bibliothek.¹⁴²

Der Prozess der Entscheidung für den Hauptsitz der IAEA verzögerte sich, da in den USA selbst Uneinigkeit darüber herrschte, ob das Hauptquartier der Organisation in den USA sein sollte oder nicht. Die United States Atomic Energy Commission (AEC) unter der Führung von Lewis Strauss wollte einen Standort der IAEA entweder in London, Genf, Brüssel oder am liebsten in den USA selbst. Das Außenministerium der USA hingegen hatte Bedenken bei einem Standort in den USA. Diese gingen in die Richtung, dass man die Umsetzung der IAEA nicht daran scheitern lassen wollte, dass man auf den USA als Standort beharrte. Damit zusammenhängend spielten die Bedenken der Sowjetunion gegen einen Standort in den USA eine Rolle. Die Sowjetunion war prinzipiell dafür Österreich als Standort zu akzeptieren, da es neutral war.¹⁴³

¹³⁸ Günter *Bischof*, Peter *Ruggenthaler*, Österreich und der Kalte Krieg. Ein Balanceakt zwischen Ost und West (Wien /Graz 2022) 184.

¹³⁹ *Gehler*, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. 92.

¹⁴⁰ *Röhrlich*, *Inspectors for Peace*, 65.

¹⁴¹ *Röhrlich*, *Inspectors for Peace*, 65.

¹⁴² Gerlinde *Fritz*, Guido *Blechl* (Hg.), Österreichische Zentralbibliothek für Physik. Geschichte, Dokumente, Dienste (Wien 2004) 60.

¹⁴³ *Röhrlich*, *Inspectors for Peace*, 64.

Im Juni 1956 erklärten schließlich auch die USA, dass sie Österreichs Bewerbung unterstützten. Neben Österreich bewarben sich noch Genf, Kopenhagen und Rio de Janeiro.¹⁴⁴ Gegen Dänemark sprach, dass es Mitglied der NATO war und die Sowjetunion daher die Bewerbung vermutlich nicht unterstützt hätte.¹⁴⁵ Genf erwies sich als harter Konkurrent, da die Schweiz große Anstrengungen unternahm, diese Bewerbung zu gewinnen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der damalige UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld Genf gegenüber Wien mit dem Argument bevorzugte, die UN-Organisationen sollten an möglichst wenigen Orten konzentriert sein.¹⁴⁶ Demgegenüber betonte Wien seine geografische Nähe zu Osteuropa und die niedrigen Lebenshaltungskosten.¹⁴⁷

Dass Österreich bereit war, die USA als einzige Atommacht anzuerkennen, brachte Wien einen entscheidenden Vorteil gegenüber Genf hinsichtlich der amerikanischen Zustimmung.¹⁴⁸ Die Konkurrenz zwischen Wien und Genf um internationale Organisationen sollte weiter bestehen und wird auch im Zusammenhang mit dem VIC thematisiert werden. Am 22.10.1956 wurde im internationalen Ausschuss für Atomenergie von 82 Staaten einstimmig beschlossen, Wien als Standort für die IAEA vorzuschlagen. Der österreichische Botschafter Franz Matsch bedankte sich bei den Staaten für ihr Vertrauen und erklärte, dass Österreich alles tun werde, um eine erfolgreiche Arbeit der IAEA zu ermöglichen. Trotz dieses Beschlusses bestand von Seiten der österreichischen Botschafter die Sorge, dass die USA sich doch noch für einen anderen Standort entscheiden könnten. Matsch erkundigte sich immer wieder bezüglich der Zustimmung der USA zu Wien. Gleichzeitig herrschte nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes am 04.11.1956 durch die Sowjetunion und der österreichischen Reaktion darauf bei den österreichischen Politikern die Sorge, dass sich nun die Sowjetunion gegen Wien aussprechen könnte.¹⁴⁹ Dass diese Sorge nicht unbegründet war, zeigte sich daran, dass es auf Seiten der USA und der Sowjetunion Anfang des Jahres 1957 Überlegungen

¹⁴⁴ International Atomic Energy Agency, *Atoms for Peace. A Pictorial History of the International Atomic Energy Agency* (IAEA Wien 2007).88.

¹⁴⁵ Röhrlich, *Inspectors for Peace*, 65

¹⁴⁶ Röhrlich, *Inspectors for Peace*, 66.

¹⁴⁷ Elisabeth Röhrlich, *Die Gründung der International Atomic Energy Agency (IAEA) in Wien: Österreich, die atomare Herausforderung und der Kalte Krieg*. In: Wolfgang L. Reiter, Juliane Mikoletzky, Mitchell G. Ash, Herbert Matis, *Wissenschaft, Technologie und Industrielle Entwicklung in Zentraleuropa im Kalten Krieg* (Wien 2017) 354.

¹⁴⁸ Rathkolb, „Austria-sieve to the East“, 16.

¹⁴⁹ Röhrlich, *Inspectors for Peace*, 66.

gab, die erste Generalkonferenz von Wien nach Genf zu verlegen¹⁵⁰, obwohl sich Wien be-reiterklärt hatte, die Organisation für die Generalkonferenz zu übernehmen.¹⁵¹

3.3 Die innenpolitische mediale Berichterstattung zur Ansiedelung der IAEA

Die politischen und logistischen Vorbereitungen in Wien nach der positiven Entscheidung fanden ein reges Echo in den österreichischen Medien. Da sich die ersten Zeitungsberichte auf Anfang März datieren lassen, kann man davon ausgehen, dass die Vorbereitungen im März 1957 begannen.

Am 24.03.1957 berichtete die parteiübergreifende Österreichische Neue Tageszeitung, dass die Experten der Atomenergiebehörde prüften, an welchen Orten die Vertreter der IAEA in Wien untergebracht werden könnten. Der zentrale Aspekt des Artikels ist die Frage der Hotelkapazitäten in Wien. Der namentlich nicht bekannte Autor forderte das Rathaus auf dafür sorgen zu tragen, dass genug Hotelbetten zur Verfügung stehen. Daran, so der Autor, durfte die Ansiedelung der IAEA in Wien nicht scheitern.¹⁵²

Im September 1957 waren die Planungen für die erste Generalkonferenz bereits weit fortgeschritten. Wie Ernst Trost am 28.09.1957 im Kurier berichtete, wurden für die Dauer der Konferenz die Musikakademie und das Konzerthaus den Diplomaten als Tagungsort zur Verfügung gestellt. Neben den aktuellen Vorbereitungen berichtete Trost auch von den Vorzügen, die Österreich im Bewerbungsprozess bei den Vereinten Nationen anführte. Dabei wurde neben der bereits erwähnten österreichischen Neutralität betont, dass Österreich aufgrund seiner geografischen Lage in der Mitte von Europa ein guter Standort für die IAEA wäre. Für die IAEA besonders positiv hervorgehoben wurde die wissenschaftliche Tradition Österreichs, ebenso die damals geringen Lebenshaltungskosten in Wien.

Trost betonte in seinem Artikel auch, dass sich die Ansiedelung der IAEA in Wien und die Abhaltung der Konferenz für die Stadt aufgrund der zusätzlichen Wertschöpfung wirtschaftlich lohnen würden. Die Vorbereitungen kosteten Österreich etwa 10 Mio. Schilling, während erwartet wurde, dass die Mitarbeiter*innen der IAEA insgesamt zwischen 50.000 und 100.000 Schilling am Tag ausgeben würden. Darüber hinaus schuf die Ansiedlung der IAEA

¹⁵⁰ Rathkolb, Austria-sieve to the East“, 16.

¹⁵¹ United Nations General Assembly, Twelfth Session, Report of the international Atomic Energy Agency to the General Assembly. Note by the Secretary-General, A/3747 (22.11.1957), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/840422?ln=en&v=pdf>> (17.06.2024) 8.

¹⁵² Das Rathaus muss sich entscheiden. Experten der Atomenergiebehörde prüfen Übersiedelung nach Wien. In: Österreichische Neue Tageszeitung, (24.03.1957) 1.

neue Arbeitsplätze.¹⁵³ Der wirtschaftliche Vorteil wurde auch von Botschafter Gruber in einem Artikel vom 28.05.1958 in der Neuen österreichischen Tageszeitung¹⁵⁴ betont. Gruber schloss mit der Ansicht, dass Österreich die Chancen, welche sich durch die Ansiedelung der IAEA in Wien ergaben, weiter ausbauen sollte.¹⁵⁵

Über die Konferenz, welche am 01.10.1957 begann und bis zum 23.10. dauerte, findet sich ein ausführlicher Bericht von Hugo Portisch, dem damaligen Chefredakteur des Kurier. Dieser berichtete darüber, dass für die Dauer der Konferenz das Konzerthaus zu einem exterritorialen Gebiet erklärt und den Vereinten Nationen unterstellt wurde. An der Konferenz nahmen 400 Delegierte aus 61 Ländern teil. Obwohl offiziell erst bei dieser Konferenz die Entscheidung für Wien fallen sollte, waren sich die Journalist*innen darin einig, dass bei der Standortentscheidung keine Änderungen mehr zu erwarten seien.¹⁵⁶ Diese Zuversicht lässt sich dadurch erklären, dass bereits vor Beginn der Konferenz das Sekretariat von New York nach Wien verlegt worden war, was als Bestätigung der Entscheidung betrachtet wurde.¹⁵⁷

Portisch fasste in seinem Artikel den Unterschied zwischen der Generalversammlung und der IAEA zusammen: „Dort wird geredet, hier wird gearbeitet“.¹⁵⁸ In diesem Zusammenhang ging Portisch darauf ein, dass die wissenschaftliche Weiterentwicklung bei der Atomenergie nun in Wien stattfand, wodurch das Land ebenfalls profitierte.¹⁵⁹

Im Zuge der Konferenz wurde nicht nur Wien als Hauptsitz der IAEA bestätigt, sondern auch die Wahl des ersten Generaldirektors vorgenommen. Für diese Wahl wurde auch Karl Gruber von der amerikanischen Botschaft in Wien ins Spiel gebracht, da es die Überlegung gab, dass die Person aus einem neutralen Staat kommen sollte. Dieser Vorschlag wurde aber nicht weiter verfolgt.¹⁶⁰ Schlussendlich setzte sich mit W. Sterling Cole ein Amerikaner durch, welcher von der Mehrheit der Delegierten akzeptiert wurde, wobei sein Rückhalt innerhalb der IAEA gering war.¹⁶¹ Die Wahl fand am 04.10.1957 statt und W. Sterling Cole wurde für vier Jahre gewählt.¹⁶² Wie aus der Liste der Delegierten hervorgeht, welche am 15.10.1957 veröffent-

¹⁵³ Ernst *Trost*, Österreich als Organisator: Atomkonferenz. In: TS-3293 Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), [Sammlung von Zeitungsartikeln] 1946/67, Kurier 28.09.1957. Wienbibliothek im Rathaus.

¹⁵⁴ Auch unter der Bezeichnung Österreichische Neue Tageszeitung zu finden.

¹⁵⁵ Karl *Gruber*, Atombehörde in Wien. In: Österreich. Neue Tageszeitung (28.05.1958) 19–20.

¹⁵⁶ Hugo *Portisch*, In den Mauern unserer Stadt. In: Kurier (01.10.1957), TS-3293 Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), [Sammlung von Zeitungsartikeln] 1946/67. Wienbibliothek im Rathaus.

¹⁵⁷ *Röhrlich*, Inspectors for Peace, 55.

¹⁵⁸ *Portisch*, In den Mauern unserer Stadt.

¹⁵⁹ *Portisch*, In den Mauern unserer Stadt.

¹⁶⁰ *Rathkolb*, „Austria-sieve to the East“, 16–17.

¹⁶¹ *Röhrlich*, Inspectors for Peace, 60.

¹⁶² United Nations General Assembly, Twelfth Session (22.11.1957) 8.

licht wurde, führte Karl Gruber als außerordentlicher Botschafter die österreichische Delegation bei dieser Konferenz an. Neben ihm waren noch Hans Thirring als Direktor des Instituts für Theoretische Physik in Wien und Mitglied im Bundesrat, sowie einige Minister, wie beispielsweise der damalige Wirtschaftsminister Richard Polaczek oder der Sozialminister Leopold Breitenecker, Mitglieder der österreichischen Vertretung bei dieser Konferenz.¹⁶³

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Konferenz und der endgültigen Zusage für Wien befasste sich die österreichische Innenpolitik vor allem mit der Frage der Standortwahl innerhalb des Wiener Stadtgebiets. Das Konzerthaus war nur für die Dauer der Konferenz zur Verfügung gestellt worden. Am 06.03.1958 berichtete die Tageszeitung *Die Presse*, dass sich die Bundesregierung auf die Hofburg, in der bereits Vorbereitungen für ein Kongresszentrum vorgenommen worden waren, als provisorischen Sitzungsort geeinigt hätte. Dort sollte nach diesen Plänen die zweite Generalkonferenz stattfinden. Ein Nachteil des Plans war, dass für eine Unterbringung von allen Mitarbeiter*innen der IAEA Räume der Nationalbibliothek und des Völkerkundemuseums hätten verwendet werden müssen.¹⁶⁴ Dies hatte möglicherweise Einfluss darauf, dass die provisorische Standortwahl schlussendlich doch nicht auf die Hofburg, sondern auf das Grand Hotel im ersten Bezirk fiel.¹⁶⁵

Abschließend sei erwähnt, dass es Karl Gruber durch sein Engagement im Zusammenhang mit der Ansiedelung der IAEA in Wien gelang, auch innenpolitisch wieder aktiv zu werden, auch wenn er keinen Ministerposten mehr bekleidete. Wie aus einem Zeitungsartikel hervorgeht, wurde dies von der SPÖ positiv wahrgenommen, während die ÖVP dieser Entwicklung neutral gegenüber stand.¹⁶⁶

3.4 Von der IAEA zur UNIDO

Mit der IAEA war 1957 die erste internationale Organisation nach Wien gekommen. Die innenpolitische Argumentationslinie für diese schlussendlich erfolgreichen Bemühungen war die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und der Stellung Österreichs in der Welt. Die mit dieser Politik einhergehende Absicherung eines neutralen Staates in Zeiten des Kalten Krieges tauchte in dieser Phase noch nicht auf. Wie oben angeführt dominieren hier-

¹⁶³ International Atomic Energy Agency. General Conference. First Session, Vienna 1957. List of Delegates (Vienna 15.10.1957) 5.

¹⁶⁴ Felix *Gamillscheg*, Vor Entscheidung über Atomhauptquartier. Reaktorenbau: Koordinierung mit der Studiengesellschaft. In: *Die Presse* 06.03.1958, TS-3293 Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), [Sammlung von Zeitungsartikeln] 1946/67. Wienbibliothek im Rathaus (31.07.2024).

¹⁶⁵ Grand Hotel, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Grand_Hotel> (26.04.2024).

¹⁶⁶ Der Blick auf das Parlament. In: *Wochenpresse* 38, (21.09.1957) o.S.

bei im Sinne von Troy die funktionalen Motive.¹⁶⁷ Bei der Ansiedelung der IAEA in Wien gab es noch keine Überlegungen hinsichtlich des Baus des VIC, aber sie bot die Grundlage für die Abhaltung von weiteren Konferenzen in Wien und sollte als Motivation für die Ansiedelung weiterer internationaler Organisationen in den folgenden Jahrzehnten dienen.¹⁶⁸

Im Zuge der Ansiedelung der IAEA wurde 1958 auch das erste Amtssitzabkommen abgeschlossen, das u.a. die Exterritorialität des Amtssitzes, die Gültigkeit österreichischer Gesetze im Amtssitz und die Verpflichtungen Österreichs gegenüber der IAEA festlegte. Als Vertragspartner agierten auf österreichischer Seite der damalige österreichische Außenminister Leopold Figl und auf Seiten der IAEA deren Generaldirektor Sterling Cole. Die darin festgelegten Bestimmungen dienten als Vorlage für alle darauffolgenden Amtssitzabkommen.¹⁶⁹

Bereits 1959 ergab sich die Möglichkeit, Wien als Standort internationaler Organisationen zu erweitern. Während der Atomwaffenverhandlungen in Genf wurde von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien der Vorschlag aufgebracht, ein Atomwaffenkontrollzentrum in Wien zu errichten. Dieses Atomwaffenkontrollzentrum sollte den Zweck haben, die militärische Nutzung von Atomwaffen zu überwachen. Wie in Genf während der Atomwaffenverhandlungen von amerikanischer Seite betont wurde, steht es in keinen Zusammenhang mit der Atomenergieorganisation. Kreisky ging auf diese Überlegungen in seiner ersten Pressekonferenz als Außenminister am 21.07.1959 ein und erklärte, dass Österreich dieses Angebot gerne annehmen werde, wenn es zustande kommen sollte. Als Begründung führte Kreisky an, dass es die Sicherheit von Österreich erneut stark erhöhen würde, und macht damit seine neutralitätspolitische Position deutlich.¹⁷⁰ Im Fall des Atomwaffenkontrollzentrums dauerte es noch mehr als drei Jahrzehnte, bis mit der Gründung der Kommission zur Vorbereitung der CTBTO auch diese Einrichtung nach Wien kommen sollte. Sie konnte dann bereits in das VIC einziehen, dessen Gründung von der Ansiedelung einer anderen Organisation wesentlich begünstigt wurde, nämlich der UNIDO.

¹⁶⁷ Troy, Amtssitzpolitik, 244.

¹⁶⁸ Hans. G. Knitel, Wien als Sitz internationaler Organisationen und als internationale Konferenzstadt. In: Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985 (Wien 1986) 47.

¹⁶⁹ Agreement between the international Atomic Energy Agency and the Republic of Austria Regarding the headquarters of the international Atomic Agency (Wien 1. März 1958). In: Bundesgesetzblatt Nr. 82/1958, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000318&Artikel=8&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht=>> (20.5.2024).

¹⁷⁰ Ein sensationeller Vorschlag der Großmächte: Wien – Atomwaffen-Kontrollzentrum. Außenminister Dr. Kreisky: Österreich wird dieses Angebot gerne annehmen. In: Arbeiterzeitung (25.07.1959), TS-3293 Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), [Sammlung von Zeitungsartikeln] 1946/67. Wienbibliothek im Rathaus (31.07.2024).

3.5 Die Ansiedelung der UNIDO 1967

Im Lauf ihrer Geschichte gründete die UNO mehrere Sonderorgane bzw. Sonderorganisationen, um bestimmte Aufgaben besonders zu unterstützen. Die Etablierung der UNIDO steht in engem Zusammenhang mit der Dekolonialisierung und der damit erforderlich gewordenen Unterstützung der neu entstandenen unabhängigen Staaten bei deren wirtschaftlichem Aufbau. Bereits 1950 wurde das Expanded Programme for Technical Assistance (EPTA) etabliert.¹⁷¹ Anfang der 1960er Jahre ergaben Prüfungen durch verschiedene Organe der UNO einen dringenden Bedarf für eine verstärkte und koordinierte Unterstützungsleistung, was am 20. 12.1965 zur Gründung der UNIDO führte.¹⁷² Ursprünglich als nichtautonomes, dem Sozialrat unterstelltes Sonderorgan konzipiert, wurde die UNIDO bald eine autonome Organisation innerhalb der Vereinten Nationen, welche von deren Budget mitfinanziert wird. Zudem wurde beschlossen, dass die Leitung der UNIDO vom Generalsekretär bzw. der Generalsekretärin der UNO ernannt wird.¹⁷³

Die UNIDO nahm eine Sonderrolle innerhalb der Organisationen der Vereinten Nationen ein. Ursache dafür war, dass die Entwicklungsländer und die bereits industrialisierten Staaten unterschiedliche Vorstellungen über den Einfluss dieser Organisation hatten. Bei der finalen Lösung handelte es sich um einen Kompromiss.¹⁷⁴ Sie war zunächst, anders als die IAEA, keine eigenständige UNO-Organisation und wurde dies erst 1985, nachdem eine ausreichende Anzahl von Staaten diesen bereits 1979 initiierten Schritt ratifiziert hatte.¹⁷⁵ Die lange Ratifizierungsdauer spiegelt die Uneinigkeit zwischen den Staaten wider, die bei der Einrichtung dieser Institution auftraten.¹⁷⁶

Österreich verfolgte die Entwicklungen rund um die Gründung der UNIDO sehr genau. Die Ministerratssitzung vom 13.09.1966 sollte für die weitere Ansiedlung internationaler Organisationen von entscheidender Bedeutung werden. Darin berichtete Josef Taus (ÖVP), damals Staatssekretär für Verkehr und verstaatlichte Unternehmen, dass bei der UNO über die Gründung der UNIDO diskutiert wurde, und er schlug vor, dass Österreich sich als Standort be-

¹⁷¹ Magarinos, Assaf, Lall et al., Reforming the UN-System, 82.

¹⁷² United Nations General Assembly, Twentieth Session, 2089 Establishment of the United Nations Organization for Industrial Development, (20.12.1965), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/203887?ln=en&v=pdf>> (25.05.2024).

¹⁷³ United Nations General Assembly, Twentieth Session (20.12.1965).

¹⁷⁴ Magarinos, Assaf, Lall et al. Reforming the UN-System, 82.

¹⁷⁵ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 397, (27.09.1985) Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung samt Anlagen. 174. Stück, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XX/I/669/fnameorig_139543.html> (13.08.2024) 1.

¹⁷⁶ Magarinos, Assaf, Lall et al. Reforming the UN-System, 82.

werben sollte. Dieser Vorschlag wurde vom Ministerrat angenommen.¹⁷⁷ Das Auffallende dabei ist, dass der Bericht und der Vorschlag nicht vom damaligen Außenminister Toncic-Sorinj vorgebracht wurde. Eine mögliche Erklärung wäre, dass im Fall der UNIDO die wirtschaftlichen Motive gegenüber den neutralitätspolitischen im Vordergrund standen, wobei sich dann die Frage stellt, warum nicht der damalige Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Fritz Bock den Antrag einbrachte. Diese Frage ließ sich nicht klären. Laut Anwesenheitsliste war der Außenminister bei dieser Sitzung anwesend.¹⁷⁸

Toncic-Sorinj hatte bereits in der Ministerratssitzung vom 13.09.1966 ein anderes Thema aufgebracht. Er berichtete, dass die Idee der Abhaltung einer Weltraumkonferenz innerhalb der Vereinten Nationen diskutiert wurde. Laut Ansicht des Außenministers sollte Österreich auch in diesem Bereich mit der Ausrichtung der Konferenz ein Zeichen setzen, um technologisch nicht den Anschluss zu verlieren. Erneut wurde die Österreichs Neutralität als Argument für die Abhaltung der Konferenz in Wien aufgebracht. Österreich müsste sich allerdings bereiterklären, die zusätzlichen Kosten für die Abhaltung der Konferenz zu tragen. Gemäß dem Bericht des Außenministers beliefen sich diese auf 650.000 Schilling.¹⁷⁹

Zunehmend wurden also im Kontext der Bemühungen um die Ansiedlung internationaler Organisationen die Kosten ein Thema. Toncic-Sorinj betonte, dass Wien der UNO die gleichen finanziellen Vorteile bieten müsse wie der unmittelbare Konkurrent Paris, um in der Entscheidung als gleichwertig betrachtet zu werden. Im Fall der Weltraumkonferenz war es ein Vorteil, dass die IAEA sich bereiterklärt hatte, die notwendige Infrastruktur im Sinne von Mitarbeiter*innen und technischer Ausstattung zur Verfügung zu stellen.¹⁸⁰

Der Ministerrat gab auch in diesem Fall dem Antrag statt, den Minister zur Intensivierung der Verhandlungen zu ermächtigen. Nähere Informationen zum Verlauf dieser Verhandlungen und zur offiziellen Bewerbung Österreichs für die Weltraumkonferenz konnten im Zuge der Recherche nicht gefunden werden. Der Erfolg der Bemühungen zeigt sich daran, dass am 19.12.1966 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde, die erste Weltraumkonferenz in Wien stattfinden zu lassen.¹⁸¹ Seit 1993 befindet sich das UNO-

¹⁷⁷ Ministerratsprotokoll vom 13. September 1966. In: Österreichisches Staatsarchiv ADR 02 3.

¹⁷⁸ Anwesenheitsliste für die Sitzung des Ministerrats am 13.09.1966. In: Verhandlungsschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ministerrats am 13. September 1966 9:00-10:05 Österreichisches Staatsarchiv.

¹⁷⁹ Lujo *Toncic-Sorinj* Vereinte Nationen - Internationale Weltraumkonferenz; allfällige Abhaltung in Wien. Mündlicher Vortrag an den Ministerrat, (Wien 13. September 1966). In: ZI.43.866-4a(Pol)66. Österreichisches Staatsarchiv.

¹⁸⁰ *Toncic-Sorinj* Vereinte Nationen - Internationale Weltraumkonferenz, Österreichisches Staatsarchiv.

¹⁸¹ George Wilhelm *Rehm*, Weltraumfragen in der UNO 1967-1969. In: Vereinte Nationen: German Review on the United Nations 17, (3) (Bad Neuenahr-Ahrweiler, 1969) 84.

Büro für Weltraumfragen in Wien.¹⁸² Die Entscheidung für die Abhaltung der Weltraumkonferenz in Wien fiel nur einen Tag nach der Entscheidung, dass die UNIDO ihren Hauptsitz in Wien errichten werde.

Die Bewerbung Österreichs als Standort für die UNIDO wurde am 12.10.1966 an die UNO übermittelt. Darin wurde argumentiert, dass Österreich aufgrund seiner Neutralität, seines ausdrücklichen Interesses an einer wirtschaftlichen Stärkung der Entwicklungsländer, seiner geografischen Lage und seinem hohen Grad an Industrialisierung und den damit verbundenen Wirtschaftskontakten ein guter Ausgangspunkt sei, um die Industrialisierung in den Entwicklungsstaaten zu fördern.¹⁸³ Neben diesem Dokument wurde am 30. November 1966¹⁸⁴ von österreichischer Seite ein zusätzliches Dokument an die Generalversammlung übermittelt, in welchem die Unterbringungsmöglichkeiten der UNIDO und Informationen über internationale Schulen und Abendangebote in Wien beschrieben wurden. Dieses Dokument wurde ebenso wie die Bewerbung von Kurt Waldheim, dem damaligen Vertreter von Österreich bei den Vereinten Nationen, verfasst. Um eine positive Haltung der USA gegenüber einem Standort Wien zu erwirken, hatte Toncic-Sorinj erklärt, dass sich Wien nur dann bewerben wollte, wenn die UNIDO nicht in New York errichtet werden sollte.¹⁸⁵

Durch das Zusatzdokument wollte man die weiteren Vorteile des Standorts hervorheben. Im allgemeinen Kontext der Ansiedlung internationaler Organisationen lassen sich hieraus jene Argumente ablesen, die Österreich zur Steigerung der Attraktivität anführte. Den Anforderungen der UNIDO entsprechend galt die erste Betonung den Raumressourcen für die Abhaltung großer internationaler Konferenzen, wobei das Konferenzzentrum in der Hofburg, die Stadthalle, das Palais Auersperg und das Palais Schwarzenberg genannt wurden. Als zweites Argument wurden drei adäquate Baugründe für das Hauptquartier zur Auswahl gestellt, wobei Österreich die Kosten dafür übernehmen wollte. Es lässt sich vermuten, dass einer dieser Baugründe bereits im Bereich der heutigen UNO-City lag. Als Provisorium bis zur Fertigstellung des Hauptquartiers wurden bestehende Bürogebäude angeboten, wobei auch hier Österreich bereit war, die Kosten zu tragen. Drittens wurde darauf hingewiesen, dass Englisch,

¹⁸² Rod Pritchard-Smith, The Vienna International Centre. In: United Nations Chronicle 37, (1) (2000) 82.

¹⁸³ United Nations General Assembly, Twenty-first Session, Activities in the field of Industrial Development. Note by the Secretary-General, Agenda Item 41 A/6468 (14.10.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/849203?ln=en&v=pdf>> (08.06.2024).

¹⁸⁴ United Nations General Assembly, Twenty-first Session, Activities in the field of Industrial Development. Note by the Secretary General, A/6468/Add.1 (01.12.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/849276?ln=en&v=pdf>> (10.06.2024).

¹⁸⁵ Lujó *Toncic-Sorinj*, Wahl Wiens zum Amtssitz der neuerrichteten UN-Organisation für industrielle Entwicklung, UNIDO genannt. Mündlicher Vortrag an den Ministerrat (Wien 16.12.1966). In: ZI 127.442-10/66 Beilage F, Österreichisches Staatsarchiv.

Französisch und Russisch in den österreichischen Schulen unterrichtet wurde und daher qualifizierte lokale Arbeitskräfte in ausreichendem Maße verfügbar waren. Als weitere Argumente für Wien wurde auf die bestehende Infrastruktur, die hohe Lebensqualität, den verfügbaren Wohnraum und nicht zuletzt das kulturelle Angebot hingewiesen. All diese Vorzüge hatten, wie am Ende des Berichts betont wurde, bereits einige internationale Organisationen nach Wien geführt, insbesondere die IAEA und die Organisation of the Petroleum Exporting Countries (OPEC). Zudem wurde erneut hervorgehoben, dass die UNIDO dieselben Konditionen bekäme wie die IAEA.¹⁸⁶ Von einem Bau eines gemeinsamen Gebäudes für die IAEA und die UNIDO ist dabei noch nicht die Rede.

Solche Bewerbungsschreiben waren von großer Wichtigkeit, da auch andere Staaten ihr Interesse am Sitz der UNIDO vorbrachten. Bis zum 20.09.1966 hatten Kenia, Peru, Trinidad und Tobago und Indien ihre Bewerbung bei der UNO bekanntgegeben¹⁸⁷, wobei Indien, Trinidad und Tobago und Peru die Bewerbung noch vor der Abstimmung zurückzogen, da die Anzahl der Bewerber reduziert werden musste.¹⁸⁸ Während für die drei genannten Konkurrenten die Bewerbungsdokumente ausgehoben werden konnten, lässt sich nur aufgrund des Abstimmungsdokuments der UNO¹⁸⁹ ableiten, dass sich auch Frankreich, Griechenland und die Türkei für den Amtssitz bewarben, wobei Paris seine Kandidatur erst spät anmeldete.¹⁹⁰ New York und Genf hatten sich nicht beworben, sondern kamen automatisch in die Abstimmung, da sie bereits internationale Organisationen beherbergten.

Österreich hatte sich vor allem durch intensive diplomatische Bemühungen in eine gute Ausgangsposition gebracht. Dabei spielte insbesondere eine Verbesserung der Beziehungen zu den Staaten in der südlichen Hemisphäre eine eminente Rolle. Gleichzeitig wurde versucht, innerhalb Europas die bilateralen Beziehungen zu fördern.

¹⁸⁶ United Nations General Assembly, Twenty-first Session (01.12.1966).

¹⁸⁷ United Nations General Assembly, Twenty-first Session, Activities in the field of Industrial Development, Note by the Secretary General, A/6433 (22.09.1966), online unter <https://digitallibrary.un.org/record/849227?ln=en&v=pdf> (10.06.2024).

¹⁸⁸ United Nations General Assembly, Twenty-first Session, Agenda Item 41, Activities in the field of Industrial Development, A/6415/Add.1 (09.12.1966), online unter <https://digitallibrary.un.org/record/849158?ln=en&v=pdf> (10.06.2024).

¹⁸⁹ United Nations General Assembly, Twenty-first Session (16.12.1966).

¹⁹⁰ Mündlicher Vortrag des Herrn Bundesministers an den Ministerrat über die Wahl Wiens zum Amtssitz der neuerrichteten UN-Organisation für industrielle Entwicklung, UNIDO genannt. ZI 127.442-10/66 Beilage F, Österreichisches Staatsarchiv (Wien 16. Dezember 1966).

Dies zeigte sich daran, dass Portugal, obwohl sie zunächst für Paris stimmen wollten, durch die österreichische Intervention entschied doch für Wien zu stimmen.¹⁹¹ Erwähnenswert ist hierbei, dass bei diesen diplomatischen Aktivitäten wirtschaftliche Argumente gegenüber der Neutralität in den Vordergrund rückten.¹⁹² Die Bedeutung der österreichischen Diplomatien in diesem Bewerbungsverfahren zeigte sich auch darin, dass die offizielle österreichische Bewerbung von Kurt Waldheim, dem damaligen österreichischen Botschafter bei den Vereinten Nationen, verfasst wurde.¹⁹³

Die Abstimmung fand im Zuge der 21. UN-Generalversammlung am 16. Dezember 1966 statt. Die Standortwahl für den Hauptsitz nahm bei der UNIDO deutlich weniger Zeit in Anspruch als bei der IAEA. Bereits am 17.12.1966 wurde nach vier Abstimmungsrunden von der Generalversammlung in New York beschlossen, dass Wien der Standort für die neugegründete UNIDO sein sollte.¹⁹⁴ Die Abstimmung erfolgte geheim. Die UNO hatte zu diesem Zeitpunkt 122 Mitglieder.¹⁹⁵ Aus der Summe der abgebenden Stimmen lässt sich ableiten, dass sich mit 119 Staaten fast alle an dieser Abstimmung beteiligt hatten. Im Vergleich zur Abstimmung über den Sitz der IAEA 1957 hatte die UNO 40 Mitglieder dazugewonnen, davon 32 afrikanische Staaten, wodurch diese eine zunehmende Bedeutung in der Generalversammlung erlangten. Insofern kann angenommen werden, dass die Bemühungen Österreichs um diese Nationen sehr wichtig für den Erfolg waren.

Es gab aber darüber hinaus auch internationale Entwicklungen, die Wien in eine bevorzugte Position brachten. Am 10.03.1966 war Frankreich nach längeren Spannungen mit den USA über die Stationierung von Atomwaffen vorübergehend aus der militärischen Struktur der NATO ausgetreten.¹⁹⁶ Die Reformpläne für die NATO, die Frankreich aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen einforderte, wurden von den USA nicht unterstützt. Den nun leerstehenden Amtssitz der NATO in Paris wollte Frankreichs Präsident Charles de Gaulle für

¹⁹¹ Mündlicher Vortrag des Herrn Bundesministers an den Ministerrat über die Wahl Wiens zum Amtssitz der neuerrichteten UN-Organisation für industrielle Entwicklung, UNIDO genannt. ZI 127.442-10/66 Beilage F, Österreichisches Staatsarchiv (Wien 16.12.1966).

¹⁹² Knoll, Röhrlich, Das neutrale Österreich als Sitz internationaler Organisationen, 11.

¹⁹³ Kurt Waldheim, online unter <<https://www.parlament.gv.at/person/13961>> (30.05.2024).

¹⁹⁴ United Nations *General Assembly*, Twenty-first Session, 2212(XXI) Headquarters of the United Nations Industrial Development Organization (17.12.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/203202?ln=en&v=pdf>> (11.06.2024).

¹⁹⁵ Vereinte Nationen, Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, online unter <<https://unric.org/de/entwicklung-mitgliedschaft/>> (01.05.2024).

¹⁹⁶ Letter from Charles de Gaulle to Lyndon B. Johnson (07.03.1966), online unter <https://www.cvce.eu/de/obj/letter_from_charles_de_gaulle_to_lyndon_b_johnson_7_march_1966-en-d97bf195-34e1-4862-b5e7-87577a8c1632.html> (20.08.2024).

die UNIDO genutzt sehen.¹⁹⁷ Inwiefern die belasteten Beziehungen zwischen Washington und Paris eine Auswirkung auf die Abstimmung hatten, lässt sich nicht direkt belegen, da die Abstimmung, wie bereits erwähnt, geheim erfolgte und daher aus den Protokollen nicht ableitbar ist, welches Land wie gestimmt hatte. In dieser Situation darf jedoch vermutet werden, dass die USA die Bewerbung von Paris nicht aktiv unterstützten.

Auch wenn sich das Abstimmungsverhalten der Mitgliedsstaaten nicht direkt rekonstruieren lässt, so birgt die Analyse der einzelnen Abstimmungsrunden¹⁹⁸ einige interessante Erkenntnisse zu Auswahlprozessen bei den Vereinten Nationen.

Tabelle 1: Abstimmungsverhalten in der 1103. Sitzung des Ad Hoc Committee on the United Nations Organization for Industrial Development betreffend Amtssitz der UNIDO

Standort	1. Abstimmungsrunde	2. Abstimmungsrunde	3. Abstimmungsrunde	4. Abstimmungsrunde
Paris	30 Stimmen	35 Stimmen	36 Stimmen	47 Stimmen
Nairobi	26 Stimmen	27 Stimmen	33 Stimmen	--
Wien	24 Stimmen	31 Stimmen	48 Stimmen	72 Stimmen
New York	19 Stimmen	15 Stimmen	2 Stimmen	--
Istanbul	12 Stimmen	8 Stimmen	--	--
Genf	3 Stimmen	2 Stimmen	--	--
Athen	2 Stimmen	--	--	--

Bei genauerer Betrachtung der Abstimmungsergebnisse fällt auf, dass sich von Anfang an mit Paris, Wien und Nairobi drei Favoriten herauskristallisierten. Wien profitierte in der Folge am stärksten von den Stimmen, die zuvor den ausgeschiedenen Mitbewerbern Istanbul, Genf und Athen gegeben worden waren. Der starke Rückgang an Stimmen für New York von Runde 2 zu Runde 3 lässt vermuten, dass sich die USA zunehmend selbst aus dem Bewerb nahmen, wovon erneut Wien am meisten profitierte. Hier könnten sich die vorher erwähnten Vorbehalte der USA gegenüber Paris ausgewirkt haben. Schließlich gewann Wien die Mehrheit der vorher Nairobi gegebenen Stimmen. Dies ist möglicherweise ein Hinweis darauf, dass die diplomatischen Bemühungen Österreichs in den Ländern des Südens Erfolg zeigten.

¹⁹⁷ Hellmuth Bock, Gundomar Eibegger, Wir blenden auf, wir blenden ein - UNIDO bezieht 1967 Quartier in Wien (22.12.1966) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=0E32E654-180-00344-0004DCE4-0E322AFA&cHash=535356ed5f953dd98b18157186e780c3>> (24.04.2024).

¹⁹⁸ United Nations General Assembly, Twenty-first Session (16.12.1966).

Interessante Aufschlüsse zum Ablauf solcher Abstimmungen bietet ein Schreiben der Schweizer Regierung an ihren Botschafter in New York, welches das Abstimmungsverhalten der Schweizer Delegation festlegte.¹⁹⁹ Offensichtlich war New York der eigentliche Favorit für die Schweiz aufgrund der Präsenz anderer UN-Organisation und der Weltbank. Die Schweiz wollte eine Dezentralisierung der UNO vermeiden, legte aber gleichzeitig keinen Wert darauf, selbst Amtssitz der UNIDO zu werden. Es sollte aber keine offene Unterstützung für New York betrieben werden. Die zweite Präferenz der Schweiz war, für ein Entwicklungsland, d.h. Nairobi, zu stimmen, und dies dann auch aktiv zu unterstützen. Wien sollte nur dann Unterstützung bekommen, wenn es Aussicht auf einen Erfolg der österreichischen Bewerbung gab. Wenn man diese Angaben auf das Abstimmungsverhalten (Tab. 1) überträgt, so hätte die Schweiz in der ersten Runde für New York votiert und wäre entweder in der zweiten oder spätestens dritten Runde auf Nairobi umgeschwenkt. Nach der dritten Runde war Wien der Favorit, weswegen es wahrscheinlich die Schweizer Stimme in der letzten Runde erhielt. Es kann vermutet werden, dass ähnliche Anweisungen das Abstimmungsverhalten der anderen Staaten vorgaben. Auch die Argumente könnten ähnliche gewesen sein, da die Schweizer Linie die Abstimmungsentwicklung gut wiedergibt.

In der Generalversammlung vom 17. Dezember 1966 wurde die Entscheidung für Wien einstimmig bestätigt. Kurt Waldheim bedankte sich für die freundlichen Worte des französischen Vertreters und hob hervor, dass die Entscheidung für Wien in einer objektiven Abstimmung getroffen wurde. Zudem betonte er, dass die österreichische Regierung ehestmöglich mit der Planung beginnen werde.²⁰⁰ Am 20.12.1966 wurde im Ministerrat beschlossen, dass der Außenminister, ein Komitee zusammenstellen sollte, welches sich um die Koordinierung der Unterbringung der UNIDO befasst. Das Protokoll dieser Sitzung enthält eine Inkonsistenz dahingehend, dass der Außenminister laut Anwesenheitsliste an dieser Sitzung nicht teilnahm, sich gleichzeitig aber an der Diskussion beteiligt hat.²⁰¹ In der gleichen Sitzung wurde der damalige Staatssekretär im Außenministerium Carl Bobleter, damit beauftragt, sich um die weitere Koordinierung der Unterbringung der UNIDO zu kümmern und als österreichischer Vertreter gegenüber den Vereinten Nationen zu agieren.²⁰²

¹⁹⁹ Kabel Nr. 156. Sitzfrage ONUDI, Österreich 1964-1969. In: Swiss Federal Archives Bern, online unter <dodis.ch/31673> (01.05.2024).

²⁰⁰ United Nations General Assembly, Twenty-first Session (17.12.1966).

²⁰¹ Anwesenheitsliste für die Sitzung des Ministerrats am 20.12.1966. In: Verhandlungsschrift Nr. 27 über die Sitzung des Ministerrates am 20.12.1966. Österreichisches Staatsarchiv.

²⁰² Beilage zur Tagesordnung für die 27. Sitzung des Ministerrats am 20.12.1966. In: Ministerratsprotokoll, 20 Dezember 1966. Österreichisches Staatsarchiv.

3.6 Zur Kontinuität der österreichischen Außenpolitik

Die erfolgreiche Ansiedelung der UNIDO in Wien geht einher mit einer bemerkenswerten Kontinuität in der österreichischen Außenpolitik seit den 1950er Jahren, die sich aus einer über Parteigrenzen hinweg einheitlichen Deutung der österreichischen Neutralität ergab: Die territoriale Integrität des Landes wurde dadurch sichergestellt, dass man sich als ein Standort internationaler Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen etablierte. So wurde die Neutralität für die Präsenz auf der internationalen Bühne und gleichzeitig für die Sicherheit genutzt. Diese Form der aktiven Neutralitätspolitik wurde insbesondere von Bruno Kreisky geprägt, zunächst in seiner Rolle als Außenminister von 1959-1966 und dann ab 1970 als Bundeskanzler der Republik (vgl. 2.1).

Kreiskys Neutralitätsverständnis ist in verschiedenen seiner Reden gut dokumentiert. Zunächst hält Kreisky fest, dass die Neutralität die Grundlage der Außenpolitik Österreichs darstellt und an ihr nicht gerüttelt werden dürfe.²⁰³ Zweitens war seiner Meinung nach Neutralität nicht mit Passivität in der Weltpolitik gleichzusetzen. Hier unterschied er sich vom Neutralitätskonzept der Schweiz.²⁰⁴ Er vertrat die Ansicht, dass auch neutrale Staaten im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Einfluss auf die Weltpolitik nehmen könnten und diese Möglichkeit auch zu nutzen sollten, um die Entspannung zwischen den Staaten während des Kalten Krieges zu fördern.²⁰⁵ Ein dritter wesentlicher Aspekt galt der Demokratisierung der Außenpolitik, wie er in seiner ersten Pressekonferenz als Außenminister am 25.07.1959 erklärte. Die Außenpolitik sollte in den Medien präsent sein und auf diese Weise das Verständnis für die gesetzten Handlungen in der Öffentlichkeit erhöhen.²⁰⁶ All dies war mit Österreichs Sicherheitspolitik gekoppelt. Diese außenpolitische Linie sollte sich in den Folgejahren mit dem Bau des VIC fortsetzen.

²⁰³ Bruno Kreisky, Österreichische Neutralität und europäische Integration. Rede vor dem Europäischen Forum Alpbach in Alpbach/Tirol am 03.09.1972. In: Bruno Kreisky Neutralität und Koexistenz. Aufsätze und Reden (München 1975) 55.

²⁰⁴ Bruno Kreisky, Die österreichische Alternative. In: FORUM 17/2 (1955) 166-187.

²⁰⁵ Kreisky, Österreichische Neutralität und europäische Integration. [...]. In: Bruno Kreisky Neutralität und Koexistenz. Aufsätze und Reden (München 1975) 55.

²⁰⁶ Ein sensationeller Vorschlag der Großmächte. In: Arbeiterzeitung (25.07.1959).

4. Der Weg zum Vienna International Centre

Nachdem nun zwei große UN-Organisationen in Wien ihren Hauptsitz einrichten sollten, entwickelte die österreichische Bundesregierung 1967 erste Ideen für den Bau eines United Nations Center. Der Komplex sollte Räumlichkeiten sowohl für die IAEA als auch für die UNIDO und ein Konferenzzentrum umfassen.²⁰⁷ Die beiden bisherigen Sitze der UNO in New York und Genf waren in ähnlichen Strukturen organisiert. Als Standort wurde eine Idee aufgegriffen, die die Stadt bereits 1965 bei der Bewerbung für den UNIDO-Amtssitz ins Spiel gebracht hatte, nämlich das Areal zwischen Donaupark und Wagramer Straße im 22. Wiener Gemeindebezirk.²⁰⁸ Für Wien ergab sich damit auch die Möglichkeit, den Bereich jenseits der Donau besser zu erschließen.²⁰⁹ Dazu ist anzumerken, dass ursprünglich sowohl Wien als auch Niederösterreich Vorschläge für die Unterbringung der internationalen Organisationen vorbrachten. Die niederösterreichische Vertretung brachte damals die erst kurz davor gegründete Südstadt südlich von Wien als mögliche Option für die Unterbringung ins Gespräch.²¹⁰

4.1 Die ersten Schritte: Amtssitzabkommen und Vertrag mit UNIDO und IAEA

Am 28.01.1967 einigten sich der Bund und die Stadt Wien im sogenannten Schmitz-Slavik-Abkommen, welches von Wolfgang Schmitz, dem damaligen Finanzminister, und Felix Slavik, Finanzstadtrat von Wien, unterzeichnet wurde, dass Wien bei einer Errichtung des Gebäudes innerhalb des Stadtgebietes 35 % der Kosten übernahm und die dafür notwendige Fläche zur Verfügung stellte. Außerdem wurde darin festgelegt, dass Wien für eine schnelle Anbindung an die Innenstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu sorgen hatte.²¹¹ Die anderen 65% übernahm die Republik Österreich. An diesem Finanzabkommen wurde während der gesamten Planungs- und Bauphase nicht gerüttelt. Mit dem Abkommen bekannte sich die Stadt

²⁰⁷ Klestil, Entscheidungen auf dem Weg zur Ansiedelung internationaler Organisationen und zum Bau der UNO-City, 29.

²⁰⁸ Ernst Heiss, UNO-Zentrum Wien (Vorschlag für das Zentrum internationaler Organisationen auf dem Gelände zwischen Donaupark und Wagramer Straße in Wien) (Wien 1967) 36.

²⁰⁹ Die UNO-City Story (23. August 1979). In: Österreichische Mediathek, online unter <https://www.mediathek.at/atom/01782A99-3CD-00B58-00000BEC-01772EE2/pool/bibl>.

²¹⁰ Paul Yvon, Eine City an der Straßenbahn. Wenn Wien zur Weltstadt wird. In: Die Presse (23.08.1979) 1.

²¹¹ Klestil, Entscheidungen auf dem Weg zur Ansiedelung internationaler Organisationen und zum Bau der UNO-City, 31.

auch zum „außen- und neutralitätspolitischen Konzept [...], welches dem Projekt zugrunde [lag].“²¹²

Das Finanzabkommen basierte gemäß einer Besprechungsnotiz aus dem Bautenministerium vom 24.01.1967 auf einer Kostenschätzung von rund 540 Mio. Schilling für die Errichtung des VIC, in dem IAEA und UNIDO untergebracht werden sollten. Falls weitere Organisationen dort ihren Hauptsitz bekommen sollten, müsste mit entsprechenden Mehrkosten in der Höhe von jeweils rund 250 Mio. Schilling gerechnet werden.²¹³ Ausdrücklich wurde bei dieser Kostenschätzung betont, dass sie lediglich auf Annahmen basierte, da ein konkretes Anforderungsprofil für Raum- und Flächenbedarf sowie für die Kosten je Kubikmeter noch nicht vorlagen.²¹⁴

Am 21.02.1967 wurde das Angebot Österreichs für den Bau eines Amtssitzzentrums für die Vereinten Nationen an die UNO übermittelt. In diesem Abkommen wurden bereits einige wesentliche Eckpunkte des Projektes VIC festgehalten:²¹⁵

- „Die Republik Österreich ist bereit, die für definitive Amtssitze der UNIDO und IAEA erforderlichen Amtsgebäude (Sekretariatsgebäude) einschließlich der funktionell bedingten Sitzungsräumlichkeiten auf einem ihr von der Gemeinde Wien übereigneten Baugrund auf dem Gelände des Donauparks im Rahmen eines UN-Zentrums auf ihre Kosten zu errichten.“
- Basierend auf den von UNIDO und IAEA zu übermittelnden Raum- und Funktionsprogrammen soll die Fertigstellung innerhalb von vier Jahren erfolgen.
- Das Gebäude ist Eigentum der Republik Österreich und wird an die UNO für einen symbolischen Schilling für 99 Jahre vermietet.
- Es wird unverbindlich erklärt, dass genügend Parkplätze zur Verfügung stehen werden und an einer Schnellverbindung zum Flughafen und ins Stadtzentrum gearbeitet wird.²¹⁶

²¹² Klestil, Entscheidungen auf dem Weg zur Ansiedelung internationaler Organisationen und zum Bau der UNO-City, 30.

²¹³ Heiss, UNO-Zentrum Wien, 36.

²¹⁴ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller mit der Überarbeitung der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien an die IAKW-AG zusammenhängenden Vorgänge, online unter, <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/1688/imfname_320834.pdf> (21.09.2024) 5.

²¹⁵ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973 (Wien 1974), 8–9.

²¹⁶ Regierungsvorlage. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (15.05.1997) Abschnitt 4, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XX/I/669/fnameorig_139543.html> (30.07.2024).

- Die Vereinbarung enthält einen Passus (7c), nach dem in der Planung die Möglichkeit für einen späteren Ausbau berücksichtigt werden sollte.
- Das Amtssitzgebäude wird ohne Einrichtung an die internationalen Organisationen übergeben.

Zu dieser Vorlage sind einige Anmerkungen zu machen: Erstmals – und damit den Text des Ergänzungsdokuments zum Bewerbungsschreiben für den Amtssitz der UNIDO vom 30.11.1966²¹⁷ erweiternd – wurde angeboten, dass Österreich das Gebäude auf eigene Kosten errichtete und vermietete, die Instandhaltungskosten aber nicht übernahm. Die konkrete Ausformulierung dieses Aspekts sollte bis 1979 für Diskussionen zwischen Österreich und den internationalen Organisationen sorgen.²¹⁸

Im Kontext der Planung des Gebäudes führte ein Übersetzungsfehler zu Unstimmigkeiten zwischen der UNIDO und der österreichischen Bundesregierung.²¹⁹ In der deutschsprachigen Fassung hieß es: „Bei der Planung und Errichtung dieser Amtssitzgebäude durch die Republik Österreich wird das von der UNIDO bzw. IAEO zu erstellende Raum- und Funktionsprogramm zugrunde gelegt werden.“²²⁰ Im Englischen wurde dieser Punkt des Vertrages folgendermaßen übersetzt: „The planning and construction of the headquarters building by the Republic of Austria shall be based on plans to be provided by UNIDO.“²²¹ Die englischsprachige Version führte dazu, dass die UNIDO in der Annahme, das Gebäude entwerfen zu dürfen, ein Planungsbüro einrichtete. Obwohl der österreichische Minister für Bauten im November 1968 klarstellte, dass die Verantwortung und Umsetzung des Baus im Aufgabenbereich der österreichischen Regierung lag²²², wurde dieser Passus in der verschriftlichten Version des Vertrages nicht geändert.²²³ Die daraus resultierenden Unstimmigkeiten verzögerten die Einigung über die genauen Modalitäten mit der UNIDO, die auf dem Recht der Planung des Gebäudes zunächst beharrte. So musste der österreichische Vertreter bei den Vereinten

²¹⁷ United Nations General Assembly, Twenty-first Session (01.12.1966), 3.

²¹⁸ United Nations General Assembly, Thirty-fourth Session, Fifth Committee, Agenda Item 98, Proposed Programme Budget für the Biennium 1980-1981, Accommodation at the Vienna International Centre. Report of the Secretary-General, A/C.5/34/38 (05.12.1979), online unter <<https://search.archives.un.org/s-0910-0011-03-00002>> (25.08.2024) 10.

²¹⁹ ORF-Fernseharchiv, Abendjournal (Gestaltung: Johannes Fischer) (11.02.1974), Rechnungshofbericht über UNO-City, Details, Vorgeschichte, Vergabe an Architekt Staber, ÖVP-Haltung.

²²⁰ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 9.

²²¹ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 9.

²²² Erklärung des österreichischen Vertreters in der 5. Kommission der Generalversammlung der UN zu Abschnitt 21 des Budgetvorschlags 1968 betreffend Planung des ständigen Amtssitzes der UNIDO (10. Dezember 1968). In: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, 1688 der Beilagen zu den stenografischen Protokollen des Nationalrats XIII. GP (Wien 1972) 8.

²²³ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 10.

Nationen am 05.12.1968 erneut betonen, dass Österreich von der UNIDO einen Bedarfsplan erwartete, um das Gebäude planen zu können.

Zu diesem Zeitpunkt war die UNIDO bereits über ein Jahr in Wien. Das Amtssitzabkommen war bereits am 13.04.1967 in New York unterzeichnet worden. Während der Planung und Bauphase des endgültigen Hauptsitzes der UNIDO benötigte diese eine vorübergehende Unterkunft. Dabei handelte es sich aber nicht wie in einem Zeitungsartikel in der *Wochenpresse*²²⁴ fälschlicherweise erwähnt um die Hofburg, sondern um das Felderhaus; dieses befindet sich direkt neben dem Rathaus und wurde vermutlich deswegen ausgewählt. Die UNIDO übernahm diese Räumlichkeiten am 7.07.1967.²²⁵ Damit trat auch das Amtssitzabkommen offiziell in Kraft.

Am 29.11.1967 berichtete die *Wochenpresse*, dass Mitarbeiter*innen der UNIDO darauf hingewiesen hatten, dass wenn man mit zwei Jahren Bauzeit und dem Einzug 1971 plant, für die Erstellung des Plans nur noch ein Jahr Zeit bliebe. Sie schlugen vor, statt eines internationalen Architekturwettbewerbs einen Ideenwettbewerb auszuschreiben. Hingegen seien die Widerstände gegen Wien bei den Beamten fast gänzlich verschwunden. Man hatte auch Vorteile bei den Wiener Kaffeehäusern als Besprechungsorte erkannt.²²⁶

4.2 Übergabe der Projektverantwortung von der ÖVP zur SPÖ

Die ÖVP-Alleinregierung hatte 1967, wie im vorherigen Kapitel ausgeführt, bereits die Entscheidung getroffen, das VIC zu bauen, und auch den dazugehörigen Vertrag mit der IAEA und der UNIDO abgeschlossen. Bevor sich die nun folgenden Unterkapitel mit der innenpolitischen Debatte zwischen ÖVP und SPÖ näher befassen, sei an dieser Stelle nochmal betont, dass sowohl die ÖVP als auch die SPÖ den Bau des VIC grundsätzlich unterstützten.

1970 hatte die SPÖ die Nationalratswahl gewonnen und die ÖVP wechselte in die Oppositionsrolle. Damit änderte sich auch die Wirtschaftspolitik im Land grundlegend. Die Regierung Kreisky übernahm ein von der ÖVP saniertes Budget und die österreichische Wirtschaft verzeichnete in den Folgejahren ein Wachstum. An dem sanierten Budget hatte der Finanzminis-

²²⁴ *Wochenpresse* (20.11.1967).

²²⁵ Seit heute flattern UNO-Fahnen neben dem Rathaus. Felder-Haus der UNIDO übergeben - Amtssitzabkommen in Kraft. In: *Rathauskorrespondenz*, Juli 1967, online unter <https://presse.wien.gv.at/historische-rk/1967/-/asset_publisher/wlyuW1CMwd9x/content/juli-1967?redirect=%2Fweb%2Fpresse%2Fhistorische-rk%2F1967&inheritRedirect=true> (28.07.2024).

²²⁶ *Wochenpresse* (29.11.1967).

ter Stephan Koren von der ÖVP einen entscheidenden Anteil. Er war von 1968-1970 Finanzminister und entwickelte den sogenannten Koren-Plan.²²⁷

Die Wirtschaftspolitik der ÖVP-Alleinregierung war dadurch gekennzeichnet, dass eine gewisse Verschuldung im Einklang mit dem Anstieg des BIP akzeptabel sei.²²⁸ Zudem vertrat die ÖVP die wirtschaftspolitische Ansicht, dass durch staatliche Investitionen strukturelle Barrieren abgebaut werden sollten. Koren erkannte, dass sich hinter den üblichen Schwankungen im Wachstum bereits seit 1960 eine generelle Verlangsamung des Wirtschaftswachstums abzeichnete. Sein Plan sah vor, dass die Bundesregierung durch Maßnahmen zur Konjunkturbelebung, durch Budgetsanierung und durch strukturelle Verbesserungen dieser Verlangsamung entgegensteuern sollte. Die Budgetsanierung sollte teils durch Steuererhöhungen und teils durch Ausgabenkürzung erreicht werden.²²⁹ Dieses Vorgehen zur Vermeidung einer höheren Staatsverschuldung gilt als einer der Gründe für die Wahlniederlage der ÖVP bei der Nationalratswahl 1970, da die Bevölkerung die Mehrbelastung nicht goutierte.²³⁰

Ein zentrales Element in der österreichischen Wirtschaftspolitik zu jener Zeit war die Sozialpartnerschaft. Diese wurde sowohl von der ÖVP als auch von der SPÖ stark gefördert und spielte eine wichtige Rolle im sozialwirtschaftlichen Gleichgewicht des Landes. Die Sozialpartnerschaft wurde von der SPÖ noch stärker gefördert und berücksichtigt als von der ÖVP-Alleinregierung.²³¹

Die Wirtschaftspolitik Kreiskys wurde stark durch die Sozialpolitik beeinflusst. Unter seiner Regierung wurde die Vollbeschäftigung als oberste Ziel ausgegeben und alle anderen Faktoren der Wirtschaftspolitik diesem Ziel untergeordnet. Dies inkludierte die Bereitschaft zu einer höheren Staatsverschuldung, ein Weg, der beispielsweise während der ersten Ölkrise 1973/74 gewählt wurde.²³² Tatsächlich gelang es Kreisky bis zum Ende seiner Regierungszeit die Arbeitslosenquote sehr gering zu halten. Der Nachteil war, dass die dafür vorgenommenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, insbesondere die Neuverschuldung, nur eine be-

²²⁷ Werner *Clement*, Klaus *Glaser*, Der Koren-Plan. In: Werner *Clement*, Karl *Socher* (Hg.), Stephan Koren – Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspolitiker in Österreich (Wien 1989) 57.

²²⁸ Horst *Knapp*, Stephan Koren als Finanzpolitiker. In: Werner *Clement*, Karl *Socher* (Hg.), Stephan Koren – Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspolitiker in Österreich (Wien 1989) 76.

²²⁹ Walter *Stermann*, Der „Koren-Plan“: Das neue wirtschaftspolitische Konzept. In: *Wirtschaftsdienst* 48, (8) (Hamburg 1968) 453–455.

²³⁰ Laurenz *Fürst*, Der Austro-Porsche. Bruno Kreisky und die österreichische Automobilindustrie (Wien 2018) 49.

²³¹ Oliver *Rathkolb*, Die Kreisky-Ära 1970-1983. In: Rolf *Steininger*, Michael *Gehler*, Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Wien/Köln/Weimar 1997) 319.

²³² *Rathkolb*, Die Kreisky-Ära 1970-1983, 320.

grenzte Zeit lang wirkten und für die Folgejahre eine hohe budgetäre Belastung bedeuteten.²³³

Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich während der Ära Kreisky wird allgemein von Wirtschaftshistorikern in drei Phasen eingeteilt. Die 1. Phase von 1970-1974 ist die Phase der Hochkonjunktur. Die zweite Phase von 1975-1980 ist jene des Austro-Keynesianismus. Die dritte Phase von 1981-1985 ist durch eine differenzierte Anpassung an die gegebene wirtschaftliche Situation charakterisiert.²³⁴ Der Austro-Keynesianismus zeichnete sich zu Beginn dadurch aus, dass die Sozialleistungen an alle Einkommensgruppen vergeben wurden. Im Unterschied zum schwedischen Modell des Wohlfahrtsstaates sah das österreichische Modell keine Steuererhöhungen vor.²³⁵ Der Begriff des Austro-Keynesianismus war, so wie es bei vielen anderen Begriffen auch der Fall ist, kein Begriff aus der Zeit, sondern wurde erst im Nachhinein als Bezeichnung für diese Art der Wirtschaftspolitik definiert.²³⁶

Dieses Modell der Wirtschaftspolitik war nur zeitweise erfolgreich. Sie führte 1978 dazu, dass es zu einer Rezession kam, welche interne Ursachen hatte. Der zweite Ölpreis-Schock 1979 führte zu einer zusätzlichen Verschärfung der Lage, ebenso wie eine Krise der verstaatlichten Industrie.²³⁷ Kreisky versuchte dieser Entwicklung mithilfe von Steuererhöhungen entgegenzuwirken. Dieses sogenannte Mallorca-Paket wurde von der ÖVP im Wahlkampf 1983 kritisiert und kostete der SPÖ die absolute Mehrheit.²³⁸

4.3 Die wirtschaftliche Bedeutung des VIC

Zur Erreichung seines Ziels der Vollbeschäftigung setzte Kreisky auf Investitionen der öffentlichen Hand wie z.B. Großbauprojekte. In diesem Zusammenhang ist auch der Bau des VIC zu analysieren für dessen Bau es somit auch starke wirtschaftliche Motive gab. Die Auswirkung des Baus auf die österreichische Wirtschaft ist gut dokumentiert. Laut Klestil²³⁹ blieben 92-95% der Bausumme im Inland. Dies zeigte sich auch daran, dass 138 inländische Firmen im Gegensatz zu acht ausländischen Firmen an der Fertigstellung des VIC beteiligt waren. An der Großbaustelle selbst inklusive Zulieferfirmen waren ganzjährig rund 4000 Menschen beschäf-

²³³ Hans *Seidl*, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Kreisky-Ära* (Wien 2017) 13–14.

²³⁴ *Fürst*, *Der Austro-Porsche*, 49.

²³⁵ *Rathkolb*, *Die paradoxe Republik*, 135.

²³⁶ *Rathkolb*, *Die paradoxe Republik*, 136.

²³⁷ *Rathkolb*, *Die Kreisky-Ära 1970-1983*, 321.

²³⁸ Volkmar *Lauber*, Dieter *Pesendorfer*, *Wirtschafts- und Finanzpolitik*. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis* et al. (Hg.), *Politik in Österreich. Das Handbuch* (Wien 2006) 614.

²³⁹ *Klestil*, *Entscheidungen auf dem Weg zur Ansiedelung internationaler Organisationen und zum Bau der UNO-City*, 31.

tigt. Neben der Baubranche profitierten zahlreiche Industriezweige wie die Stahlindustrie, die Mineralölwirtschaft, die Zementindustrie bis hin zu Stark- und Schwachstromtechnik von diesem Projekt.

Dies wurde auch in einer Werbebroschüre der SPÖ betont.²⁴⁰ Die Arbeitnehmer kamen aus allen österreichischen Bundesländern, wobei die Verteilung laut der Statistik, auf welche in dieser Broschüre verwiesen wird, sehr ungleich war. 35 % der Arbeiter kamen aus dem Burgenland, 20 % aus Wien und rund 10% aus Niederösterreich. Bemerkenswert ist ein Vergleich mit der regionalen Arbeitslosenquote in den 1970er Jahren. Zu Beginn dieser Zeitspanne hatte das Burgenland die höchste Arbeitslosenquote Österreichs. Während über die Bauzeit betrachtet die Arbeitslosenquote für ganz Österreich ungefähr gleich blieb, lässt sich ein deutliches Absinken im Burgenland feststellen.²⁴¹ Es erscheint naheliegend, dass dieser Rückgang mit dem Bau des VIC in Zusammenhang stand. Der hohe Anteil von burgenländischen Arbeitskräften wurde durch die geografische Nähe zu Wien begünstigt.

Hans Werner Scheidl hebt in seinem am 22.01.1975 in der Presse erschienenen Leitartikel die wirtschaftlichen Vorteile, welche sich für Österreich durch den bereits begonnenen Bau ergeben haben, hervor. Die Stadt Wien erhielt durch die bereits in Wien arbeitenden internationalen Beamten 500 Mio. Schilling und wenn das VIC fertiggestellt wurde, dann würden die meisten Ausgaben der internationalen Beamten in Wien ausgegeben werden, wodurch die österreichische Wirtschaft profitierte.²⁴²

Während die Schaffung von Arbeitsplätzen beim Bau des VIC auf rund ein Jahrzehnt reduziert blieb, wirkte sich die Ansiedelung von internationalen Organisationen auch in einer nachhaltigen Weise auf Österreichs Wirtschaft aus, und zwar einerseits durch die Kaufkraft und Ausgaben, welche die ausländischen Mitarbeiter*innen in Österreich tätigten. Die Kalkulationen gingen davon aus, dass bei der vollständigen Auslastung des VIC rund 80 % der Gehälter der Beamten in Wien verblieben und damit der österreichischen Wirtschaft zugutekämen.²⁴³ Andererseits fanden viele Österreicher*innen Arbeit bei den nun in Wien ansässigen Organisationen.

Somit konnte Kreisky bei der Darstellung des VIC-Projekts in der Öffentlichkeit mehrere Pluspunkte anführen. Zu den sicherheits- und außenpolitischen Vorteilen kamen die Schaffung

²⁴⁰ Werbung über die UNO-City. In: Bruno Kreisky Archiv.

²⁴¹ Arbeitslosenquote nach Bundesländern. In: AMS, Statistik Austria, online unter <<https://wko.at>> (31.08.2024).

²⁴² Scheidl, Babylon an der Donau. In: Die Presse (22. Jänner 1975) 1.

²⁴³ Scheidl, Babylon an der Donau, 1.

von Arbeitsplätzen und die hohe Wertschöpfung im Inland hinzu. Gegenüber dieser Erfolgsgeschichte versuchte die ÖVP aus ihrer Oppositionsrolle heraus die Debatte auf die Auftragsvergabe an den Architekten Johann Staber und auf die hohen Finanzierungskosten²⁴⁴ durch die geplante große Dimensionierung des VIC zu lenken. Mit dem Verlauf und den wesentlichen Argumenten dieser Debatte befassen sich die nun folgenden Abschnitte dieses Kapitels. Das Ziel der ÖVP war es, bei der nächsten Wahl wieder mehr Stimmen als die SPÖ zu gewinnen. Dies gelang, wie man anhand der Wahlergebnisse erkennen kann, nicht und die Tatsache, dass die ÖVP über den Großteil der Zeitspanne des Baus in der Opposition war, hatte vermutlich auch Einfluss auf die Intensität und Dauer der Debatte gehabt. Dies sollte als Hintergrund für das Verständnis dieser Debatte betrachtet werden.

4.4 Innenpolitische Kontroverse

In diesem Abschnitt werden verstärkt Presseberichte als Quellengrundlage herangezogen. Bei der darin vorkommenden Bezeichnung UNO-City handelt es sich um die umgangssprachliche Bezeichnung für das Vienna International Centre (VIC).

4.4.1 Architekturwettbewerb

Die ÖVP-Alleinregierung leitete 1968 unter der Federführung des damaligen Bautenministers Vinzenz Kotzina die Ausschreibung und Durchführung eines offenen internationalen Architektenwettbewerbs in die Wege. Dieser sollte als einstufiges Verfahren durchgeführt werden. Diese Vorgangsweise wurde damit argumentiert, dass durch die Internationalität eine positive Sichtbarkeit für Österreich gegeben sei und durch die Einstufigkeit die Vergabe weniger Zeit in Anspruch nehmen würde.²⁴⁵ Damit widersprach die österreichische Bundesregierung dem Vorschlag der österreichischen Architektenvertretung, welche dafür votiert hatte, einen zweistufigen Wettbewerb auszuschreiben, wobei in der ersten Stufe die Ideen für Projekte eingereicht hätten werden sollen und in der zweiten Stufe dann eine von der Jury getroffene Auswahl konkretisiert werden sollte. Mit dem Argument, dass dies mehr Zeit als ein einstufiger Wettbewerb in Anspruch nehmen würde, wurde dieser Vorschlag von der österreichischen Bundesregierung am 08.05.1968 abgelehnt.²⁴⁶

Der Anmeldeschluss für den Wettbewerb war der 31.12.1968. Die Frist für die Einreichung des Entwurfs wurde auf den 30.04.1969 festgesetzt. Gemäß dem ursprünglichen Zeitplan

²⁴⁴ *Yvon*, Eine City an der Straßenbahn, 4.

²⁴⁵ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 12.

²⁴⁶ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 12.

war vorgesehenen, dass bis Juni bzw. Juli 1969 die Gewinnerin bzw. der Gewinner des Wettbewerbs von Seiten der Jury verkündet hätte werden sollen.²⁴⁷

Für die Ausschreibung des Architekturwettbewerbs war es erforderlich die Raum- und Funktionsprogramme der internationalen Organisationen zur Verfügung zu haben. Während die IAEA bereits Angaben zur Personenanzahl vorlegte, nämlich 1280 Personen, lag von der UNIDO zum Zeitpunkt der Ausschreibung des Wettbewerbs noch keine Angabe zur Personenanzahl vor. Dies lag laut dem Rechnungshofbericht aus dem Jahr 1973²⁴⁸ daran, dass die UNIDO nicht gefragt worden war. Darüber hinaus wurde darin festgehalten, dass die IAEA laut dem Amtssitzabkommen das Recht der Meistbegünstigung erhielt. Dies führte dazu, dass die Raumanangaben der IAEA nicht hinterfragt wurden. Laut Rechnungshofbericht hoffte die Regierung, durch eine rasche Einigung mit der IAEA dies als Druckmittel gegenüber den Verhandlungen mit der UNIDO verwenden zu können.²⁴⁹

Auch wenn es keine offizielle Rückmeldung der UNIDO zu ihrem Ressourcenbedarf gab, lag eine erste Angabe zum erwartenden Personalstand der UNIDO bereits in der Form eines Reports des Generalsekretärs zum Ressourcenbedarf für diese Organisation etwa einen Monat vor der Standortentscheidung 1966 vor. Demgemäß rechnete die UNIDO für die Errichtung eines UNIDO-Hauptquartiers außerhalb bestehender UNO-Einrichtungen mit 695 Personen, wobei in Abschnitt 13 dieses Dokuments eine Erhöhung des Raumbedarfs um 50% bis zur tatsächlichen Übersiedelung eingeplant wurde, basierend auf früheren internationalen Ansiedelungen von UN-Organisationen.²⁵⁰ Dies ergab einen Personalstand (rückgerechnet vom angegebenen Platzbedarf) von 1050 Personen. Auf dieses Dokument bezieht sich auch Österreich in seinem Zusatzschreiben zur Bewerbung um den Hauptsitz der UNIDO ohne dabei diese Zahl konkret zu nennen.²⁵¹ Interessanterweise entspricht diese Zahl nicht derjenigen, die nach der Entscheidung für Wien in den Verhandlungen verwendet wurde. Der erste Wert, der in den Verhandlungen auftaucht, lag bei 1500 zu erwartenden Mitarbeiter*innen.

²⁴⁷ Österreichisches Bundesministerium für Bauten und Technik, Ausschreibung für den öffentlichen internationalen Ideenwettbewerb für Architekten zur Planung eines Amtssitzes internationaler Organisationen und eines Konferenzentrums in Wien/Österreich (Wien 1968) 8.

²⁴⁸ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 15.

²⁴⁹ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 16.

²⁵⁰ United Nations, Document A/C.2/232. Facilities required in connection with the location of the secretariat of the United Nations Industrial Development Organization. In: Official Records of the General Assembly. Twenty-first Session. Annexes Volume II (1966) 250.

²⁵¹ United Nations General Assembly, Twenty-first Session (01.12.1966).

Für die Ausschreibung des Architekturwettbewerbs wurden zunächst 5% an zusätzlichen Mitarbeiter*innen für gemeinsame Einrichtungen eingeplant, womit der Bedarf für die IAEA auf 1313 Bedienstete anstieg. Der Wert für die UNIDO wurde „aus Gründen optischer Gleichwertigkeit beider Organisationen“²⁵² vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten auf 1330 Mitarbeiter*innen festgelegt. Diese Vorgaben wurden jedoch nicht mit den internationalen Organisationen abgesprochen. Ebenfalls ohne Rücksprache wurde für spätere Erweiterungen ein Wert von 30% eingeplant. Der Rechnungshof bemängelte, dass zusätzlich zur fehlenden Absprache die Angaben in den Wettbewerbsunterlagen verwirrend waren, wodurch das Wettbewerbsergebnis vermutlich beeinflusst wurde. Den internationalen Organisationen wurde zugestanden, dass Änderungen nach Abschluss des Wettbewerbs noch möglich wären.²⁵³

In die engere Auswahl des Wettbewerbs kamen vier Projekte. Dabei handelt es sich um die Projekte von Cesar Pelli (USA), Building Design Partnership (GB), Fritz Novotny & Arthur Mähner (Deutschland) und Johann Staber (Österreich).²⁵⁴ Im Rahmen der Arbeit wird nicht näher auf die architektonischen Merkmale dieser Bauprojekte eingegangen, da dies zur Beantwortung der Forschungsfrage nicht relevant ist. Es bleibt an dieser Stelle nur festzuhalten, dass bei der ersten Entscheidung der international besetzten Jury das Konzept aus den USA den ersten Platz belegte, während das britische Projekt auf dem zweiten Platz und das deutsche Projekt auf dem dritten Platz landet. Das vom österreichischen Architekten Johann Staber eingereichte Konzept landete auf dem vierten Platz.²⁵⁵ Trotz dieser Reihung hatte die Kommission an allen Projekten Kritik geübt und eine Überarbeitung nahegelegt²⁵⁶, weswegen dieser Wettbewerb nicht wie geplant im Sommer 1969 abgeschlossen werden konnte.²⁵⁷ Der Rechnungshof kritisierte, dass bei einem Projekt dieser Dimension die Durchführung eines einstufigen Wettbewerbs nicht adäquat war, was sich darin bestätigte, dass die Jury im ersten Durchgang keine endgültige Entscheidung traf, sondern die vier erstgereihten Projekte für eine Überarbeitung empfahl.²⁵⁸

²⁵² Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 15.

²⁵³ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 15.

²⁵⁴ Entscheidung über die Wiener UNO-City. In: Stadt Wien. Offizielles Organ der Bundeshauptstadt Nr. 31 (Samstag, 1. August 1970) 8-9.

²⁵⁵ Entscheidung über die Wiener UNO-City, 8-9.

²⁵⁶ Entscheidung über die Wiener UNO-City, 8-9.

²⁵⁷ *Klestil*, Entscheidungen auf dem Weg zur Ansiedelung internationaler Organisationen und zum Bau der UNO-City, 31.

²⁵⁸ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 41.

Die zeitliche Verschiebung der Entscheidung hatte auch politische Konsequenzen, denn sie führte dazu, dass ein Abschluss des Architekturwettbewerbs vor der folgenden Nationalratswahl am 01.03.1970 nicht mehr möglich war. Auf das später vorgebrachte Argument der ÖVP das Pelli mit dem Bau hätte beauftragt werden müssen, entgegnete die SPÖ, dass Vinzenz Kotzina als damaliger ÖVP-Bautenminister die Entscheidung für Pelli bereits hätte treffen können, aber er entschied sich dazu, das Projekt an eine Expertengruppe weiterzureichen.²⁵⁹ Nach der Wahl 1970 wurde die Minderheitsregierung Kreisky I angelobt, wodurch die Verantwortung für dieses Projekt an die SPÖ überging.²⁶⁰ Als neuer Abgabetermin für die überarbeiteten Entwürfe war noch von der ÖVP-Alleinregierung der 16.04.1970 festgelegt worden.²⁶¹ Dieses Datum ist insofern interessant, da die neue Bundesregierung erst am 21.04.1970 angelobt wurde und daher der Wettbewerb zu diesem Zeitpunkt noch unter Leitung eines ÖVP-Ministers stand. Die Überarbeitungen wurden an ein Expertenteam zur Abgabe einer Stellungnahme weitergegeben. Am 13.07.1970 trat erstmals das eigentlich von der ÖVP initiierte, aber bis dahin nie zusammengetretene Ministerkomitee für die Koordination des Baus des VIC unter der Führung des Bundeskanzlers zusammen.²⁶²

Eigentlich war die Verkündung des Siegers nun für den Sommer 1970 erwartet worden, da jedoch die UNIDO und die IAEA noch Wünsche vorbrachten, wurde die Entscheidung vom Ministerrat auf Herbst 1970 vertagt.²⁶³ Dem war vorausgegangen, dass die internationalen Organisationen, die eigentlich das amerikanische Projekt bevorzugt hatten, sich bereiterklärten, nach einer Überarbeitung auch das österreichische Projekt zu akzeptieren, welches von Kreisky deutlich präferiert wurde.²⁶⁴ Der Vertreter der UNIDO argumentierte dabei, dass die internationalen Organisationen bereit sind, alle Projekte zu akzeptieren, solange ihre Anforderungen erfüllt werden.²⁶⁵

Am 10.11.1970 tagte das erweiterte Ministerratskomitee gemeinsam mit den Vertretern der IAEA und der UNIDO. Kreisky argumentierte während dieser Sitzung, dass das Projekt von Pelli das teuerste sei und daher das Projekt von Staber präferiert werde. Zudem wurde vom

²⁵⁹ Johannes Kunz, Johannes Fischer, Dieter Gettler, Parlament: UNO-City Debatte (08.07.1972), online unter <<https://www.mediathek.at/atom/07587B51-20F-0023F-000006C0-07576055>> (10.09.2024) 17:53-18:10.

²⁶⁰ Otto Rösch, Lothar Bosse, Die Nationalratswahlen vom 1. März 1970 (Wien 1970), online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1970/start.aspx> (27.06.2024).

²⁶¹ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 18.

²⁶² Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, 11.

²⁶³ Entscheidung über Wiener UNO-City. In: Stadt Wien. Offizielles Organ der Bundeshauptstadt Nr. 31 (Samstag, 01.08.1970) 8-9.

²⁶⁴ Broschüre zur Aktenausstellung Amtssitz internationaler Organisationen und Konferenzzentrum in Wien im Bundeskanzleramt 24. April - 28. April 1972. In: Wiener Stadt- und Landesarchiv (Wien 1972), 2.

²⁶⁵ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 31.

Vertreter der UNIDO erklärt, dass das Projekt von Staber die beste Möglichkeit bot, daran noch Änderungen vorzunehmen. Ausgehend von dieser Erklärung wurde beschlossen, das Projekt von Staber als einziges in eine erneute Überarbeitung gemäß den Wünschen der internationalen Organisationen zu schicken.²⁶⁶ Damit war bereits eine Vorentscheidung getroffen worden.

Die IAEA und die UNIDO listeten ihre Veränderungswünsche für das Projekt Staber am 24.11.1970 in einem Schreiben an Kreisky auf.²⁶⁷ Am 15.12.1970 wurde von dem Komitee, in welchem auch Vertreter der internationalen Organisationen saßen, ein Bericht erstellt und am 18.12.1970 entschied sich der Ministerrat offiziell für das Projekt Staber.²⁶⁸

Durch die Entscheidung für Staber setzte sich die Regierung über den Vorschlag der Jury hinweg. Diese Möglichkeit war bereits in der ursprünglichen Ausschreibung vorgesehen gewesen. Für diesen Fall stand dem Sieger eine Entschädigungssumme in der Höhe von 2,3 Mio. Schilling zu, die auch an Pelli überwiesen wurde.²⁶⁹ Allerdings war in einer durch Anfragebeantwortung ergänzten Version der Ausschreibung vom 16.12.1968 festgehalten worden, dass der Sieger der Jury-Entscheidung nur aus triftigen oder zwingenden Gründen abzulehnen sei.²⁷⁰ Genau diese etwas unpräzise Formulierung sorgte im Verlauf der innenpolitischen Debatte für viele Diskussionen, denn sie wurde zu keinem Zeitpunkt präzisiert. Daher konnte Pelli auch nicht die Frage beantwortet werden, was die triftigen Gründe waren, deretwegen sein Projekt abgelehnt wurde. Die aufgetretenen Mängel bei der Durchführung des Wettbewerbs wirkten sich, laut Rechnungshofbericht, negativ auf die internationale Ausstrahlung von Österreich aus.²⁷¹

Nachdem die Entscheidung für den Architekten getroffen war, kamen im Mai 1971 auch die Verhandlungen zwischen dem Außenministerium und den Vertretern der IAEA zu einem erfolgreichen Abschluss. Darin wurde der aktuelle Raumbedarf mit 2325 Personen festgelegt.²⁷² Im November desselben Jahres einigte man sich schließlich auch mit der UNIDO.

²⁶⁶ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 32.

²⁶⁷ International Atomic Energy Agency, United Nations Industrial Development Organization an Dr. Bruno Kreisky (24.11.1970). In: Bruno Kreisky Archiv.

²⁶⁸ *Klestil*, Entscheidungen auf dem Weg zur Ansiedelung internationaler Organisationen und zum Bau der UNO-City, 31.

²⁶⁹ Österreichisches Bundesministerium für Bauten und Technik, 8.

²⁷⁰ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 14.

²⁷¹ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 37.

²⁷² Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 39.

Jedoch wurde in dem Vertrag zwischen der UNIDO und der österreichischen Regierung festgehalten, dass „die Unterbringung von mehr als 4500 Personen“²⁷³ garantiert wird. Aus Sicht des Außenministers Rudolf Kirchschläger, welcher die Verhandlungen mit dem damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen Sithu U Thant führte, entsprach diese Formulierung dem erwarteten Personalstand beider Organisationen im Jahr 1981, nämlich 4591 Personen. Dem ungeachtet muss die im Vertrag gewählte Formulierung als ungenau angesehen werden, was auch später vom Rechnungshof und von der ÖVP kritisiert wurde. Es blieb ein Interpretationsspielraum, wie weit die Verpflichtungen von österreichischer Seite gingen. Tatsächlich stand in einer Prognose für das Jahr 1986 sogar ein Platzbedarf für 7050 Personen im Raum.²⁷⁴

Somit hatten sich mehrere Kritikpunkte ergeben, die im Zusammenspiel mit der Oppositionsrolle der ÖVP eine erste innenpolitische Debatte auslösten. Die Argumentation der ÖVP fokussierte darauf, dass Staber von der Regierung bevorzugt worden sei. Am 18.12.1970 wurde Kreisky bei einem Besuch der Baustelle des VIC interviewt, es war jener Tag, an dem auch die Entscheidung für Staber, als Architekten gefallen war. Darauf angesprochen meinte Kreisky, dass dieses Projekt die Wünsche der internationalen Organisationen am besten erfüllt hätte und in der Entscheidung kein Lokalpatriotismus erkennbar sei.²⁷⁵

Die ÖVP forderte am 03.02.1971 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Dessen Aufgabe war es herauszufinden, ob bei der Auswahl des Projektes Staber die Ausschreibungsrichtlinien korrekt eingehalten worden waren oder ob es – bezugnehmend auf einen Artikel im deutschen Magazin Der Spiegel²⁷⁶ – zu einer Schiebung gekommen war. Die Untersuchung wurde auch von der SPÖ mit dem Argument unterstützt, dass dies die einzige Möglichkeit wäre, um sich gegenüber den Vorwürfen der ÖVP zu verteidigen.²⁷⁷ Der Ausschuss nahm seine Tätigkeit am 03.03.1971 auf²⁷⁸ und musste aufgrund der vorzeitigen Auflösung des Nationalrats am 14.07.1971 seine Tätigkeit beenden. Jedoch wurde am 02.02.1972, auf

²⁷³ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 39.

²⁷⁴ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 39.

²⁷⁵ Helmut Pfitzner, UNO-City wird gebaut (Ausschnitt). In: Ö1-Mittagsjournal (18.12.1970), online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=157470AD-33E-0013E-000013C4-1573BB37&cHash=6c4be6731195afbac03d38777aa4b155>> (27.04.2024).

²⁷⁶ Bisher Kindergarten. In: Der Spiegel 4/1971, online unter <<https://www.spiegel.de/politik/bisher-kindergarten-a-52acc948-0002-0001-0000-000043375325?context=issue>> (15.09.2024).

²⁷⁷ Gerhard Weis, Johannes Fischer, Parlament: Tumult um die UNO-City (05.07.1972) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=07586C5B-0C0-00236-000006C0-07576055&vol=16683&cHash=a7210245fabd7d02a19a4afffa7e716a>> (10.09.2024).

²⁷⁸ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XII GP 36. Sitzung (03.03.1971), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XII/NRSITZ/36>> (29.08.2024) 2927.

Antrag der SPÖ,²⁷⁹ beschlossen, die Untersuchung fortzusetzen und dabei auf den Ergebnissen des ersten Untersuchungsausschusses aufzubauen. Diese Untersuchung wurde am 29.06.1972 abgeschlossen.²⁸⁰

Um die Argumentationsgrundlage der SPÖ zu untermauern, wurde eine Aktenausstellung mit den für die Vergabe des Architekturauftrages relevanten Dokumenten im Bundeskanzleramt organisiert, welche für die Öffentlichkeit zugänglich war.²⁸¹ Der von der ÖVP in der Nationalratssitzung am 27.04.1972 gestellte Antrag, im Rahmen des Untersuchungsausschusses zu untersuchen, ob dieses Vorgehen verfassungskonform sei, wurde von der SPÖ nicht unterstützt und fand daher im Nationalrat keine Mehrheit.²⁸²

Laut den Ausschreibungsbedingungen des Architekturwettbewerbs hätte der Gewinner mit dem Bau beauftragt werden müssen, außer es hätte zwingende oder triftige Gründe dagegen gegeben. Das Hauptaugenmerk des Ausschusses lag nun darauf herauszufinden, was diese triftigen Gründe konkret waren.²⁸³ Eine Entscheidung in der Frage der Schiebung konnte der Untersuchungsausschuss nicht treffen, da sich das Problem ergab, dass die schlussendlich durch die Jury-Entscheidung, die kein Projekt zur direkten Umsetzung empfahl, bedingte Zweistufigkeit der Entscheidung unklar ließ, ob die für die zweite Stufe eingesetzte Expertenkommission im Sinne der eingereichten Abänderungsvorschläge die Reihung der Jury verändern durfte. Der Abschlussbericht dieses Untersuchungsausschusses wurde von allen Parteien anerkannt.²⁸⁴ Jedoch beschloss die ÖVP, die durch den Untersuchungsausschuss den Verdacht der Schiebung zugunsten von Staber erhärtet sah²⁸⁵, einen Minderheitsbericht zu verfassen.

Über diesen Bericht entbrannte in der Nationalratssitzung vom 05.07.1972 eine heftige Debatte. Friedrich König als Abgeordneter der ÖVP argumentierte, dass am 10.11.1970 vom Bundeskanzler beschlossen worden war, nur das Projekt Staber in die Überarbeitung zu schi-

²⁷⁹ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 22. Sitzung (02.02.1972), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/22>> (15.09.2024) 1698.

²⁸⁰ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller Umstände um den internationalen Ideenwettbewerb für Architekten zur Planung eines Amtssitzes internationaler Organisationen und eines Kongresszentrums in Wien sowie die vom Auslober getroffene Entscheidung (29.06.1972), online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/423/imfname_318811.pdf> (24.08.2024).

²⁸¹ Broschüre zur Aktenausstellung, 2.

²⁸² Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 28. Sitzung (27.04.1972), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/28>> (26.07.2024) 2328.

²⁸³ Rote Affären, Die UNO-City. ÖVP kontrolliert (Wien 1974), 23.

²⁸⁴ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller Umstände um den internationalen Ideenwettbewerb für Architekten zur Planung eines Amtssitzes internationaler Organisationen und eines Kongresszentrums in Wien (29.06.1972), 22.

²⁸⁵ Rote Affären (Wien 1974), 52.

cken. Dabei sei es aus Sicht der ÖVP zu einer eindeutigen Bevorzugung dieses Projektes gegenüber den anderen Entwürfen gekommen. Zudem verweist König auf einen Brief von Staber an Kreisky vom 04.10.1970, in welchem sich dieser für die Unterstützung von Kreisky bedankte – für die ÖVP ein weiteres Indiz, dass Staber von Kreisky bevorzugt worden war. Das Ignorieren der Empfehlung des Fachbeirates und der Jury wurde von ÖVP und FPÖ als Verschwendung von Steuergeldern gerügt.²⁸⁶ Darüber hinaus kritisierte die ÖVP, dass die SPÖ eine zeitliche Begrenzung für die Dauer des Untersuchungsausschusses festgelegt hatte und daher diesem nicht alle Möglichkeiten zur Verfügung standen.²⁸⁷

Die ÖVP wandte sich in ihrer Argumentation aber auch der finanziellen Bewertung der eingereichten Projekte zu. Das britische Projekt Building Design Partnership mit 2240 Mio. Schilling wäre am billigsten gewesen, während das Projekt von Staber auf 2590 Millionen Schilling geschätzt worden war, wodurch es im finanziellen Vergleich zu den anderen Projekten an zweiter Stelle lag.²⁸⁸ Anzumerken ist hier der Kostenvergleich mit dem Siegerprojekt, welches Österreich deutlich teurer gekommen wäre. Dieser Aspekt wird in Abschnitt 4.4.2 nochmals aufgegriffen.

Kreisky erklärte auf die Rede von König Bezug nehmend: „Ich bekenne mich dazu aus innerster Überzeugung – ich habe den Architekten Staber nie vorher gekannt, nie vorher gesehen – daß [sic] dieses Projekt das bessere ist und deshalb übernehme ich vor der ganzen österreichischen Öffentlichkeit die Verantwortung dafür, daß [sic] ihm dieser Auftrag erteilt wurde.“²⁸⁹ Diese Aussage ist deswegen interessant, da sie die Emotionalität der Debatte aufzeigt.

Die Vertreter der SPÖ argumentierten, dass der Minderheitsbericht keine argumentative Grundlage hatte, sondern nur Vermutungen beinhalten würde. Schlussendlich wurde am Ende der langwierigen Debatte der Antrag der ÖVP auf Einsetzung einer Expertenkommission, die die Vorgänge weiter untersuchen sollte, abgelehnt.²⁹⁰

Diese Debatte wurde auch in der Nationalratssitzung am 08.07.1972 fortgeführt. Dabei wurde von Abgeordneten der ÖVP anerkannt, dass von der Regierung Klaus kein fester Finanzrahmen mit den internationalen Organisationen vereinbart worden war. Dies hätte die Pla-

²⁸⁶ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 36. Sitzung (05.07.1972) online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/36>> (10.09.2024) 2906.

²⁸⁷ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 36. Sitzung (05.07.1972), 2896.

²⁸⁸ Entscheidung über Wiener UNO-City. In: Stadt Wien. Offizielles Organ der Bundeshauptstadt Nr. 31 (01.08.1970) 8–9.

²⁸⁹ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 36. Sitzung (05.07.1972), 2903.

²⁹⁰ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 36. Sitzung (05.07.1972), 2903.

nung und Entscheidungsgrundlage erschwert.²⁹¹ Im Zuge dieser Sitzung erklärte sich Kreisky – entgegen der ursprünglichen Linie der SPÖ²⁹² – dazu bereit den Rechnungshof mit der Prüfung des Architekturwettbewerbs zu beauftragen.²⁹³ Dieses Anliegen wurde von anderen Ministern der SPÖ unterstützt.²⁹⁴ Gleichzeitig wurde aber der erneut eingebrachte Antrag der FPÖ auf Einschaltung des Rechnungshofs, der auch die Unterstützung der ÖVP fand, abgelehnt.²⁹⁵

In den damaligen Medien wurde die Prüfung durch den Rechnungshof skeptisch betrachtet, denn die Argumentationslinie der ÖVP beruhte, wie auch die Gegenargumentation der SPÖ, auf der unklaren Ausformulierung der Wettbewerbsausschreibung, wodurch sich ein gewisser Interpretationsspielraum für die jeweilige Partei bot. Tatsächlich konnte dieses Dilemma auch vom Rechnungshof nicht eindeutig gelöst werden.²⁹⁶

Der Rechnungshof hielt in seinem Bericht von 1973 fest, dass sich keine Hinweise dazu finden ließen, dass lokalpatriotischen Motive bei der Entscheidung für Staber eine Rolle gespielt hätten. Besonderes kritisiert wurde dennoch, wie auch bereits von der ÖVP in der Nationalratssitzung vom 05.07.1972, dass nur das Projekt Staber in die finale Runde zur Überarbeitung geschickt wurde, wodurch bereits eine Vorentscheidung getroffen worden war. Dadurch wurde zum einen in den Wettbewerb eingegriffen und zum anderen die Möglichkeit verpasst, das kostengünstigste Projekt auszuwählen.²⁹⁷

Die Schlussfolgerung des Rechnungshofes wurden auch in den Medien diskutiert. Am 11.02.1974 berichtete Johannes Fischer im Abendjournal, dass der Rechnungshof zu dem Ergebnis gekommen war, dass einerseits der Architekturwettbewerb zweistufig hätte ausgeschrieben werden müssen und andererseits eine Präferenz für Staber von Seiten der SPÖ zwar erkennbar war, aber kein Fehlverhalten nachgewiesen werden konnte. Abschließend betont der Präsident des Rechnungshofes in einem Interview, dass die beiden Parteien seiner An-

²⁹¹ Kunz, Fischer, Gettler, Parlament: UNO-City Debatte (08.07.1972), online unter <<https://www.mediathek.at/atom/07587B51-20F-0023F-000006C0-07576055>> 17:03- 17:10.

²⁹² Kunz, Fischer, Gettler, Parlament: UNO-City Debatte (08.07.1972), 12:55-14-13.

²⁹³ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 37. Sitzung (08.07.1972), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/37>> (14.09.2024) 3283.

²⁹⁴ Rechnungshofkritik an VP-Regierung. UNO-City: Österreichs Angebot wurde 1967 nicht limitiert. Bericht im Parlament. In: Arbeiterzeitung (23.10.1974).

²⁹⁵ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 37. Sitzung, (08.07.1972) 3298.

²⁹⁶ Kunz, Fischer, Gettler, Parlament: UNO-City Debatte (08.07.1972) 14:45-15:09.

²⁹⁷ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 41.

sicht nach sich nicht länger mit dieser Debatte aufhalten, sondern die praktische Umsetzung des Baues vorantreiben sollten.²⁹⁸

Das Anliegen des Rechnungshofpräsidenten wurde aber von den Parteien nicht erfüllt. Dies lässt sich daran erkennen, dass – wie in der Fernsehsendung Österreich-Bild vom 13.02.1974 berichtet wurde – die ÖVP-Abgeordneten Friedrich König und Eduard Moser auf dem Vorwurf, dass die Wahl von Staber zum Architekten eine Schiebung vorangegangen sei, beharrten. Staber erklärte darauf angesprochen, dass es keine Bevorzugung gegeben hätte. Sein Projekt sei erst dann ausgewählt worden als es kein anderes Projekt mehr gab, welches umsetzbar gewesen wäre.²⁹⁹ Die Debatte um die Architekturvergabe beherrschte, wie sich zeigte, die innenpolitische Diskussion über mehrere Jahre, auch noch nachdem bereits mit dem Bau des Gebäudes begonnen worden war. In einem Presseartikel von Hans Werner Scheidl vom 22.01.1975 weist dieser ebenfalls darauf hin, dass die Debatte die Diskussion über andere zentrale Aspekte wie die Finanzierung überdeckte.³⁰⁰ Auch wenn die Architekturvergabe weiterhin für innenpolitische Diskussionen sorgte, fokussierte die ÖVP ihre Kritik nun zunehmend auf die ihrer Ansicht nach zu hohen Kosten und die Dimensionierung des VIC.

4.4.2 Kosten und Dimensionierung des VIC

Wie bereits in Abschnitt 4.1. erläutert, waren die finanziellen Verpflichtungen, die Österreich mit der Errichtung des Amtssitzes übernahm, von Anfang an ungenau abgesprochen und wiederholt Thema von Diskussionen zwischen den internationalen Organisationen und Österreich. Zur besseren Koordinierung dieses Projektes wurde am 03.05.1971 die IAKW AG (Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG) von der österreichischen Bundesregierung in der Form einer Aktiengesellschaft gegründet. Die IAKW AG sollte sowohl den Bau des VIC koordinieren als auch den Betrieb nach der Fertigstellung übernehmen. Sie arbeitet bis heute.

Über das dazugehörige Finanzierungsgesetz wurde erst in der Nationalratssitzung vom 27.08.1972 debattiert. Der Finanzierungsrahmen wurde auf 6500 Millionen Schilling festgelegt.³⁰¹ Dieses Gesetz wurde einstimmig angenommen, da die ÖVP den Prozess der Etablie-

²⁹⁸ ORF-Fernseharchiv, Abendjournal (Gestaltung: Johannes Fischer) (11.02.1974), Rechnungshofbericht über UNO-City.

²⁹⁹ ORF-Fernseharchiv, Österreich-Bild/Wien (Gestaltung: Gerhard Vogl) 13.02.1974, Baustelle der neuen UNO-City.

³⁰⁰ Scheidl, Babylon an der Donau, 1.

³⁰¹ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 150 (06.06.1972) Bundesgesetz: IAKW-Finanzierungsgesetz, online unter

rung der UNIDO in Wien nicht weiter verzögern wollte. Dem ungeachtet kritisierte die ÖVP weiterhin die ihrer Meinung nach zu hohen und den ursprünglichen Schätzungen nicht entsprechenden Kosten, sowie die Intransparenz bei der Gründung der IAKW.³⁰² War eine von ÖVP und FPÖ geforderte Erweiterung des Untersuchungsausschusses zum Architekturwettbewerb noch abgelehnt worden, so einigten sich jetzt die Vertreter der drei Parteien zunächst im Budgetausschuss und anschließend im Plenum des Nationalrats auf die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses zu den Entwicklungen im Zusammenhang mit der IAKW. Die Untersuchungswürdigkeit wurde damit begründet, dass hier eine Gesellschaft gegründet wurde, die zwischen der Bundesregierung und den internationalen Organisationen operierte. Insofern ergab sich zum Beispiel die Frage, ob diese Gesellschaft klagbar wäre, sollte sie die aufgrund der internationalen Verträge bestehenden Verpflichtungen nicht einhalten. Auch wurde kritisiert, dass der Zweck der IAKW nicht im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben wurde, weswegen diese nach ÖVP-Sicht grundsätzlich als eine Erwerbsgesellschaft zu betrachten wäre. Der dritte Kritikpunkt der ÖVP bezog sich darauf, dass die IAKW bereits seit über einem Jahr tätig war, aber erst in ebendieser Parlamentssitzung die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden sollte.³⁰³

Der Zeitraum für die Untersuchung dieses Themenkomplexes wurde auf 27.04.1972 bis 26.06.1975 festgelegt.³⁰⁴ Zeitweise arbeiteten somit zwei Untersuchungsausschüsse zum VIC zeitgleich mit nahezu identer Besetzung. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die SPÖ während der gesamten Bauzeit des VIC im Nationalrat über die absolute Mehrheit verfügte und daher auf die Zustimmung der ÖVP für die Umsetzung des Projektes nicht angewiesen war und Anträge der ÖVP ablehnen konnten. Die ÖVP konnte auch keinen U-Ausschuss eigenständig fordern. Erst seit 2015 ist es vorgesehen, dass auch eine Minderheit die Einsetzung eines U-Ausschusses im österreichischen Parlament verlangen kann.³⁰⁵

Am 18.04.1974 beantwortete Kreisky eine Anfrage des Bundesparteibmanns der ÖVP Karl Schleiner auf „Beendigung der ‚Verschwendung‘ bei der UNO-City als Beitrag zur Inflations-

<<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000512&ShowPrintPreview=True>> (10.06.2024).

³⁰² Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 28. Sitzung (27.04.1972), 2297.

³⁰³ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 28. Sitzung (27.04.1972), 2328.

³⁰⁴ Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller mit der Übertragung der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien, 60.

³⁰⁵ Untersuchungsausschüsse, online unter <<https://www.parlament.gv.at/services/infoteam/haeufige-fragen/untersuchungsausschuesse/index.html>> (17.09.2024).

bekämpfung.“³⁰⁶ Diese Beantwortung ist deswegen interessant, da darin die zentralen Argumente der SPÖ in dieser Debatte gut zum Ausdruck kommen. Kreisky betont darin, dass die SPÖ-Regierung das Projekt nicht teurer gemacht hätte, sondern dass die ÖVP es damals zu großzügig ausgelegt hätte und die SPÖ es eingegrenzt hätte. Zudem weist Kreisky darauf hin, dass eine zeitgerechte Fertigstellung bis 1970/71, wie von der ÖVP versprochen, den Kostenanstieg reduziert hätte. Darüber hinaus erläutert Kreisky in dieser Stellungnahme, dass beim Bau des VIC keine finanziellen Einsparungen möglich seien, da die vertraglichen Verpflichtungen dies nicht zuließen.³⁰⁷

Auffallend ist, dass in dieser gesamten Debatte nur einzelne Abgeordnete der ÖVP mit Wortmeldungen auftauchten. Dabei handelte es sich um Friedrich König, Eduard Moser, Wolfgang Blenk und Felix Ermacora. Diese vier Abgeordneten waren für den Großteil der Wortmeldungen der ÖVP im Parlament in dieser Debatte verantwortlich. Von Abgeordneten der SPÖ wurde auf diesen Umstand dahingehend kritisch hingewiesen, dass die anderen Mitglieder der ÖVP nichts gegen das Vorbringen dieser Argumente unternehmen würden.³⁰⁸ Vermutlich wollte die SPÖ damit Zweifel wecken, dass die gesamte ÖVP hinter der Kritik stünde. In eine ähnliche Richtung argumentierte der SPÖ-Abgeordnete Heinz Nittel in der Nationalratsdebatte vom 22.01.1975.³⁰⁹ Diese Debatte ist besonders beachtenswert, da es sich um die erste große Finanzierungsdebatte zum Bau des VIC handelte und sich daher die Differenzen zwischen den beiden Parteien im Hinblick auf die Kosten des VIC gut aus dem dazugehörigen stenografischen Protokoll extrahieren lassen. Im Gegensatz zum ersten Finanzierungsgesetz ging der aufgrund der Kostenüberschreitung notwendigen Novellierung eine lange intensive Debatte voraus.

Bei der ersten Schätzung der Baukosten hatte man sich nur auf theoretische Annahmen stützen können. Nach dem Beginn der Bauarbeiten war es nun möglich, eine realistische Einschätzung der zu erwartenden Baukosten zu geben. Dies führte dazu, dass der Finanzierungsrahmen vor der zweiten Novellierung des IAKW-Gesetzes bei 12.800 Millionen Schilling

³⁰⁶ Stellungnahme (fachliche und politische Argumente) zur Forderung des ÖVP-Bundesparteibmanns von 18.04.1974 auf Beendigung der „Verschwendung“ bei der UNO-City als Beitrag zur Inflationsbekämpfung. In: Stiftung Bruno Kreisky Archiv.

³⁰⁷ Stellungnahme (fachliche und politische Argumente) zur Forderung des ÖVP-Bundesparteibmanns von 18.04.1974.

³⁰⁸ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 36. Sitzung (05.07.1972), 2908.

³⁰⁹ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/134>> (27.07.2024) 13042.

lag.³¹⁰ Dies war eine beinahe Verdoppelung im Vergleich zu 1972. Nach Aussage der IAKW-AG war die Erhöhung des Haftungsrahmens auf über 12 Milliarden Euro eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit, wenn man das Projekt nicht unterbrechen wollte.³¹¹

Das zentrale Argument der ÖVP in dieser Debatte war, dass das VIC kostengünstiger gebaut werden hätte können. Friedrich König betonte in seiner Rede, dass Genf den Bau eines weiteren Gebäudes für die internationalen Organisationen zu einem Drittel der österreichischen Baukosten finalisiert hatte. In seiner Kritik spricht er von einer Verdreifachung der Kosten im Vergleich zum ersten Finanzierungsgesetz. Dies muss entweder als ein Fehler oder eine gezielte Übertreibung angesehen werden, da sich real die Kosten lediglich verdoppelten. Auf diesen Fehler wird König auch vom Abgeordneten Broesigke (FPÖ) in dessen Redebeitrag hingewiesen. Neben der Kostensteigerung störte die ÖVP, dass das Konferenzzentrum aus der Finanzierungsnovelle gestrichen worden war und kein Zeitplan für dessen Bau vorgesehen wurde. Als dritter Kritikpunkt wurde von König angeführt, dass der Bau des VIC keine Arbeitsplätze schaffen würde, da durch die Kostenüberschreitung beim Bau des VIC Investitionsmittel in anderen Wirtschaftsbereichen und im Bereich der Infrastruktur fehlen würden, wodurch insgesamt Arbeitsplätze gefährdet wären.³¹² Erneut betonte die ÖVP, dass sie sich zur UNO-City bekannte und auch die erste Finanzierungsnovelle mit beschlossen hatte, nun aber die Novellierung aus den oben beschriebenen Gründen, insbesondere der Kostenexplosion, ablehnte.

Ein wesentlicher Punkt in der Debatte basiert auf ungeklärten Aspekten des Vertrages mit den Vereinten Nationen bzw. deren Unterorganisationen, die zum Zeitpunkt des Regierungswechsels 1970 bestanden. Dabei zeigen sich zwei Argumentationslinien. Einerseits verwies die SPÖ auf die ursprüngliche, bereits vom früheren ÖVP-Außenminister Toncic angedachte Intention, dass nach der IAEA und der UNIDO weitere UN-Organisationen nach Wien geholt werden sollten. Dies würde einen Gebäudekomplex mit mehr Platz als dem von IAEA und UNIDO benötigten erfordern, war aber im ursprünglichen Vertrag nicht absehbar.

Andererseits argumentierte die SPÖ, dass die von der ÖVP getroffenen ungenauen Angaben zu den Verpflichtungen zu einer fehlenden Limitierung geführt hätte. Toncic hatte am

³¹⁰ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 87 (18.02.1975). Bundesgesetz: Änderung des IAKW-Finanzierungsgesetzes, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000512&ShowPrintPreview=True>> (10.06.2024).

³¹¹ ORF-Fernseharchiv, Zeit im Bild (31.07.1974), Erhöhte Baukosten. News/Zuschnitt-Österreich II/2-UNO-City Wien.

³¹² Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13009.

11.04.1967 in New York vor Vertretern des Verwaltungsrats der UNIDO gesagt, dass Österreich sich bereiterklärte, nicht nur die erforderlichen Gegebenheiten bereitzustellen, sondern auch jegliche Sonderwünsche der Organisation berücksichtigen wollte. Wie im Bericht des Rechnungshofes festgehalten wurde, bestand keine Notwendigkeit diese unlimitierte Zusage zu machen. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits fest, dass Wien Sitz der UNIDO sein werde. Auf diese Episode bezieht sich die Kritik der SPÖ an der fehlenden Eingrenzung des Projekts durch die ÖVP.³¹³ Darüber hinaus kritisierte die SPÖ die von der ÖVP zugesagte, aber viel zu kurz angesetzte Bauzeit von vier Jahren, welche zu Kostensteigerungen führte, zum Beispiel durch den längeren Bedarf der Finanzierung von Ausweichquartieren.³¹⁴ Die Position der SPÖ zu dieser Zeit wird gut im Schluss von Hobls Rede in dieser Debatte sichtbar: „Die ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 hat uns die UNO-City hinterlassen. Was die ÖVP-Regierung hinterlassen hat, mußte [sic] die Regierung Kreisky reparieren und zu einem Vorteil für Österreich ändern.“³¹⁵

Dem widerspricht die ÖVP, indem sie sich auf das Dokument A/C.2/232³¹⁶ aus dem Jahr 1966 bezieht. Darin wurde laut ÖVP der Bedarf der UNIDO und der IAEA auf insgesamt 2700 Personen beziffert. Anzumerken ist, dass sich dieses Dokument nur mit der UNIDO und nicht mit der IAEA befasste (siehe 4.4.1). Insgesamt zeigt sich hier, dass von Anfang an die Zahlen für den Personalbedarf stetig und aus nicht klar ersichtlichen Gründen stiegen. Aufgrund der nicht von der UNIDO übermittelten Angaben über den erwarteten Personalstand stützte sich die ÖVP auf die Personalanzahl der IAEA und nahm für die UNIDO einen ähnlichen Wert an. Unklar bleibt auch, warum wiederholt Zuschläge für künftige Erweiterungen hinzugefügt wurden, obwohl bereits die erste Zahl aus dem Dokument A/C.2/232 eine 50% Reserve vorgesehen hatte. Diese scheinen der Hauptgrund für die sich ändernden Zahlen zum Raumbedarf der UNIDO zu sein.

Gleichzeitig verwendete die ÖVP in der Folge mehrfach das Argument, dass bei den Vertragsverhandlungen noch keine genauere Begrenzung hinsichtlich des Raumbedarfs möglich war, um sich gegen Kritik der SPÖ zu verteidigen. Nach Argumentation der ÖVP lag die Kostenexplosion an der eigenmächtigen Erweiterung des Abkommens mit den internationalen Organisationen durch Bundeskanzler Kreisky. Um dieses Argument zu unterstreichen, wurde von

³¹³ Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973, 9.

³¹⁴ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13016.

³¹⁵ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13021.

³¹⁶ United Nations, Document A/C.2/232. Facilities required in connection with the location of the secretariat of the United Nations Industrial Development Organization, 250.

der ÖVP darauf verwiesen, dass die IAEA noch am 23.11.1972 erklärt hatte, dass sie nur einen Büroturm für ihrer Mitarbeiter*innen brauchen werde. Der ÖVP-Abgeordnete Friedrich König kritisierte, dass dennoch beide Türme gebaut wurden. Hans Hobl als Redner der SPÖ konterte damit, dass die IAEA zwar vorübergehend nur einen Turm zu verwenden plante, aber es sein konnte, dass sie in Zukunft weitere Büroräume benötigen werde, daher sei es naheliegend gewesen, den zweiten Büroturm zu bauen.³¹⁷

Auch die Rezeption der Diskussionen rund um das VIC in den Medien gelangte in die Debatte über das Finanzierungsgesetz im Parlament. So zitierte die SPÖ einen am gleichen Tag in der Tageszeitung *Die Presse* veröffentlichten Leitartikel von Hans Werner Scheidl, in welchem auch auf die innenpolitische Debatte rund um das VIC eingegangen worden war: „Allen Kritikern des Projekts kann aber vor allem eines nicht deutlich genug gesagt werden: Österreich braucht den internationalen Amtssitz, es braucht die Investition in den Anschluss an die Welt.“³¹⁸ Der SPÖ-Abgeordnete Heinz Nittel, welcher dieses Zitat in seine Rede eingebaut hatte, erklärte damit, dass die ÖVP sich nicht gegen das Projekt des VIC stellen, sondern gemeinsam mit der SPÖ an der Fertigstellung des Baus arbeiten sollte. Nittel führte weiter aus, dass es innerhalb der ÖVP auch Politiker gäbe, welche das Projekt unterstützten. Er forderte jedoch, dass die Führung der ÖVP dafür Sorge tragen sollte, dass einige ihrer Mitglieder nicht immer dieselbe Kritik an diesem Projekt äußerten.³¹⁹ Nittel nahm auch Bezug auf die Kritik der ÖVP, dass das Gebäude zu groß gebaut werde, und erklärte, dass zwar die IAEA und die UNIDO nicht den kompletten Raum abdeckten, aber bereits Verhandlungen mit den Vereinten Nationen geführt wurden, um den vorhandenen Platz zu besetzen. Zudem hielt er fest, dass bereits im Vertrag mit der Stadt Wien festgehalten worden war, dass das VIC für weitere UN-Organisationen vorgesehen war, im Hinblick auf die Bedeutung von internationalen Organisationen für Österreich.³²⁰

Franz Bauer griff als Abgeordneter der ÖVP einen Artikel in der Kronen Zeitung vom 22.08.1973 auf. Darin wurde kritisiert, dass das VIC mit 10 Milliarden zu teuer wäre. Zudem wies Bauer darauf hin, dass bei den aktuellen Kosten die nötige Verkehrsinfrastruktur noch nicht eingeplant war. Interessant ist die Schlussfolgerung von Bauer. Dieser betonte, dass er die internationale Bedeutung der Ansiedelung von internationalen Organisationen für Österreich unterstützte, aber dies nicht mit der Kostendebatte in einem Zusammenhang zu be-

³¹⁷ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13016.

³¹⁸ *Scheidl*, Babylon an der Donau, 1.

³¹⁹ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13042.

³²⁰ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13039.

trachten war. Er betonte weiter, dass die ÖVP die Ansicht vertrat, dass man das VIC kostengünstiger hätte bauen können, aber sich nicht gegen das VIC an sich stellte. Damit bringt er den zentralen Kritikpunkt der ÖVP an diesem Projekt zum Ausdruck.³²¹ Herbert Kohlmaier (ÖVP) betonte, dass das Geld, welches für das VIC verwendet wurde, eher dafür ausgeben werden sollte, die Infrastruktur bei den Bezirksämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen zu verbessern.³²²

Eduard Moser als weiterer Vertreter der ÖVP verwies in seiner Rede des Öfteren darauf, dass die Regierung keine langfristige Finanzierung dieses Projektes vorgesehen hatte und der kommenden Regierung dies überließ. Moser erwähnte dies im Zusammenhang mit einer nahenden Wahl. Es stellt sich die Frage, auf welche Wahl Moser anspielte oder ob es sich dabei um ein rhetorisches Mittel handelte.³²³ Für Letzteres würde sprechen, dass, soweit es die bisherige Recherche ergeben hat, im Jänner oder Februar 1975 keine nationalen Wahlen stattfanden. Vielleicht bezog er sich auf die Landtagwahlen in Kärnten im März dieses Jahres.³²⁴ Eine andere Möglichkeit wäre, dass er die im Herbst 1974 von Vertretern der ÖVP geäußerte Überlegungen, die Nationalratswahl am 02.03.1975 abzuhalten, erneut aufgriff. Diese Überlegung wurde auch von Schleinzner im Jänner 1975 vorgebracht, auch wenn kein Antrag gestellt wurde. Laut Ansicht der SPÖ hatte dieser Vorschlag vor allem innerparteiliche Ursachen.³²⁵ Die SPÖ unter Bruno Kreisky bevorzugte von Anfang an einen Wahltermin im Herbst und konnte sich damit durchsetzen. Angesichts der absoluten Mehrheit der SPÖ im Nationalrat wäre die tatsächliche Umsetzung des Vorschlages der ÖVP etwas schwierig geworden.³²⁶ Schlussendlich wurde der Nationalrat nicht vorzeitig aufgelöst und die nächsten Nationalratswahlen fanden erst am 05.10.1975 statt.³²⁷ Eine andere Möglichkeit wäre, dass Moser sich in seiner Rede darauf bezog, dass in diesem Jahr auf jeden Fall gewählt werde.

Der FPÖ-Abgeordnete Broesigke betonte, noch stärker als die ÖVP, dass die Fertigstellung des VIC an sich nicht zur Debatte stand. Er begründet es damit, dass die österreichische Regierung der UNO versprochen hatte, dieses Amtssitzgebäude zu errichten, und dieses Versprechen nun auch einhalten müsse. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass Kritik an der Durchfüh-

³²¹ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13047.

³²² Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13056.

³²³ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13031.

³²⁴ Landtagswahl Kärnten (02.03.1975), online unter <<https://www.wahldatenbank.at/>> (10.06.2024).

³²⁵ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13036.

³²⁶ Hans Werner *Scheidl*, Volkspartei glaubt an Märzahlen. Schleinzner, Koren in die Regierung? In: Die Presse (31.10, 01.11.1974), 1.

³²⁷ Otto *Rösch*, Lothar *Bosse*, Die Nationalratswahl vom 5. Oktober 1975 (Wien 1975), online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1975/start.aspx> (05.05.2024).

rung des Projektes gestattet sein musste, und erklärte, dass die FPÖ diesem Gesetz nicht zustimmen werde. Seine Kritik richtete sich auch dagegen, dass die Kosten zu hoch seien und eine unzumutbare Belastung für den Steuerzahler darstellten. In diesem Sinne äußerten ÖVP und FPÖ ähnliche Kritikpunkte.³²⁸

Die Novelle zum Finanzierungsgesetz für das VIC wurde schlussendlich nur mit den Stimmen der SPÖ, welche über die absolute Mehrheit verfügte, beschlossen. Sowohl die ÖVP als auch die FPÖ verweigerten im Gegensatz zum ersten Finanzierungsgesetz ihre Zustimmung. Die Sitzung dauerte von 09:00 bis 20:25 Uhr, wobei die Debatte über das IAKW-Gesetz den größten Teil der Zeit einnahm.³²⁹ Diese Debatte, in der der zentrale Streitpunkt der starke Anstieg der Baukosten war, bildete den Höhepunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung rund um den Bau des VIC. Mit dem Abschluss des zweiten Untersuchungsausschusses am 04.07.1975 kam die Debatte über die IAKW und den Ablauf des Architektenwettbewerbs schließlich weitgehend zur Ruhe.

Darüber wurde in der *Arbeiterzeitung* berichtet. Quellenkritisch sei an dieser Stelle angemerkt, dass diese Zeitung der SPÖ nahestand, weswegen die in diesem Artikel vorkommenden Aussagen vor diesem Hintergrund zu deuten sind. Der namentlich nicht identifizierbare Autor argumentierte darin, dass die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses gezeigt hätten, dass die ÖVP das Projekt vor 1970 in ihrer Dimension und in ihren Verpflichtungen gegenüber den internationalen Organisationen nicht begrenzt hätte. Gleichzeitig betont der Autor des Artikels, dass sich keine Hinweise darauf fanden, dass es unter der Regierung Kreisky zu einer Schiebung gekommen wäre.³³⁰ Dieser Vorwurf wurde von der ÖVP in der Debatte am 04.07.1975 auch nicht erneut aufgebracht. Generell fällt auf, dass diese finale Debatte zügig und ohne große Emotionalisierung durchgeführt wurde. Alle Parteien stimmten dem Bericht des Untersuchungsausschusses zu, auch wenn jede Partei eigene Schlussfolgerungen daraus zog.³³¹ Es lässt sich vermuten, dass das abrupte Ende der parlamentarischen Auseinandersetzung auch damit zusammenhängt, dass der zweite Untersuchungsausschuss – wie der erste – keine eindeutigen Antworten zur Verantwortung der Dimensionierung des Baus und zur Korrektheit der Vergabe des Architekturauftrages geben konnte.

³²⁸ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13022.

³²⁹ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), 13056.

³³⁰ Selbstverachtung. In: *Arbeiterzeitung* (06.07.1975), (Stiftung Bruno Kreisky Archiv).

³³¹ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 151. Sitzung (03.07/04.07.1975), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/151>> (15.09.2024), 14765.

Neben den Debatten im Nationalrat wurde das Thema VIC von der ÖVP auch im Wahlkampf verwendet, allerdings nur in sehr kleinem Umfang in den zwei Wahlkämpfen zwischen dem Baubeginn des VIC und dessen Fertigstellung. Im Vorfeld der Nationalratswahl 1975 meinte laut einem Bericht der *Arbeiterzeitung* vom 18.06.1978 der ÖVP-Abgeordnete König in der ZIB 2 vom 29.09.1975, dass die ÖVP, wenn sie gewinnen würde, einen Teil der zu groß gebauten UNO-City vermieten werde. Mit dem dadurch eingenommenen Geld wollte man Krankenhäuser ausbauen, um Arbeitsplätze zu schaffen.³³² Basierend auf den Wahlergebnissen der Nationalratswahl 1975 und 1979 lässt sich festhalten, dass die ÖVP mit der Thematisierung der Abwicklung und Kosten des Baus des VIC keinen entscheidenden Vorteil erlangte. Sowohl bei der Nationalratswahl im Oktober 1975 als auch bei jener im Mai 1979 konnte die SPÖ ihre absolute Mehrheit halten bzw. 1979 sogar auf 95 Mandate (51%) ausbauen.³³³ Da auch die SPÖ in ihrem Wahlkampf das VIC wenig thematisierte, wie eine Recherche der SPÖ Wahlplakate zu den beiden Nationalratswahlen zeigte³³⁴, lässt sich vermuten, dass die gesamte Debatte bestenfalls einen geringen Einfluss auf das Wahlverhalten der Österreicher*innen hatte.

In kleinem Umfang brachte die ÖVP ihre Kritik auch zwischen den Nationalratswahlen in den Medien vor. Am 10.03.1976 meinte Friedrich König in einem Interview mit der ZIB 2, dass das VIC von der ÖVP für 2500 Beamt*innen ausgelegt worden war, die SPÖ es aber für 4700 Mitarbeiter*innen baute. König argumentierte daher, dass die halbe UNO-City leer stehen werde. Kreisky verteidigte sich in der ZIB 2 aber gegen den Vorwurf, dass das VIC zu groß gebaut wurde. Er erklärte, dass die Vereinten Nationen entschieden, welche Organisationen nach Wien übersiedelten, und dass es daher besser sei, wenn noch zusätzliche Fläche zur Verfügung stünde.³³⁵

Die Kritik der ÖVP an diesem Projekt ist auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die Partei während dieser Zeitspanne insgesamt vier Bundesparteibömben hatte und eine leichte Veränderung in der Argumentationslinie erkennbar ist. Relevant für das Thema der

³³² Plötzlich bekennt sich die ÖVP auch in Zukunft zur UNO-City. In: *Arbeiterzeitung* (18.06.1978), (Stiftung Bruno Kreisky Archiv).

³³³ Erwin Lanc, Lothar Bosse, Nationalratswahl 06.05.1979, online unter <https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1979/start.aspx> (27.04.2024).

³³⁴ Plakatsammlung, Wienbibliothek im Rathaus, online unter <https://search.wienbibliothek.at/primo-explore/search?vid=WBR&tab=druckwerke&search_scope=WBR_PL> (22.09.2024).

³³⁵ ORF-Fernsehbild, Diskussion um UNO-City (Gestaltung: Eric A. Peschler, Claus Gatterer) 10.03.1976, UNO-City zwischen kleinkariert und Größenwahn.

Arbeit ist die Wahl von Alois Mock, der zuvor Klubobmann gewesen war, zum neuen Parteio-
bmann der ÖVP gewählt wurde, eine Position, die er von 1979 bis 1989 behielt.³³⁶

Besonders beachtenswert ist hierbei die Aussage Mocks als Klubobmann der ÖVP vom
07.06.1978. An diesem Tag erklärte er gemäß ÖVP-Pressedienst: „Die Volkspartei bekennt
sich auch in Zukunft zur Niederlassung internationaler Organisationen in Wien, zur Errich-
tung der UNO-City in der Bundeshauptstadt und zum Standort des Gebäudekomplexes.“³³⁷
Diese Aussage wurde neben anderen Aussagen von Abgeordneten der ÖVP zu diesem Pro-
jekt in der *Arbeiterzeitung* am 18.06.1978 veröffentlicht und dahingehend interpretiert, dass
die ÖVP ihre Meinung zu dem Projekt geändert hätte. Diese Schlussfolgerung muss aber hin-
terfragt werden, da sich aus der Aussage von Mock allein nicht ableiten lässt, dass die ÖVP
ihre Sichtweise zum VIC wesentlich verändert hätte. Mock betonte darin nur erneut, dass die
ÖVP sich zum Standort des VIC und zum Bau bekannte. Die Kritik an den Kosten blieb.

Gleichzeitig kann aus dem Umstand, dass Mock diese Aussage ohne äußere Veranlassung
tätigte, vermutet werden, dass die ÖVP das VIC in der von der SPÖ beschlossenen Größe nun
akzeptierte. Dahingehend lässt sich auch die Aussage von Taus interpretieren, welcher am
13.06.1978 als eine Folge der Diskussion, die um Mocks Aussage entstand, erklärte, dass die
ÖVP sich immer zum VIC bekannt hatte, aber weiterhin die Ansicht vertrat, dass man dieses
Projekt günstiger hätte bauen können.³³⁸ Abschließend lässt sich festhalten, dass die ÖVP
ihre Meinung, während dem Bauprozess nicht wesentlich geändert hat, aber vermutlich im
Hinblick auf die Nationalratswahl am 06.05.1979 ihre Strategie angepasst hatte.

Im Vorfeld dieser Nationalratswahl, knapp vier Monate vor der geplanten Eröffnung des VIC,
griff die ÖVP das Thema in ihrem Wahlkampf mit folgendem Wahlplakat auf: „Die Regierung
verschwendet täglich 5 Millionen bei einem einzigen Bürobau. Und redet vom Sparen. ÖVP.
Wir wirtschaften besser.“³³⁹ Der Slogan auf dem Plakat zeigt erneut die Argumentationslinie
der ÖVP, nach der sie das VIC kostengünstiger gebaut hätten. In einem weiteren Wahl-
kampfmittel, nämlich dem 1979 von der ÖVP herausgegebenen kleinen Buch mit dem Titel

³³⁶ *Stifter*, Die ÖVP in der Ära Kreisky, 223.

³³⁷ Plötzlich bekennt sich die ÖVP auch in Zukunft zur UNO-City, (18.06.1978).

³³⁸ Hans Werner *Scheidl*, UNO-City etwas billiger als zuerst befürchtet. In: Die Presse (13.06.1978). (Stiftung
Bruno Kreisky Archiv).

³³⁹ Franz *Adametz*, Die Regierung verschwendet täglich 5 Millionen bei einem einzigen Bürobau. Und redet vom
Sparen. ÖVP. Wir wirtschaften besser. (ÖVP-Bundesparteileitung Wien 1979), online unter
<<http://media.obvsg.at/AC12204228-4201>> (08.06.2024).

„Die Verschwender. Leider kein Stück von Ferdinand Raimund“ findet das VIC jedoch keine Erwähnung.³⁴⁰

Zusammenfassend lässt sich zur Auslastungsdebatte festhalten, dass, wie bereits oben erwähnt, der ständige Anstieg der Zahlen die Debatte prägte. Dabei ist zu ergänzen, dass auch von Seiten der UNIDO starke Änderungen in den Zahlen vorgenommen wurden, die aus heutiger Sicht in ihrem Umfang nicht nachvollziehbar sind. Die Vertreter*innen der UNIDO betonten, dass die im Angebot Österreichs angegebenen 1050 Plätze nicht relevant seien, sondern die im Raumbedarf der UNIDO 1967 genannten und später mehrmals revidierten Zahlen entscheidend waren, nach denen 2367 Beamt*innen nach Wien kommen sollten.³⁴¹ Die aktuellen Entwicklungen hätten, so die UNIDO im Februar 1971, den Raumbedarf eben wesentlich erweitert. In diesem Zusammenhang kritisierte der damalige österreichische Außenminister Rudolf Kirchschläger in einem Gespräch mit Vertretern der UNIDO, dass „eine derartig dynamische Personalentwicklung zwar für eine relativ junge Organisation typisch wäre, doch könne er ein Wachstum von 300% in einer Dekade nicht verstehen“.³⁴²

Das Gespräch zwischen Kirchschläger und UNIDO im Februar 1971 wurde in der Folge sowohl von der ÖVP als auch von der SPÖ in der innenpolitischen Debatte verwendet, wobei jede der beiden Parteien andere Schlüsse daraus zog. Die SPÖ argumentierte, dass erst dieses Gespräch zu einer Begrenzung der zur Verfügung stehenden Räume geführt hatte. Die ÖVP hingegen meinte, dass die SPÖ sich nicht an die bereits vertraglich festgelegte Limitierung gehalten hatte, sondern auf alle Wünsche der internationalen Organisationen eingegangen wäre.³⁴³ Letzteres ging eigentlich auf die Aussage von Toncic 1967 zurück, in dem sich Österreich bereit erklärt hatte, die Wünsche der UNIDO zu erfüllen. Bis zum Frühjahr 1979 wurden noch Verbesserungswünschen angenommen, danach konnte die österreichische Regierung keine Änderungsvorschläge mehr annehmen, da es den Eröffnungstermin gefährden würde.³⁴⁴

³⁴⁰ Die Verschwender: „Leider kein Stück v. Ferdinand Raimund ...“ Parlamentsklub der ÖVP (Wien 1979).

³⁴¹ Geschäftsstück des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten GZ. 100.30S-CO/71 vom 19.02.1971 betreffend das Protokoll einer Besprechung vom 18.02.1971 mit den Vertretern der UNIDO über das Raumprogramm, zitiert nach: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1975, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/1688/imfname_320834.pdf> (27. Juli 2024) 15.

³⁴² Bericht des IAKW-Untersuchungsausschusses 1975, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/1688/imfname_320834.pdf> 15.

³⁴³ Minderheitsbericht. In: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1975, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/1688/imfname_320834.pdf> (27. Juli 2024) 79.

³⁴⁴ Die UNO-City Story (23. August 1979).

Am 22.11.1976 beantwortete der österreichische Außenminister Willibald Pahr eine parlamentarische Anfrage der ÖVP zur Auslastung des VIC dahingehend, dass die Überkapazitäten auf eine Fehlkalkulation der internationalen Organisationen zurückzuführen seien. Gleichzeitig betonte Pahr, dass die Vereinten Nationen sich im Rahmen der Generalversammlung 1975 dazu verpflichteten hätten, den ganzen zur Verfügung gestellten Platz auszufüllen, wofür u.a., wie oben beschrieben, ab 1976 Beamte*innen von New York und Genf nach Wien übersiedeln sollten.³⁴⁵ Bemerkenswert ist, dass in dieser Phase erstmals von einer Fehlkalkulation der internationalen Organisationen gesprochen wurde.

Das IAKW-Finanzierungsgesetz wurde am 27.06.1979, also ziemlich genau zwei Monate vor der Eröffnung des VIC, erneut novelliert. Nun lag der Finanzierungsrahmen bei 16,5 Milliarden Schilling. Dieser inkludierte sowohl den Bau des VIC als auch des Internationalen Konferenzentrums, das bei der vorangegangenen Novellierung nicht berücksichtigt worden war. Die Ursache für die Erweiterung war der nun beschlossene Bau des Konferenzentrums, der aber nicht Gegenstand dieser Arbeit ist.³⁴⁶ In der dazugehörigen parlamentarischen Debatte wurde noch einmal die Position der ÖVP zum Bau des VIC thematisiert. Der SPÖ Abgeordnete Stefan Schemer wies darauf hin, dass die ÖVP ihre Position im Vorfeld der Wahl vom 06.05. 1979 geändert hatte:

„Nachdem Ihre Redner noch in der 89. Sitzung der letzten Gesetzgebungsperiode, am 12. April 1978, gegen dieses Projekt polemisiert haben, ist dann plötzlich der Herr Dr. Mock auf der Baustelle im Donaupark erschienen, um den Architekten, Planern und Arbeitern seine Reverenz zu erweisen. Nicht mehr von Gigantonomie, von Schiebung war die Rede, sondern von den erfolgreichen Handlungen der Regierung Klaus wurde gesprochen, von der Aufwertung der Gebiete nordöstlich der Donau und von den sicherheitspolitischen Aspekten.“³⁴⁷

Die ÖVP entgegnete darauf, dass sie sich immer zur UNO-City bekannt hatte. So meinte der Abgeordnete König: „Ich darf doch wohl erinnern, daß [sic] wir dem Gesetz zugestimmt ha-

³⁴⁵ Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Eduard Moser, DDr, König und Gen. betreffend „optimale Nutzung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien (IAKW)“ (Nr 789/J). (22.11.1976).

³⁴⁶ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 315 (20. 07.1979), Bundesgesetz: 2. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, online unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1979_315_0/1979_315_0.pdf (13.08.2024).

³⁴⁷ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XV GP (27.06.1979), online unter <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XV/NRSITZ/4/> (15.09.2024) 224.

ben; wir haben uns immer zur Errichtung der UNO-City bekannt, aber zu einer vernünftigen, sparsamen UNO-City.“³⁴⁸

4.5 Das VIC aus Sicht der Vereinten Nationen

Die innenpolitische Debatte zur Auslastung des VIC geschah vor dem realen Hintergrund, dass Österreich große diplomatische Anstrengungen unternehmen musste, um den Standort Wien entsprechend zu etablieren. Diese Bemühungen sollen in diesem Kapitel erörtert werden.

Die Intensivierung der österreichischen Aktivitäten wird mit dem Jahr 1974 sichtbar. Ab diesem Zeitpunkt stand in der Eingangshalle des UN-Hauptquartiers in New York ein Modell des zukünftigen UN-Zentrums in Wien, um die Entscheidungsträger*innen und die Mitarbeiter*innen für den neuen Standort zu begeistern.³⁴⁹ Das war aber nicht der einzige Hintergrund der österreichischen Delegation bei der Platzierung dieses Modells. Es ging auch darum die Generalversammlung an ihr vertraglich zugesichertes Versprechen zu erinnern, nämlich dafür zu sorgen, den zur Verfügung stehenden Raum maximal auszunutzen. Der Hauptgrund für die österreichischen Bedenken war, dass die UNIDO und die IAEA nicht so viel Raum abdecken konnten, wie ursprünglich geplant worden war. Dies führte dazu, dass noch 2000 Büroräume zur Verfügung standen, die nun durch die Ansiedelung weiterer UN-Organisationen belegt werden sollten.³⁵⁰

Neben der Arbeit der Generalversammlung und der verschiedenen Teilorganisationen passiert ein wesentlicher Teil der Tätigkeit der Vereinten Nationen in Form von großen internationalen Konferenzen zu verschiedenen Fachthemen. Erste Überlegungen, Wien nach der Etablierung mehrerer internationaler Organisationen in den internationalen Konferenzkalender der Vereinten Nationen aufzunehmen, gab es bereits 1972. In der Resolution 2960 vom 13.12.1972 wurde festgehalten, dass eine Studie zu den Konferenzmöglichkeiten in Wien im Vergleich zu Genf und New York erstellt werden sollte.³⁵¹ Diese Entwicklung lag durchaus im Interesse Österreichs, das zunächst noch mit der Hofburg als Tagungsort agierte und mittelfristig das geplante Konferenzzentrum beim VIC genutzt sehen wollte.

³⁴⁸ Stenografisches Protokoll, Nationalrat XV GP (27.06.1979), 228.

³⁴⁹ ORF-Fernseharchiv, Konferenzausschuss der UNO berät über Wiener UNO-City für Konferenzen (Gestaltung Rudolf Stoiber), Aktueller Dienst, Gerald Hinteregger (Hg.), (11.08.1974).

³⁵⁰ Harry Schleicher, Wien – der dritte Sitz der UNO. In: Vereinte Nationen: German Review on the United Nations 27, (4) (Berlin 1979) 125–128.

³⁵¹ United Nations General Assembly, Twenty-seventh Session, Pattern of Conferences A/Res/2960 (13.12.1972), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/191948?ln=en&v=pdf>> (01.10.2024).

Am 05.04.1974 übermittelte Peter Jankowitsch, als ständiger österreichischer Vertreter bei den Vereinten Nationen, ein Memorandum der österreichischen Bundesregierung an Kurt Waldheim über die Konferenzmöglichkeiten in Wien. Darin wurde angeführt, dass zwischen 1968 und 1973 bereits 38 Konferenzen erfolgreich in Wien abgehalten wurden, beispielsweise die United Nations Conference on the Law of Treaties, first session (1968). Davon ausgehend wurde darauf hingewiesen, dass Wien über die notwendige Infrastruktur verfügte, um weitere internationalen Konferenzen abzuhalten.

Zudem erklärte sich die Bundesregierung bereit das im Bau befindliche VIC mit seinem Konferenzzentrum (C-building³⁵²) für internationale Konferenzen zur Verfügung zu stellen, wobei jenen Konferenzen, die von der IAEA und der UNIDO veranstaltet wurden, der Vorzug gegeben wurde. Zum Zeitpunkt des Schreibens ging man davon aus, dass das VIC und das darin enthaltene internationale Konferenzzentrum bereits 1978 fertig gebaut sein werden. Darüber hinaus wurde bereits in diesem Schreiben festgehalten, dass Österreich bereit sei, weitere UN-Abteilungen in Wien, aus Sicht der Vereinten Nationen kostengünstig, unterzubringen und im Bedarfsfall diese Unterbringungen auch bereits vor 1978 zur Verfügung zu stellen.³⁵³ Die in diesem Schreiben formulierten Angebote und Bedingungen tauchten in späteren Schreiben erneut auf.³⁵⁴

Bezugnehmend auf dieses Memorandum und im Zuge des Auftrages der Resolution 2960³⁵⁵ wurden in der Generalversammlung am 07.10.1974 die Ergebnisse der Studie präsentiert. Neben der IAEA und der UNIDO übersiedelte in den frühen 1970er Jahren eine weitere UN-Organisation nach Wien, und zwar das United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation (UNSCEAR). In Anbetracht der Tatsache, dass nun bereits drei internationale Organisationen in Wien ihren Sitz hatten, wurde in der Studie vorgeschlagen, Wien in den Konferenzkalender aufzunehmen.³⁵⁶

³⁵² Hierbei handelt es sich um die in dem kleineren Gebäude zwischen den Türmen des VIC eingerichteten Konferenzräume und nicht um das Austria Center Vienna, das umgangssprachlich als Konferenzzentrum bezeichnet wird.

³⁵³ United Nations General Assembly, Twenty-ninth Session, Pattern of Conferences, Letter dated 04.04.1974 from the Permanent Representative of Austria to the United Nations addressed to the Secretary General. A /9589 (05.04.1974), online unter < <https://digitallibrary.un.org/record/852555?ln=en&v=pdf> > (30.09.2024).

³⁵⁴ Peter Jankowitsch an H.E. Dr. Kurt Waldheim. (New York 13.02.1975), online unter <<https://search.archives.un.org/s-0904-0066-0003-00001>> 22. (25.09.2024).

³⁵⁵ United Nations General Assembly, Twenty-seventh Session, Pattern of Conferences (01.10.2024).

³⁵⁶ United Nations General Assembly, Twenty-ninth Session, Pattern of Conferences. Joint Inspection Unit. Report of the Joint Inspection Unit on the pattern of conferences of the United Nations and the possibilities for more rational and economic use of its conference resources, A/9795 (07.10.1974), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/855797?ln=en&v=pdf>> 150–163.

Gleichzeitig wurde die Sorge formuliert, dass im Gegensatz zu den Konferenzstandorten New York und Genf die Konferenzmöglichkeiten in Wien nicht den Vereinten Nationen unterstanden, sondern der österreichischen Bundesregierung bzw. der IAKW, welche für die Vermietung zuständig war. Damit war die Verfügbarkeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, große Konferenzen mussten sechs Monate im Voraus angemeldet werden.

Darüber hinaus wurde festgehalten, dass Wien über nur eine geringe Anzahl an Übersetzern verfügte und daher für Konferenzen Mitarbeiter*innen mitgebracht werden müssten. Zudem wurde auf die Hotelsituation in Wien verwiesen und darauf, dass die österreichische Regierung keine fixe Zusage hinsichtlich der Unterbringung aller Diplomaten abgegeben hatte. Abschließend kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass es ideal wäre, wenn mehr Konferenzen nach Wien kommen würden, um zu testen, wie die oben genannten Schwierigkeiten sich tatsächlich darstellten. Für die Zeit nach 1978 wurde vorgeschlagen, dass der Generalsekretär Verhandlungen mit der IAEA führen sollte, im Hinblick darauf, die Konferenzräume beim VIC möglichst effizient zu nutzen und sie neben den in Wien ansässigen Organisationen auch den Vereinten Nationen allgemein zur Verfügung zu stellen.³⁵⁷

Als zentrales Dokument in diesem Prozess ist die Resolution 3350³⁵⁸ vom 18.12.1974 zu betrachten. Darin wurde einerseits beschlossen, Wien probeweise in den Konferenzkalender der Vereinten Nationen aufzunehmen, und andererseits der Generalsekretär bevollmächtigt, Verhandlungen über die vollständige Auslastung des VIC mit der IAEA und der österreichischen Bundesregierung zu führen. Des Weiteren sollte der Generalsekretär der Generalversammlung über seine Bemühungen zur Auslastung des VIC-Bericht erstatten.³⁵⁹

Sowohl im Vorfeld dieser Entscheidung als auch zwischen 1975 und der Eröffnung des VIC waren umfangreiche diplomatische Aktivitäten von österreichischer Seite zu beobachten. Diese umfassten die diplomatischen Vertretungen in New York ebenso wie die Regierungsmitglieder.

Ein Beispiel für die österreichischen Bemühungen stellte die Besprechung zwischen Bruno Kreisky und Hannes Androsch mit dem damaligen US-Präsidenten Gerald Ford und seinem Außenminister Henry Kissinger am 12.11.1974 dar. Das Ziel Kreiskys war es offenbar eine

³⁵⁷ United Nations General Assembly, Twenty-ninth Session, Pattern of Conferences. Joint Inspection Unit. (07.10.1974), 150–163.

³⁵⁸ United Nations General Assembly, Twenty-ninth Session, Inclusion of Vienna in the pattern of Conferences. A/RES/3350 (18.12.1974), online unter < <https://digitallibrary.un.org/record/190383?ln=en&v=pdf> > (24.09.2024).

³⁵⁹ ORF-Fernseharchiv, Konferenzausschuss der UNO berät über Wiener UNO-City für Konferenzen. (11.08.1974).

Garantie der USA für die Übersiedelung von UN-Abteilungen nach Wien zu erhalten. Kreisky griff dabei wieder zu seinem ursprünglichen Argument der Erhöhung der Sicherheit Österreichs durch eine starke Verknüpfung mit internationalen Organisationen. Er stellte auch eine Verknüpfung mit seinem persönlichen politischen Schicksal her, da ein Scheitern des Projektes seiner Regierung schaden würde, da schon viel Geld in den Bau hineingesteckt worden war. Gleichzeitig unterstrich Kreisky in diesem Gespräch, dass Wien keine Konkurrenzstellung zur New York anstrebte. Außerdem betonte er, dass bereits andere internationale Organisationen in Wien ihr Hauptquartier hatten, eine Argumentationslinie, die von österreichischer Seite von Anfang an zentral war. Laut Protokoll führte Kreisky hierbei die Europäische Atomgesellschaft (EURATOM) mit Sitz in Wien als Beispiel an, vermutlich ein Fehler im Protokoll, da es unwahrscheinlich erscheint, dass der Bundeskanzler EURATOM, die seit ihrer Gründung 1957 in Brüssel ihren Sitz hat³⁶⁰, mit der IAEA verwechselte. Die USA unterstützten Österreichs Ansinnen prinzipiell, gaben sich aber aufgrund von nicht näher ausgeführten Bedenken zurückhaltend.³⁶¹

Kurz vor der entscheidenden Generalversammlung im Dezember 1974 bemühte sich auch der damalige Bürgermeister von Wien, Leopold Gratz, die Meinung zur österreichischen Bundeshauptstadt zu verbessern, indem er bei einem Besuch in New York versuchte, Sicherheitsbedenken zu zerstreuen.³⁶² Die Stadt Wien hatte ein großes Interesse an der Aufnahme von Wien in den Konferenzkalender der Vereinten Nationen und an der Ansiedelung weiterer internationale Organisationen, da dies die Attraktivität der Stadt erhöhte.³⁶³

Am 13.02.1975 bedankte sich Peter Jankowitsch in einem Brief an Generalsekretär Waldheim dafür, bezugnehmend auf die Resolution 3350³⁶⁴, dass die Vereinten Nationen sich bereiterklärt hatten, Verhandlungen über die Auslastung des VIC zu führen.³⁶⁵ Am 04.03.1975 antwortete Waldheim und erklärte, dass eine Arbeitsgruppe gebildet worden war, welche die Verhandlungen mit den Vertretern der IAEA, der UNIDO und der österreichischen Bundesregierung führen sollte. Aufbauend auf deren Bericht sollten dann offizielle

³⁶⁰ Klaus Schubert, Martina Klein, Europäische Atomgemeinschaft (EAG)/EURATOM. In: Klaus Schubert, Martina Klein, Das Politiklexikon (Bonn 2020), online unter <<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17433/europaeische-atomgemeinschaft-eag-euratom/>> (24.09.2024).

³⁶¹ Österreich: Ort der Begegnungen. In: Außenpolitischer Bericht 1979, online unter <<https://diglib.uibk.ac.at/urn:nbn:at:at-ubi:2-4099>> (03.05.2024).

³⁶² New York: Gratz wirbt für UNO-City. Bürgermeister erläutert der Presse die Vorteile des Standorts Wien. In: Arbeiterzeitung (04.12.1974).

³⁶³ Franz Quendler, Der UN-Sitz Wien im Kontext sich verändernder Rahmenbedingungen der österreichischen Außenpolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 24, (4) (Wien 1995) 433.

³⁶⁴ United Nations General Assembly, Twenty-ninth Session, Inclusion of Vienna in the pattern of Conferences, (18.12.1974).

³⁶⁵ Jankowitsch an H.E. Dr. Kurt Waldheim. (New York 13.02.1975).

Verhandlungen aufgenommen werden. Ein konkreter Zeithorizont wurde in dem Schreiben nicht festgesetzt.³⁶⁶

Im Dezember 1975 unterstrich die UNO-Generalversammlung in ihrer Resolution 3529 erneut, dass Wien als Teil des internationalen Konferenzkalenders betrachtet wurde³⁶⁷ und dass die Vereinten Nationen den Platz im VIC im Sinne der optimalen wirtschaftlichen Nutzung ausfüllen wollten. Auffallend ist, dass zur Erreichung des letzteren Ziels beschlossen wurde, keine baulichen Erweiterungen in Genf und New York vorzunehmen, sondern zunächst den verfügbaren Platz in Wien zu verwenden.³⁶⁸

Zudem wurde beschlossen, dass Verhandlungen mit den anderen Staaten, welche UN-Hauptquartiere besaßen, geführt werden sollten, um einen Überblick über finanzielle und organisatorische Aufwendungen für mögliche Übersiedelungen von internationalen Organisationen nach Wien zu erhalten. In dieser Resolution tauchte auch ein Thema erneut auf, welches bereits die innenpolitische Debatte geprägt hatte, nämlich die Verwendung des zweiten Turms des VIC, welcher für die IAEA vorgesehen, aber aufgrund ihres aktuellen Personalstandes nicht ausgefüllt war.

In der Resolution 3529³⁶⁹ vom 16.12.1975 wurde das Angebot der österreichischen Bundesregierung zur Nutzung des Turms durch andere Abteilungen oder Organisationen der Vereinten Nationen von der Generalversammlung zur Kenntnis genommen. Die Generalversammlung nahm dieses Angebot am 11.11.1976 schließlich an.³⁷⁰

Die Tatsache, dass Wien durch den Bau des VIC Ambitionen erkennen ließ, dritter UN-Standort zu werden, wurde von der Genfer Stadtregierung kritisch und mit Sorge betrachtet. Sie befürchtete, dass Genf durch diesen Prozess ins Hintertreffen bei der Ansiedelung von internationalen Organisationen geraten könnte. Zur Untermauerung ihrer Position gegenüber den Vereinten Nationen wurde angeführt, dass die Schweizer Neutralität 150 Jahre älter sei als die österreichische und Genf daher besser für die Ansiedelung von internationa-

³⁶⁶ Kurt Waldheim an Peter Jankowitsch, (New York 04.03.1975), Austria, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0904-0066-0003-00001>> (26.09.2024).

³⁶⁷ Quendler, Der UN-Sitz in Wien, (Wien 1995) 432.

³⁶⁸ United Nations General Assembly, Thirtieth Session, Inclusion of Vienna in the pattern of conferences. A/RES/3529 (16.12.1975), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/189804?ln=en&v=pdf>> (24.09.2024).

³⁶⁹ United Nations General Assembly, Thirtieth Session, Inclusion of Vienna in the pattern of conferences, (16.12.1975).

³⁷⁰ United Nations General Assembly, Thirty-first Session, Agenda Item 99(b), Nations Accommodation. Utilization of office Accommodation and Conference Facilities at the Donaupark Centre in Vienna. Report of the Secretary-General, A/C.5/31/34 (11.11.1976), online unter <https://digitallibrary.un.org/search?ln=en&p=A%2FC.5%2F31%2F34&f=&action_search=Search&rm=&sf=&so=d&rg=50&c=Resource+Type&c=UN+Bodies&c=&of=hb&fti=0&fti=0> (26.09.2024) 3.

len Organisationen geeignet war als Wien. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt wirtschaftlich stark von den internationalen Organisationen profitierte. 16% der bei der UNO angestellten Mitarbeiter*innen seien Schweizer*innen.³⁷¹ Darüber hinaus ist jedoch festzuhalten, dass Genf die Ansiedelung von internationalen Organisationen nur finanzieren konnte, weil es von Bern mit einer beachtlichen Geldsumme unterstützt wurde. Diese wurde aber 1976 gestrichen, sodass weitere Ausbauten des UN-Standortes in Genf von der Stadt finanziert hätten werden müssen. Zudem stießen sich die Genfer daran, dass Waldheim als Generalsekretär die Österreicher bevorzugt hätte.³⁷²

Kreisky meinte auf diese Diskussion angesprochen, dass sich eine Lösung finden werde, auch ohne zwischen Wien und Bern einen Konflikt zu provozieren.³⁷³ Wie in der Presse berichtet wurde, engagierte sich auch die EWG als Vermittler in dieser Debatte.³⁷⁴ Genf nahm diesen Wettbewerb offenbar sehr ernst. Um die Stadt für UN-Beamte attraktiver zu machen, wurden Ermäßigungen der Mieten in Aussicht gestellt.³⁷⁵ Auch wenn die Debatte im Laufe des Entstehungsprozesses des VIC immer wieder aufkam, gelang es am Ende eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden. Nur die Drogenbekämpfungsabteilung kam schlussendlich von Genf nach Wien. Hervorzuheben ist, dass Genfer Vertreter bei der Eröffnungsfeier des VIC auf österreichische Einladung hin teilnahmen.³⁷⁶

Die österreichische Diplomatie kam der Erfüllung ihres Anliegens, weitere UN-Organisationen und Einheiten in Wien anzusiedeln, in der Generalversammlung am 11.11.1976 einen entscheidenden Schritt näher. Im Zuge dieser Versammlung präsentierte Waldheim einen Stufenplan zur effizienten Auslastung des VIC in Wien. In seinem Bericht ging er auch darauf ein, dass bei der Übersiedelung von internationalen Organisationen nach Wien beachtet werden musste, dass die Arbeit dieser Organisationen dadurch nicht beein-

³⁷¹ Juliane *Stephan*, Genfer Kritik an UNO-Übersiedelung nach Wien. In: Mittagsjournal (22.08.1979) [Radiosendung ORF], online unter < <https://www.mediathek.at/atom/0B0BF51C-1D3-0006A-00000554-0B0B46DB> > (28.07.2024) 00:38:41-00:41:30.

³⁷² Harry *Sichrovsky*, Oliver *Reverdin*, Genfer Vorbehalte gegen Wiener UNO-City. In: Mittagsjournal (20.12.1976) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=05CDCF9B-219-00086-00000658-05CD2FD2&vol=26908&cHash=daad715170407dbb7b202d96f63eaaad>> 35:18-39:36 (30.05.2024).

³⁷³ *Sichrovsky*, *Reverdin*, Genfer Vorbehalte gegen Wiener UNO-City., 35:18-39:36 (30.05.2024).

³⁷⁴ UN-City Bern gegen Wien. EG musste vermitteln. In: Die Presse (Wien 10.03.1976).

³⁷⁵ *Sichrovsky*, *Reverdin*, Genfer Vorbehalte gegen Wiener UNO-City.

³⁷⁶ *Stephan*, Genfer Kritik an UNO-Übersiedelung nach Wien, 00:38:41-00:41:30.

trächtigt wurde. Beispielsweise könnten Organisationen, die eng mit der Generalversammlung zusammenarbeiteten, nicht nach Wien übersiedeln.³⁷⁷

Dieser Stufenplan wurde in der Generalversammlung vom 20.12.1976 im Zuge der Budgetdebatte diskutiert und am 22.12.1976 beschlossen. Thomas Klestil, der als österreichischer Vertreter bei den Vereinten Nationen tätig war, betonte in dieser Sitzung, dass ein Abkommen zwischen Österreich und den Vereinten Nationen bestand und die Organisationen der Vereinten Nationen den Platz brauchten. Zudem hob er hervor, dass jeder österreichische Steuerzahler bereits 1700 Schilling für den Bau bezahlt hätte. Aus diesem Grund sollte man die Übersiedelung von Teilen der Vereinten Nationen nach Wien nicht scheitern lassen.³⁷⁸

Am 22.12.1976 wurde von der Generalversammlung beschlossen, diesen Vorschlag anzunehmen und die erste Phase durchzuführen. Zudem wurde in dieser Resolution festgehalten, dass die Abhaltung der Frauenkonferenz 1980 nicht durch die Übersiedelung nach Wien beeinträchtigt werden durfte. Darüber hinaus wurde Waldheim zwar damit beauftragt, die Verhandlungen mit der IAEA und der UNIDO durchzuführen, jedoch verlangte die Generalversammlung eine regelmäßige Berichterstattung.³⁷⁹

Die österreichische Seite intensivierte in den folgenden Jahren ihre diplomatischen Bemühungen und konnte zusehends Erfolge verbuchen. Bereits 1978 übersiedelte die United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA) mit 110 Diplomaten*innen nach Wien. Da das VIC zu diesem Zeitpunkt noch nicht bezugsfertig war, wurde die UNRWA auf österreichischen Kosten vorläufig in einem Bürogebäude im 5. Wiener Gemeindebezirk untergebracht. Schlussendlich umfasste diese Organisation 250 Beamten*innen.³⁸⁰ Neben der UNRWA sollte laut einem Vorschlag Waldheims auch das Center for Social Development and Humanitarian Affairs aus New York und dem dazugehörigen Büro aus Genf nach Wien übersiedeln. Dies wurde aber erst 1979, nach der Eröffnung des VIC, umgesetzt.

³⁷⁷ United Nations General Assembly, Thirtieth Session, Pattern of Conferences. Inclusion of Vienna in the pattern of conferences. Report of the Secretary-General, A/10348 (17.11.1975), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/3862895?ln=en&v=pdf>> (29.09.2024).

³⁷⁸ Rudolf Stoiber, UNO-Budgetausschuss debattiert über UNO-City Wien. In: Mittagsjournal 20.12.1976 [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/05CDCF9B-219-00086-00000658-05CD2FD2>> (16.05.2024). 30:00-34:34.

³⁷⁹ United Nations General Assembly, Thirty-first Session, Utilization of office accommodation and conference facilities at the Donaupark Centre in Vienna. A31/194 (22.12.1976), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/189110?ln=en&v=pdf>> (03.09.2024).

³⁸⁰ Lepold Esterle, Außenminister Pahr zur UNO-City. In: Mittagsjournal 20.07.1978 [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0774F3D3-100-00005-00000B50-07746152>> (27.09.2024) 30:31-30:43.

In einer zweiten Stufe sollte das Office of the United Nations Disaster Relief Coordinator (UNDRO) von Genf nach Wien übersiedeln. Dieser Vorschlag wurde aber schlussendlich nicht realisiert. Die UNDRO wurde 1971 in Genf gegründet und wurde 1994 aufgelöst und durch das United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) mit Hauptsitz in New York und einem Büro in Genf ersetzt.³⁸¹ Stattdessen übersiedelte die United Nations Commission on international Trade Law (UNCITRAL) aus New York nach Wien. Darüber hinaus sah der Plan, den Waldheim als Generalsekretär präsentierte, vor, dass die Narcotics Group 1979 von Genf nach Wien übersiedelte. Im Zuge der Vorstellung seines Plans ging Waldheim auch darauf ein, dass es Überlegungen gab, Organisationen, die sich thematisch mit demselben Aspekt befassten, an einem Ort anzusiedeln. In dieser Hinsicht wurde überlegt, die Conference of the Committee on Disarmament (CCD) dauerhaft nach Wien zu verlegen. Dies wurde damit argumentiert, dass die IAEA in Wien ihren Hauptsitz hat und bereits einige Abrüstungskonferenzen in Wien stattgefunden hatten.³⁸² Schlussendlich kam es aber nicht dazu. Die CCD blieb in Genf und hält heute ihre Konferenzen in New York und Genf ab.³⁸³ In Wien wurde 2012 ein Office for Disarmament Affairs eröffnet.³⁸⁴ Trotz der Vorstellung dieses Phasenplans von Waldheim intensivierte die österreichische Diplomatie 1978 ihre Besprechungsaktivitäten zur Auslastung des VIC weiter.

Am 25.09.1978 fand eine Besprechung zwischen Waldheim und dem österreichischen Außenminister Willibald Pahr statt.³⁸⁵ An dieser Besprechung nahmen außerdem Thomas Klestil, Anton Prohaska und Albert Rohan teil. Dabei wurde von Pahr betont, dass Österreich auf die zugesagten Übersiedelungen der internationalen Organisationen bestand. Pahr war offenbar besorgt, dass das CSDHA (Centre for Social Development and Humanitarian Affairs) und die UNCITRAL einer Übersiedelung nach Wien nicht positiv gegenüberstanden. Die Argumente dieser beider Organisationen werden noch näher beleuchtet werden. Interessant ist, dass Pahr vorschlug, den Hauptsitz des Centre for Natural Resource Studies (CNRS) nach Wien zu verlegen. Zudem verwies Pahr darauf, nachdem Waldheim erklärt hatte, dass die UNRWA ebenfalls nach Wien übersiedeln sollte, wodurch der noch freie Platz gefüllt wäre,

³⁸¹ United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, (UNOCHA), online unter <<https://www.ungeneva.org/en/about/organizations/unocha>> (29.09.2024).

³⁸² United Nations General Assembly, Thirty-first Session, Agenda Item 99(b), Nations Accommodation, (11.11.1976), 15.

³⁸³ United Nations Office for Disarmament Affairs, online unter <<https://meetings.unoda.org/meetings/past>> (09.10.2024).

³⁸⁴ United Nations Office for Disarmament Affairs, (09.10.2024).

³⁸⁵ Notes on a meeting held in the Secretary-General's Office on Monday, 25.09.1978, 10:00, Kurt Waldheim, Willibald Pahr, Thomas Klestil, Anton Prohaska, Albert Rohan. In: Donaupark Vienna International Centre, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001>> (15.05.2024).

dass dies zwar von der österreichischen Bundesregierung begrüßt wurde, dies aber nicht nur vorübergehend sein sollte, sondern als dauerhafte Etablierung angedacht werden müsste. Eine Antwort von Waldheim darauf ist nicht überliefert. Wie sich jedoch zeigen sollte, waren die österreichischen Bedenken nicht unbegründet, da die UNRWA 1997 wieder in den Gaza-streifen übersiedelte.³⁸⁶ Möglicherweise bestand von österreichischer Seite die Sorge, dass Organisationen wie die UNRWA bald wieder aufgelöst werden könnten.

Waldheim beruhigte die österreichischen Bedenken, indem er festhielt, dass die Verträge weiterhin galten und er keine Absicht hatte, daran etwas zu ändern. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass er nichts dagegen unternehmen konnte, wenn die Organisationen von sich aus gegen die Übersiedelung nach Wien protestierten. Die Anwerbungsversuche von Seiten der österreichischen Regierung für das CNRS wurden von Waldheim kritisch betrachtet, da das VIC durch die bereits zugesagten Übersiedelungen internationaler Organisationen nach Wien seiner Ansicht nach weitgehend ausgelastet war. Zudem wies Waldheim darauf hin, dass die Übersiedelung auf viel Widerstand in der Generalversammlung und bei den Mitarbeiter*innen stießen. Neben der Auslastung des VIC wurde in dieser Besprechung auch die Aufteilung der Reparaturkosten für das VIC thematisiert. Die österreichische Regierung schlug vor einen Reparaturfond einzurichten, wobei jede Organisation ein Drittel beisteuern sollte, um einen mögliche Reparaturbedarf abzudecken.³⁸⁷ Dieser Vorschlag wurde nach weiteren Verhandlungen tatsächlich umgesetzt.

Auffallend ist, dass vier Tage später, am 29.09.1978, eine Besprechung zwischen Kurt Waldheim, Hannes Androsch, damals österreichischer Vizekanzler und Finanzminister, und Thomas Klestil stattfand³⁸⁸ und diese nahezu denselben Inhalt hatte wie jene mit dem österreichischen Außenminister. Der einzige Unterschied ist, dass Waldheim in diesem Fall darauf hinwies, dass die österreichischen Diplomaten durch Lobbying dafür sorgen sollten, dass die Proteste gegen die Übersiedelung nach Wien abnahmen. Eine mögliche Erklärung, weshalb diese zwei Gespräche innerhalb weniger Tage stattfanden, wäre, dass die österreichische Bundesregierung dadurch betonen wollte, wie wichtig für sie die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen war.

³⁸⁶ History of the Vienna International Centre, online unter <https://www.unov.org/unov/en/vic_history.html> (29.09.2024).

³⁸⁷ Notes on a meeting held in the Secretary-General's Office on Monday, 25.09.1978, 138.

³⁸⁸ Notes on a meeting held on Friday, 29.09.1978, 12:55, Kurt Waldheim, Hannes Androsch, Thomas Klestil. In: Donaupark Vienna International Centre, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001>> (15.05.2024).

Als im Herbst 1978 bereits ein Eröffnungstermin für das VIC im August 1979 absehbar war, intensivierten beide Seiten die Vorbereitungen. Am 27.10.1978 fand die erste Besprechung der dafür zuständigen Arbeitsgruppe 1 statt. Dabei wurde festgelegt, dass die Teilnehmenden des Weltjugendfestivals, welches zu der Zeit in Wien stattfand, die Zeremonie begleiten sollten.³⁸⁹

Neben der Frage zum Ablauf der Eröffnungszeremonie gab es offensichtlich zu diesem Zeitpunkt noch Diskussionen über die offizielle Bezeichnung des Gebäudekomplexes, welcher die IAEA, die UNIDO und weitere UN-Organisationen beinhaltete. Sigvard Eklund, der damalige Generalsekretär der IAEA, schlug in einem Brief an Willibald Pahr am 09.10.1978 vor, das Gebäude *Vienna International Center for the United Nations and the International Atomic Energy Agency* zu nennen. Auffallend ist, dass die IAEA extra genannt werden wollte. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass es sich bei der IAEA um eine eigenständige Organisation innerhalb der Vereinten Nationen handelte.³⁹⁰ Während bereits die ersten Vorbereitungen für die Eröffnung begannen, regte sich weiterer Widerstand bei einzelnen UN-Organisationen.

Die Proteste von UNCITAL gegen die Übersiedelung nach Wien führten dazu, dass Waldheim sich in der Generalversammlung am 18.10.1978 dazu veranlasst sah, erneut zu betonen, dass die Auslastung der UNO-City gewährleistet sein werde.³⁹¹ Neben UNCITAL protestierten auch die Mitarbeiter*innen der CSDHA gegen die Übersiedelung nach Wien. Ein besonderer Kritikpunkt dieser Organisation war, dass sie sich in der unmittelbaren Vorbereitung für die internationale Frauenkonferenz 1980 in Kopenhagen befanden und diese Aktivitäten durch die Übersiedelung nach Wien negativ beeinflusst werden würde. Helvi Sinila, als Vertreterin der CSDHA, verfasste am 17.11.1978 einen Brief an Kurt Waldheim, in welchem sie darauf hinwies, dass der ursprüngliche Zeitplan der Übersiedelung anders gelautet hatte, nämlich mit einer Eröffnung des VIC in der zweiten Jahreshälfte 1978 und nicht erst im Juli 1979, und bei der Entscheidung zur Übersiedlung von Anfang an festgehalten worden war, dass die

³⁸⁹ Inauguration des IAWK. Sitzung der Arbeitsgruppe 1 am 27. Oktober 1978. In: Donaupark-Vienna International Center, online unter < <https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001> > (24.05.2024).

³⁹⁰ United Nations. Archives and Records Management Section, Sigvard Eklund to Willibald Pahr 9. Oktober 1978. Item S-0990-0008-08-00001- Donaupark-Vienna International Centre, New York, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001>> (15.05.2024) 132.

³⁹¹ Rudolf Stoiber, Stand der österreichischen Bemühungen bei UNO zur optimalen Nutzung der UNO-City und Reaktion von UNO-Generalsekretär Waldheim. In: Morgenjournal (19.10.1978) [Radiosendung ORF], online unter < <https://www.mediathek.at/atom/082DAD7C-2C2-000F6-00000DB4-082CF354> > 19:47-23:47 (06.05.2024).

Arbeit der Organisationen durch diesen Prozess nicht eingeschränkt werden durfte.³⁹² Zudem wies sie darauf hin, dass die Übersiedelung der Organisation nach Wien gemeinsam mit den notwendigen administrativen Einheiten erfolgen sollte, um die Arbeitsprozesse der Organisation durch die Übersiedelung nicht zu behindern.³⁹³ Abschließend hielt Helvi in ihrem Brief fest, dass Waldheim nicht verpflichtet war, die erste Phase seines Stufenplans auch tatsächlich umzusetzen, daher appellierte sie an Waldheim die Übersiedelung der CSDHA zu überdenken. Waldheim ging schlussendlich auf diese Einwände ein und verschob die Übersiedelung der CSDHA und der damit verbundenen Verwaltungseinheiten auf den September 1979.³⁹⁴

Nachdem eine Einigung hinsichtlich der Übersiedelung der Organisationen nach Wien getroffen worden war, befasste sich die Generalversammlung am 22.11.1978 mit den konkreten Verträgen. Es wurde beschlossen, dass es drei Abkommen geben sollte: Eines zwischen Österreich und der IAEA, welches sich explizit auf jene Bereiche beschränkte, welche der IAEA gehörten, ein weiteres zwischen Österreich und den Vereinten Nationen für jene Bereiche, die den Vereinten Nationen unterstellt seien würden, und eines zwischen allen drei Parteien.³⁹⁵ Im Zusammenhang mit der Nutzung des Turms A2 des VIC wurde eine Übernahme des Turms durch die Vereinten Nationen für die Unterbringung von Einheiten des Sekretariats festgeschrieben. In derselben Generalversammlung wurde zudem beschlossen, dass die Kosten der Übersiedelung der internationalen Organisationen in das VIC, von der Generalversammlung mit 9,196,900 Mio. Dollar beziffert, bewilligt wurden.³⁹⁶ Zudem wurde festgelegt, dass für weitere über die bereits eingebaute Grundausstattung hinausgehende Einrichtungen die jeweiligen Organisationen aufkommen mussten. Ausgenommen waren die allgemeinen Bereiche, für deren Kosten für neue Anschaffungen alle anwesenden Organisationen in

³⁹² Helvi *Sipilä* an Kurt Waldheim, Proposed reaction of CSDHA to Vienna, (17.11.1978). In: Donauparkzentrum Wien, online unter < <https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001> > (08.10.2024) 76-79.

³⁹³ *Sipilä* an Kurt Waldheim, Proposed reaction of CSDHA to Vienna, (17.11.1978), 190.

³⁹⁴ United Nations General Assembly, Thirty-fourth Session, Proposed Programme Budget for the Biennium 1980-1981. Accommodation at the Vienna International Centre. Report of the Secretary-General, A/C.5/34/38 (23.11.1979), online unter < <https://digitallibrary.un.org/record/9344?ln=en&v=pdf> > (28.07.2024).

³⁹⁵ United Nations General Assembly, Thirty-third Session, Agenda Item 102 (a), United Nations Accommodation, Accommodation at the Donaupark Centre in Vienna. Revised estimates under sections 5c, 12, 14, 20, 22, 23, 25, 26 and Income sections 1,2 and 3. Report of the Secretary General, A/C.5/33/39 (22.11.1978), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/668812?ln=en&v=pdf> > (28.09.2024) 14.

³⁹⁶ United Nations General Assembly, Thirty-third Session, Agenda Item 102 (a), (22.11.1978),14.

gleichem Maße aufkommen sollten. Der österreichische Staat beteiligte sich nicht an den Kosten.³⁹⁷

In der Resolution der Generalversammlung vom 21.12.1978 wurden diese bereits getroffenen Vereinbarung von der Generalversammlung erneut bestätigt. Zudem wurde die Wertschätzung zum Ausdruck gebracht, dass die österreichische Bundesregierung der UNO das VIC ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung stellen werde. Diese Resolution kann als Schlusspunkt der Diskussion zur Auslastung des VIC betrachtet werden.³⁹⁸

Die endgültige Entscheidung zur Kostenaufteilung fiel erst nach der Eröffnung des VIC am 20.11.1979. Dies geht aus einem Brief von Willibald Pahr an Kurt Waldheim hervor, in dem berichtet wurde, dass seit dem 1. September 1979 das Gebäude und das Grundstück an die Vereinten Nationen übergeben waren. Die konkreten Regularien wurden in den zwei Abkommen vom 28.09.1979 zwischen Österreich und der UNIDO und zwischen Österreich und der IAEA geklärt. Darin wurde neben den im vorigen Absatz genannten Aufteilungen festgehalten, dass bei größeren Umbauten die österreichische Bundesregierung zu informieren und zu fragen war. Bei Reparaturen, welche durch fehlerhaftes Material oder unvorhergesehene Ereignisse erforderlich waren, wurden bis zum 01.01.1981 die Kosten von der österreichischen Bundesregierung übernommen. Dies galt auch für in diesem Zeitraum erforderliche größere Umbauarbeiten.³⁹⁹

Die finale Aufteilung des Gebäudes für die internationalen Organisationen sah 1978 folgendermaßen aus. Der Turm A1 mit 21 Stockwerken und der Turm A2 mit acht Stockwerken waren für die Unterbringung der IAEA vorgesehen. Da die IAEA aber nicht den kompletten Turm ausfüllte, wurde dieser an die Vereinten Nationen zur Nutzung übergeben, wobei die IAEA die Rechte an diesem Turm für eine eigene Auslastung in der Zukunft behielt. Die Türme U1 mit 17 Stockwerken und U2 mit 12 Stockwerken gehörten der UNIDO. Dazu gab es noch zwei gemeinsame Gebäude (C und M) für beide internationale Organisationen, in denen auch Konferenzräume eingerichtet waren. Das noch nicht gebaute, aber bereits beschlossene Konferenzzentrum (Austria Center Vienna) mit seinen bis zu 4700 Plätzen wurde

³⁹⁷ Memorandum of Understanding, United Nations/The United Nations Industrial Development and the International Atomic Energy Agency, (17.03.1977), online unter < <https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001> > (30.05.2024) 175.

³⁹⁸ United Nations General Assembly, Thirty-third Session, Accommodation at the Vienna International Centre, 33/181 (21.12.1978), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/187800?ln=en&v=pdf>> (30.05.2024).

³⁹⁹ Willibald Pahr to His Excellency Kurt Waldheim No.711.7/49-I.6/79 (Wien 20.11.1979), online unter <<https://search.archives.un.org/s-0910-0011-03-00002>> (05.10.2024) 53–57.

in die Planung aufgenommen.⁴⁰⁰ Im Dokument A/C.5/31/34 der UN-Generalversammlung findet sich eine tabellarische Darstellung des Plans für die Erreichung der vollständigen Auslastung des VIC im Zeitraum von 1978 bis 1983. Darin sind auch Verschiebungen von Personal aus den Standorten New York und Genf enthalten. Die Tabelle wurde hier reproduziert.

Tabelle/Auslastung des VIC

Jahr	Personalstand VIC	Angenommene Wachstumsrate von 3%	Übersiedlung aus New York	Übersiedlung aus Genf	Zusätzliches Service- Personal
1978	2730	82	50	50	110
1979	3022	91	50	50	110
1980	3323	100	50	50	110
1981	3633	109	50	50	110
1982	3952	119	50	50	110
1983	4281	--	--	--	--

Die Kapazität des VIC wurde auf 4500-4700 Personen beziffert, womit auch für ein weiteres Wachstum nach 1983 noch Raumressourcen vorhanden waren. Somit war vorgesehen, dass inklusive der Übersiedelung von UN-Einheiten von Genf und Wien 4281 Mitarbeiter*innen im Jahr 1983 am Standort Wien sein werden und damit eine weitgehende Auslastung sichergestellt war. Wenn der Zuzug von Mitarbeiter*innen internationaler Organisationen bis 1984 fortgesetzt werden würde, so die damalige Kalkulation, käme es zu einer praktisch vollständigen Auslastung des VIC mit 4619 Mitarbeiter*innen.⁴⁰¹

Im internationalen Vergleich handelt es sich bei Wien hinsichtlich der Anzahl der UNO-Mitarbeiter*innen im engeren Sinne (ohne IAEA und UNIDO) um einen kleinen Standort. In New York arbeiten 6501 Mitarbeiter*innen, die dem UN-Sekretariat zuzuordnen sind, in Genf 3895, in Nairobi 1961 und in Wien 1336.⁴⁰² In New York sind die großen UN-

⁴⁰⁰ United Nations General Assembly, Thirty-third Session, Agenda Item 102 (a), (22.11.1978) 13.

⁴⁰¹ United Nations General Assembly, Thirty-first Session, Agenda Item 99(b), Nations Accommodation, (11.11.1976) 19.

⁴⁰² Einar H. Dyvik, Number of United Nations secretariat employees in 2022, by office location (07.10.2024), online unter <<https://www.statista.com/statistics/1317609/united-nations-locations-secretariat-staff-by-office/>> (04.07.2024).

Organisationen UNICEF und das United Nations Development Programme (UNDP), ebenso wie der United Nations Population Fund (UNFPA) beheimatet⁴⁰³, in Genf der UNHCR und die World Health Organisation (WHO)⁴⁰⁴ und in Nairobi das United Nations Environmental Programme (UNEP) und das United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat).⁴⁰⁵ Auch wenn diese Organisationen nur einen Teil ihres Personals an den jeweiligen Hauptquartieren stationiert haben,⁴⁰⁶ stellt sich Wien als eher kleiner UNO-Standort dar.

Auch Österreichs Bemühungen um die Austragung großer internationaler Konferenzen zeigten Erfolg. Zeitgleich mit der Eröffnung des VIC fand in Wien die Konferenz für Wissenschaft und Technologie für Entwicklung statt. Der Beginn der Verhandlungen für die Durchführung dieser Konferenz lässt sich auf das Jahr 1976 datieren⁴⁰⁷, die offizielle Bewerbung wurde am 06.10.1976 von Botschafter Peter Jankowitsch an Kurt Waldheim weitergeleitet.⁴⁰⁸

Auch in dieser Bewerbung erkennt man das Argumentationsmuster der österreichischen Regierung für die Anwerbung von internationalen Organisationen, es wurde nämlich darin hervorgehoben, welche internationalen Organisationen bereits in Wien ihren Hauptsitz hatten. Dies wurde als Argument genutzt, um zu erklären, dass die Stadt daher für die Austragung der Konferenz sehr gut geeignet sei. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass Wien die notwendige Infrastruktur bot und als Industrieland mit guten Kontakten zu Entwicklungsländern ein geeigneter Austragungsort für diese Konferenz war.⁴⁰⁹ Am 29. 01.1979 wurde in der Resolution 33/192 beschlossen, dass Wien Austragungsort der Konferenz sein werde.⁴¹⁰ Anlässlich dieses Beschlusses verfasste Waldheim einen Brief an den damaligen Außenminister

⁴⁰³ UN-System, online unter < <https://www.un.org/en/about-us/un-system> > (20.10.2024).

⁴⁰⁴ The UN in Geneva, online unter < <https://www.ungeneva.org/en/about/organizations> > (20.10.2024).

⁴⁰⁵ UN Agencies in Nairobi, online unter < <https://www.unon.org/content/other-un-agencies-nairobi> > (20.10.2024).

⁴⁰⁶ UNHCR, Wo wir tätig sind, online unter < <https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/wo-wir-taetig-sind> > (28.09.2024).

⁴⁰⁷ Brief von Hellmuth Strasser an H.E. Mr Kurt Waldheim, (New York 15.07.1976). In: Austria-Kurt Waldheim Political-Country Files Austria, online unter < <https://search.archives.un.org/s-0904-0066-0003-00001> > (22.05.2024) 8.

⁴⁰⁸ United Nations General Assembly, Thirty-first Session, Report of the Economic and Social Council, Letter dated 01.10.1976 from the Permanent Representative of Austria to the United Nations addressed to the Secretary General, A/C.2/31/3 (06.10.1976), online unter < <https://digitallibrary.un.org/record/664921?ln=en&v=pdf> > (22.05.2024).

⁴⁰⁹ United Nations General Assembly, Thirty-first Session, Report of the Economic and Social Council.

⁴¹⁰ United Nations General Assembly, Thirty-third Session, United Nations Conference of Science and Technology for Development, 33/192 (29.01.1979), online unter < <https://digitallibrary.un.org/record/1748?ln=en&v=pdf> > (06.10.2024).

Willibald Pahr, in welchem der damalige Bundespräsident Rudolf Kirchschläger und Mitglieder der Bundesregierung eingeladen wurden, der Eröffnung beizuwohnen.⁴¹¹

Der Bau des VIC und die damit verbundene Schaffung eines neuen UN-Sitzes wurde auch in der internationalen Presse thematisiert. Als Beispiel sei hier ein Artikel der New York Times vom 14.02.1975 erwähnt, der die Außensicht auf die österreichische Strategie gut darstellt. Hier findet sich wieder das zentrale Argument der Neutralitätssicherung durch eine starke Einbindung Österreichs in die internationale Gemeinschaft. Der Umstand, dass mit Waldheim ein Österreicher Generalsekretär der UNO war, wurde als Vorteil für die österreichischen Bemühungen, Teile der UN nach Wien zu übersiedeln, angesehen. Unter Verweis auf die Größe der im Bau befindlichen Anlage wird über Ambitionen Österreichs spekuliert, sogar die Hauptversammlung der Vereinten Nationen von New York nach Wien zu lotsen. Derartige Überlegungen kamen auf, da manche Nationen die UNO etwas aus dem Einfluss der USA herausnehmen wollten. Kreisky hätte, so der Bericht weiter, diese Überlegungen rasch zurückgewiesen, wobei er gleichzeitig die Bedeutung der USA für die Arbeit der Vereinten Nationen unterstrich.⁴¹²

⁴¹¹ Kurt *Waldheim* to Willibald Pahr, (30.01.1979) Austria, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0904-0078-0003-00001>> (24.09.2024) 83.

⁴¹² Peter T. *Kilborn*, Vast U.N. Complex Rises on Banks of Blue Danube. In: The New York Times, (14. Februar 1975), online unter <<https://www.nytimes.com/1975/02/14/archives/vast-un-complex-rises-on-banks-of-blue-danube.html>> (19.10.2024).

5. Zusammenfassung und Ausblick

Nachdem in den vorherigen Kapiteln der Verlauf der innenpolitischen Debatte und die Entscheidungen, welche zum Bau des VIC geführt haben, erläutert wurden, befasst sich dieses abschließende Kapitel der Arbeit mit der Eröffnung des VIC am 23.08.1979 und beinhaltet außerdem eine Zusammenfassung.

Im Februar 1979 waren die Übersiedlung der Organisationen in das neue Gebäude und dessen Eröffnung schließlich absehbar. Am 14.02.1979 besuchte Kreisky gemeinsam mit der damaligen Gesundheitsministerin Ingrid Leodolter die Baustelle des VIC. In einem Interview äußerte er sich auch zu den vorhandenen Widerständen einzelner internationaler Organisationen gegen eine Übersiedlung nach Wien. Kreisky erklärte, dass „dies das alte Problem der Diplomaten sei. Es gebe für diese Leute nichts Grauslicheres“, meinte Kreisky unter Anspielung auf seine eigene Karriere als Diplomat, „als zu übersiedeln. Aber das werde sich schon einspielen.“⁴¹³ Kreisky wiederholte in weiterer Folge jene Aspekte, welche die innenpolitische Debatte im vergangenen Jahrzehnt gekennzeichnet hatten. Auf die Größe des Gebäudes angesprochen erklärte Kreisky, „dass gewisse überschüssige Kapazitäten eingeplant werden müssten, damit das Gebäude nicht bereits zu Beginn komplett ausgelastet sei.“⁴¹⁴

5.1 Eröffnung des VIC

Zum Zeitpunkt der Eröffnung verfügte das VIC über 4600 Büroräume und einer Auslastungszahl von rund 3000 Personen. Das VIC wurde von der IAKW-AG gebaut, das bis heute die Anlage verwaltet. Aus diesem Grund übergab im Zuge der Eröffnungszeremonie zunächst ein Vertreter der IAKW-AG das Gebäude an die Republik Österreich. Der Bundeskanzler übergab es um 10:30 an Kurt Waldheim als UN-Generalsekretär, wodurch der Bereich zu einem extraterritorialen Gebiet wurde.⁴¹⁵ Ein Grund, warum hierbei die ursprüngliche Planung, die eine Übergabe des VIC durch den Bundespräsidenten vorgesehen hatte⁴¹⁶, geändert wurde, um Kreisky diese symbolstarke Aufgabe zu übertragen, ließ sich nicht finden.

⁴¹³ Markus *Sommersacher*, Kreisky besucht UNO-City. In: Mittagsjournal (14.02.1979) [Radiosendung ORF], online unter < <https://www.mediathek.at/atom/0AF71222-035-0014A-000009E0-0AF63CE9> > (05.10.2024) 38:37. -38:52.

⁴¹⁴ *Sommersacher*, Kreisky besucht UNO-City, 33:54-39:01, (27.09.2024).

⁴¹⁵ ORF-Fernseharchiv, Eröffnung des internationalen Zentrums Wien. Übertragung aus der UNO (Aktueller Dienst, Sendungsarchiv Ö1), 21.08.1979

⁴¹⁶ Inauguration des IAWK. Sitzung der Arbeitsgruppe 1 am 27. Oktober 1978.

Neben Bruno Kreisky standen Hannes Androsch in seiner Funktion als Finanzminister und Vizekanzler, Leopold Gratz als Bürgermeister von Wien, Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, sowie Vertreter der internationalen Organisationen, allen voran der UN-Generalsekretär Kurt Waldheim auf der Rednerliste. Kreisky betonte in seiner kurzen Rede die Ansiedelung der UNO in Wien als Erfolg der österreichischen Neutralitätspolitik und stellte dabei einen Zusammenhang mit der 1980 anstehenden 25-Jahr-Feier des Inkrafttretens des österreichischen Staatsvertrages her.⁴¹⁷ Zudem erwähnte Kreisky, dass das VIC ein Symbol für die Entspannung in Europa darstellen sollte.⁴¹⁸ Abschließend erklärte er, auch in Hinblick auf die anwesenden Vertreter*innen der Jugend: „Und so möge dieses Haus ein Symbol für die Entspannung in Europa, für den Frieden in der Welt und für die Zukunft, für die sichere Zukunft von euch Jungen sein. In diesem Geiste übergebe ich den internationalen Organisationen dieses große Haus.“⁴¹⁹

Im Gegensatz zu Kreiskys stark außenpolitisch orientierter Rede wandte sich Vizekanzler Hannes Androsch der innenpolitischen Debatte der vorangegangenen Jahre zu. Dabei fokussierte er zunächst auf die finanziellen Aspekte des Baus und erklärte, dass die Kosten für das VIC schlussendlich 3 Mio Schilling unter den zwischenzeitlich erwarteten Kosten lag.⁴²⁰ Androsch erinnerte auch an die Diskussion rund um die Vergabe des Auftrags an Staber und verwies darauf, dass in Wien architektonische Projekte häufig mit beißendem Spott und Kritik versehen worden waren, so etwa auch die Staatsoper und der Stephansdom.⁴²¹

Der Wiener Bürgermeister Leopold Gratz betonte, dass Wien eine Stadt der Begegnung sei. Er erläuterte zudem, dass bedeutende internationale Konferenzen bereits zuvor in Wien abgehalten worden waren und dies dadurch, dass Wien nun den dritte UN-Sitz beheimatete, verstärkt auch in Zukunft der Fall sein werde. Rudolf Kirchschläger unterstrich in seiner Rede, dass Österreich seit seiner Aufnahme in die Vereinten Nationen viel dazu beigetragen hatte, die Welt gerechter und friedlicher zu machen. Kirchschläger beendete seine Rede mit dem Verweis, dass das VIC Wahrzeichen und Mahnung zugleich dafür war, die Außenpolitik, die

⁴¹⁷ ORF-Fernseharchiv, Zeit im Bild (23.08.1979), Reden von Bundeskanzler Bruno Kreisky und UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim zur feierlichen Eröffnung der UNO-City in Wien 00:00-00:01:42.11.

⁴¹⁸ UNO-City. Symbol des Friedens und der sicheren Zukunft der Jugend. Feierliche Übergabe-Blaue UNO-Fahne weht über dem neuen Wahrzeichen Wiens. In: Arbeiterzeitung (23.08.1979).

⁴¹⁹ Signation: O-Ton Kreisky-Übergabe UNO-City an UNO. In: Mittagsjournal 23.08.1979, [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0B0C051A-216-00070-00000554-0B0B46DB>> (14.10.2024) 00:01-00:42.

⁴²⁰ Johannes Fischer, Edgar Strebenz, Zusammenfassung der UNO-City Eröffnung. In: Mittagsjournal (23.08.1979) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0B0C051A-216-00070-00000554-0B0B46DB>> (15.10.2024) 14:52-31:52.

⁴²¹ ORF-Fernseharchiv, Eröffnung der UNO-City (Gestaltung: Robert Hohner) (23.08.1979) Wien (FDI).

von Österreich seit 1945 betrieben wurde, weiter zu verfolgen.⁴²² Aufgrund der besonderen Rolle der IAEA als eigenständige Organisation innerhalb der Vereinten Nationen wurde das VIC sowohl an Kurt Waldheim als UN-Generalsekretär übergeben als auch an Sigvard Eklund als Exekutivsekretär der IAEA.⁴²³

Abschließend setzte Kurt Waldheim den Bau des VIC in einen gesamtösterreichischen Kontext: „Es ist heute jedoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine allererste Aufgabe der österreichischen Bundesregierung, der Stadt Wien und vor allem auch dem österreichischen Volk den Dank und die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft für die gewaltige Leistung auszusprechen, die zur Errichtung dieses internationalen Zentrums geführt hat. Sie werden mir jedoch sicher zustimmen, wenn ich aus diesem Anlass einige besondere Dankesworte an das österreichische Volk richte. [...] Österreich hat damit in anschaulicher Weise seinen Glauben an die internationale Zusammenarbeit und sein Vertrauen in die Zukunft der Vereinten Nationen und deren Rolle für die Gestaltung einer besseren Welt deutlich unter Beweis gestellt.“⁴²⁴

Im Anschluss an die Eröffnung und Übergabe des VIC an die Vereinten Nationen gaben Bruno Kreisky und Kurt Waldheim einen Empfang im Schloss Schönbrunn. Während dieses Events wurde Kreisky interviewt und gefragt, wie er zu dem nun eröffneten und an die Vereinten Nationen übergebenen VIC stand. Er betonte, dass das VIC ein weithin sichtbares Zeichen war, dass Wien wieder ein Ort der Begegnung für die internationale Politik wurde. Wie schon vielen Gelegenheiten zuvor verwies Kreisky darauf, dass die Mitgliedschaft Österreichs bei den Vereinten Nationen und der Bau des VIC die außenpolitische Sicherheit des Landes erhöhte. Auf die Frage nach der Debatte um das VIC antwortete Kreisky, dass die österreichische Bevölkerung das Projekt positiv betrachtete, da sich dies aus den Wahlergebnissen ableiten ließ. Besonders die von ihm aufgestellte Verbindung zwischen VIC und Wahlerfolg ist auffallend⁴²⁵, da es in den Wahlkämpfen kaum von Bedeutung war (vgl. Kapitel 4.4).

Im Zuge des Empfangs in Schönbrunn wurde auch Alois Mock als damaliger Vorsitzender der ÖVP interviewt. Dieser betonte, dass das nun übergebene VIC eine späte Anerkennung für die Regierung Klaus sei, welche das Projekt begonnen hatte. Zudem ging er darauf ein, dass durch die Tatsache, dass Wien nun dritter UN-Sitz wurde, die Politik der immerwährenden

⁴²² Fischer, Strebenz, Zusammenfassung der UNO-City Eröffnung 21:48-24:10.

⁴²³ ORF-Fernseharchiv, Eröffnung des internationalen Zentrums Wien, 21.08.1979.

⁴²⁴ Fischer, Strebenz (Hg.), Zusammenfassung der UNO-City Eröffnung, 26:04-27:06.

⁴²⁵ ORF-Fernseharchiv, Zeit im Bild 2, (23.08.1979).

Neutralität gestärkt worden wäre und dies in diesem Zusammenhang auch als Abschluss des Weges betrachtet werden kann, welcher 1967 begonnen wurde.

Der Moderator sprach ihn auch darauf an, dass die ÖVP das Projekt teilweise stark kritisiert hatte. Mock meinte dazu, dass die ÖVP nicht das Projekt kritisierte, sondern sich kritisch zur finanziellen Verwaltung des Projekts geäußert hatte. Seiner Ansicht nach hatte diese Kritik Erfolg gehabt, da es dadurch zu einer Reorganisation des Projekts und zu Einsparungen gekommen war. Mock hob hervor, dass das VIC ein Projekt aller Österreicher sei, da es mit deren Steuergeld finanziert wurde.⁴²⁶

Bei einer Analyse der Presseberichte vom 23.08.1979 lässt sich feststellen, dass in den parteinahen Zeitungen der eigentlich schon beigelegte Streit zwischen ÖVP und SPÖ erneut thematisiert wurde. In der *Arbeiterzeitung* berichtete Friedrich Katscher, dass die ÖVP, obwohl sie das Projekt immer wieder kritisiert hatte, sich darüber freuen sollte, dass die Fertigstellung des Projekts durch die SPÖ-Regierung viele Arbeitsplätze geschaffen und außerdem dazu beigetragen hatte, die internationale Position Österreichs stark zu verbessern.⁴²⁷

Im *Neuen Volksblatt*, der Parteizeitung der ÖVP, war Peter Klar⁴²⁸ sehr bemüht zu betonen, dass die ÖVP den Aspekt der Sicherheit und internationalen Sichtbarkeit durch das VIC ebenfalls erkannt hatte. Gleichzeitig kritisierte er, dass „Kreiskys Auslegung einer aktiven Außenpolitik als Verteidigungspolitik maßlos übertriebene Akzente setzt.“⁴²⁹ Erneut wird nicht der Bau an sich kritisiert, sondern die Umsetzung durch die SPÖ.

Neben den parteinahen Organen berichteten auch andere Medien darüber, wobei der innenpolitische Zwist nur eine Nebenrolle erhielt. Beispielsweise schrieb Peter Vujica⁴³⁰ in der *Grazer Kleinen Zeitung* darüber, dass Androsch bei einer Pressekonferenz vor ausländischen Journalisten darauf verwiesen hatte, dass die Anfänge des VIC auf die ÖVP-Alleinregierung zurückgingen, ohne jedoch die Partei namentlich zu erwähnen. Mehr interessierte die Medien der Zustand des Gebäudes und der Infrastruktur.⁴³¹ Für den Gebäudekomplex selbst hatte Vujica nur die wenig schmeichelhafte Bezeichnung „Monsterding“ übrig.⁴³²

⁴²⁶ ORF-Fernseharchiv, Zeit im Bild (23.08.1979).

⁴²⁷ Friedrich Katscher, Welt in Bewegung. UNO-Stadt-Weltstadt. In: *Arbeiterzeitung* (23.08.1979). 8.

⁴²⁸ Peter Klar, UNO-City. In: *Neues Volksblatt* (23.08.1979) 3.

⁴²⁹ Klar, UNO-City, (23.08.1979), 3.

⁴³⁰ Peter Vujica, Die Wiener UNO-City wird heute festlich eröffnet. Eine rote Blume für die ÖVP. In: *Grazer Kleine Zeitung* (23.08.1979) 2.

⁴³¹ Yvon, Eine City an der Straßenbahn, 4.

⁴³² Vujica, Die Wiener UNO-City wird heute festlich eröffnet, 2.

Paul Yvon⁴³³ kritisierte in einem am Tag der Eröffnung des VIC am 23. 08.1979 in der *Presse* erschienenen Artikel, dass Wien sich nicht ausreichend um die Lösung der infrastrukturellen Mängel in der Umgebung des VIC im Vorfeld der Eröffnung gekümmert hätte, beispielsweise die Verkehrsanbindung oder die Ansiedlung von Geschäften und Dienstleistern in der näheren Umgebung. Der Autor kommt zu dem Fazit, dass die UNO-City nicht nur im rechtlichen Sinne exterritorial sei, „[d]enn man übersetzt den Begriff hierzulande mit ‚das geht uns nichts an‘.“⁴³⁴

In den *Oberösterreichischen Nachrichten* verwies Josef Laschoba auf die politische Bedeutung des VIC und kritisierte die Haltung der ÖVP. Er hielt fest, dass die Kritik kleinkariert sei und der Opposition nicht zu Ehren reichen würde. Peter Rabel hielt in den *Salzburger Nachrichten* fest, dass die Reaktion auf die Eröffnung der UNO-City ein Psychogramm der österreichischen Gesellschaft darstellte. Im Hinblick auf eine erfolgreiche Zukunft des VIC forderte Rabel eine intensive Zusammenarbeit zwischen Österreich und den Vereinten Nationen. Robert Steiniger ging, ebenfalls in den *Salzburger Nachrichten*, darauf ein, dass das VIC für die österreichische Außenpolitik eine relevante Bedeutung hatte und man nicht nur auf die wirtschaftliche Rentabilität des VIC achten durfte.⁴³⁵

Objektiv betrachtet zeigte sich der wirtschaftliche und politische Erfolg des VIC darin, dass im UN-Konferenzkalender für 1980/81 Wien bei einigen Konferenzen den Vorzug gegenüber Genf und New York bekam.⁴³⁶ Im Jahr 1979 fanden in Wien beispielsweise die *SALT II Gespräche* statt, ebenso wie die *zweite UNIDO-Statuten Konferenz*. Darüber hinaus fand vom 20. bis zum 31. August die *Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung* statt. Da das VIC zu dem Zeitpunkt noch nicht eröffnet war, fand diese Konferenz in der Stadthalle und der Hofburg statt.⁴³⁷

Auch im kulturellen Bereich zeigte die Eröffnung des VIC ihre Wirkung. So fand am 01.09.1979 eine Gala in der Wiener Staatsoper statt. Das eingenommen Geld wurde an

⁴³³ Yvon, Eine City an der Straßenbahn, 4.

⁴³⁴ Yvon, Eine City an der Straßenbahn, 1.

⁴³⁵ Herbert Dobrovoly, Inlandspresseschau: UNO-City. In: Mittagsjournal (24.08.1979) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0B0C10EB-176-00077-00000554-0B0B46DB>> (27.09.2024) 21:25-24:40.

⁴³⁶ Österreich: Ort der Begegnungen, 183.

⁴³⁷ Österreich: Ort der Begegnungen, 185.

UNICEF gespendet.⁴³⁸ Darüber hinaus etablierte sich ein englischsprachiges Radioprogramm, das sogenannte Blue Danube Radio.⁴³⁹

Im Bericht des Generalsekretärs Kurt Waldheim in der Generalversammlung vom 23.11.1979 wurde festgehalten, dass am 31. Oktober 3241 Mitarbeiter*innen der Vereinten Nationen in das VIC übersiedelt waren. Dennoch hielt Waldheim fest, dass in Hinblick auf das voraussichtliche Wachstum der internationalen Organisationen das VIC weitgehend ausgelastet sein werde.⁴⁴⁰

5.2 Zusammenfassung

Der Bau des VIC beschäftigte ab den 1960er Jahren die österreichische Außenpolitik, ab den 1970er Jahren auch die Innenpolitik. Das grundlegende Motiv der österreichischen Bundesregierungen war es, durch die Ansiedlung internationaler Organisation, vorrangig der Vereinten Nationen, die Sicherheit des neutralen Österreich und die Wahrnehmung des Landes auf der internationalen Ebene zu stärken. Zusätzlich kamen vor allem ab der Bauentscheidung wirtschaftliche Motive hinzu. Insbesondere während der Alleinregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky wurde das VIC ein Aushängeschild der Arbeitsmarktpolitik.

1967 legte die ÖVP mit der Ansiedelung der UNIDO in Wien, als zweiter internationaler Organisation nach der IAEA, den Grundstein für das Projekt VIC. Es zeigt sich, dass in dieser Phase die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ eine gemeinsame und kontinuierliche Linie verfolgten, die sich insbesondere in der Außenpolitik zeigte. Die demonstrierte Gemeinsamkeit kann auch als wesentlicher Faktor für den Erfolg gegenüber den Vereinten Nationen angesehen werden, da sich die diplomatischen Bemühungen und Strategien auch durch den Regierungswechsel 1970 nicht änderten. Diese außenpolitische Linie trug wesentlich die Handschrift von Bruno Kreisky, zunächst in seiner Funktion als Außenminister und später als Bundeskanzler. Bemerkenswert bleibt, dass dieser Erfolg aus der Zusammenarbeit einer SPÖ-Regierung und eines ÖVP-nahen Generalsekretärs der UNO hervorging.

Die außenpolitische Erfolgsgeschichte wurde ab dem Regierungswechsel 1970 und der damit verbundenen Übergabe der Projektverantwortung von einer innenpolitischen Kontroverse

⁴³⁸ Wiener Staatsoper Gala anlässlich der Eröffnung der UNO-City Wien (01.09.1979). In: Österreichische Nationalbibliothek, online unter < <https://digital.onb.ac.at/rep/osd/?11610FC2> > (03.05.2024).

⁴³⁹ Österreich: Ort der Begegnungen, 182.

⁴⁴⁰ United Nations General Assembly, Thirty-fourth Session, Fifth Committee, Agenda Item 98 (05.12.1979), 25.

begleitet. Dies war zu großen Teilen dem Umstand geschuldet, dass die SPÖ nun allein regierte und die ÖVP sich in der Oppositionsrolle wiederfand. Die Kontroverse entwickelte sich rund um drei zentrale Themen, nämlich dem Ausgang des Architekturwettbewerbs, der Kostenfrage und der Frage der Auslastung des VIC. In der Debatte zum Architekturwettbewerb störte sich die ÖVP an der aus ihrer Sicht eigenmächtigen Bevorzugung des österreichischen Architekten Johann Staber durch Bundeskanzler Kreisky. Die Gegenargumentation der SPÖ galt vor allem den unklaren Ausschreibungsbedingungen, die damals noch in der Verantwortung der ÖVP gelegen waren. Zwei Untersuchungsausschüsse und eine Untersuchung des Rechnungshofs brachten keine klaren Antworten hinsichtlich der politischen Verantwortung, die schlussendlich bei beiden Parteien zu sehen war.

Hätte der Jury-Sieger des Architekturwettbewerbs den Auftrag tatsächlich bekommen, wäre das Projekt von Anfang deutlich teurer veranschlagt gewesen. Dem ungeachtet sind ab Baubeginn die hohen Kosten das zentrale Thema der ÖVP-Kritik. Damit verschiebt sich die Debatte in die Wirtschaftspolitik, wo die beiden Parteien sehr unterschiedliche Zugänge verfolgten. Die ÖVP setzte ihren Fokus auf ein stabiles Budget mit möglichst wenig Schuldenbelastung. Die SPÖ hingegen rückte die Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt und das VIC diente als Investition des Staates in den Arbeitsmarkt.

Interessant ist, dass bei den Nationalratswahlen 1975 und 1979 das VIC, obwohl es mehrere Debatten im Parlament beherrschte, im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielte und für beide Parteien die Debatte kaum einen Nutzen hatte. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre verlagert sich die Diskussion hin zur Frage der Auslastung des Gebäudekomplexes. Dies führt von Regierungsseite zu einer Intensivierung der diplomatischen Bemühungen gegenüber den Vereinten Nationen und einzelnen Staaten, vorrangig den USA. Parallel bemühte sich die ÖVP zu betonen, dass ihre Kritik nicht dem VIC an sich galt, um innen- wie außenpolitisch Irritationen zu vermeiden.

Ein Nebeneffekt der Kritik an den hohen Kosten war die Ausgliederung des Austrian Center Vienna (Konferenzzentrum) aus dem Projekt. An diesem sollte die Debatte in den folgenden Jahren weitergeführt werden. Dies ist jedoch nicht Thema dieser Arbeit.

Das VIC war im Wesentlichen ein Projekt Bruno Kreiskys. Kein anderer österreichischer Politiker spielte dabei innen- wie außenpolitisch eine vergleichbar wichtige Rolle. Seit das VIC am 23.08.1979 feierlich eröffnet wurde, kann es als eine Erfolgsgeschichte verbucht werden. Schon kurz nach seiner Eröffnung war die geplante Auslastung erreicht, da weitere Organisa-

tionen und Teile des UN-Generalsekretariats nach Wien übersiedelten. Heutzutage muss man festhalten, dass Österreich wirtschaftlich sehr stark vom VIC profitiert. Jährlich fließen 1,35 Mrd. an Bruttowertschöpfungseffekt von den internationalen Organisationen nach Österreich.⁴⁴¹ Der außenpolitische Mehrwert und der Wert für die Sicherheit des neutralen Österreich lässt sich schwer bemessen. Heutzutage arbeiten rund 5000 Mitarbeiter*innen bei 150 in Wien ansässigen internationalen Organisationen.⁴⁴²

⁴⁴¹ Saskia Hödl, Wiens Bau für die Welt. In: Die Zeit Nr. 31 (19.07.2023), online unter <<https://www.zeit.de/2023/31/uno-city-wien-sanierung-kosten>> (25.10.2024).

⁴⁴² Die Vereinten Nationen in Wien, online unter < <https://unis.unvienna.org/unis/de/about/unvienna.html>> (19.10.2024).

6. Literaturverzeichnis

6.1 Primärquellen

Franz *Adametz*, Die Regierung verschwendet täglich 5 Millionen bei einem einzigen Bürobau. Und redet vom Sparen. ÖVP. Wir wirtschaften besser (ÖVP-Bundesparteileitung Wien 1979), online unter <<http://media.obvsg.at/AC12204228-4201>> (08.06.2024).

Anwesenheitsliste für die Sitzung des Ministerrats am 13.09.1966. In: Verhandlungsschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ministerrats am 13.09.1966 9:00-10:05. Österreichisches Staatsarchiv.

Anwesenheitsliste für die Sitzung des Ministerrats am 20.12.1966. In: Verhandlungsschrift Nr. 27 über die Sitzung des Ministerrates am 20.12.1966. Österreichisches Staatsarchiv.

Arbeitslosenquote nach Bundesländern. In: AMS, Statistik Austria, online unter <<https://wko.at>> (31.08.2024).

Bericht des IAKW-Untersuchungsausschusses 1975, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/1688/imfname_320834.pdf>.

Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller mit der Überarbeitung der Planung, Errichtung Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien an die IAKW-AG zusammenhängenden Vorgänge, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/1688/imfname_320834.pdf> (21.09.2024).

Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller Umstände um den internationalen Ideenwettbewerb für Architekten zur Planung eines Amtssitzes internationaler Organisationen und eines Kongresszentrums in Wien sowie die vom Auslober getroffene Entscheidung (29.06.1972), online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/423/imfname_318811.pdf> (24.08.2024).

Hellmuth *Bock*, Gundomar *Eibegger*, Wir blenden auf, wir blenden ein - UNIDO bezieht 1967 Quartier in Wien (22.12.1966) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=0E32E654-180-00344-0004DCE4-0E322AFA&cHash=535356ed5f953dd98b18157186e780c3>> (24.04.2024).

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich Nr. 82/1958, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000318&Artikel=8&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht=>>> (20.5.2024).

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 150 (06.06.1972), Bundesgesetz: IAKW-Finanzierungsgesetz, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000512&ShowPrintPreview=True>> (10.06.2024).

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 87 (18.02.1975) Bundesgesetz: Änderung des IAKW-Finanzierungsgesetzes, online unter

<<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000512&ShowPrintPreview=True>> (10.06.2024).

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 315 (20. Juli 1979) Bundesgesetz: 2. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, online unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1979_315_0/1979_315_0.pdf (13.08.2024).

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 397 (27.09.1985) Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung samt Anlagen. 174. Stück, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XX/I/669/fnameorig_139543.html> (13.08.2024).

Beilage zur Tagesordnung für die 27. Sitzung des Ministerrats am 20. Dezember 1966. In: Ministerratsprotokoll (20.12.1966), Österreichisches Staatsarchiv.

Broschüre zur Aktenausstellung Amtssitz internationaler Organisationen und Konferenzzentrum in Wien im Bundeskanzleramt 24. April - 28. April 1972. In: Wiener Stadt- und Landesarchiv (Wien 1972).

Österreichisches Bundesministerium für Bauten und Technik, Ausschreibung für den öffentlichen internationalen Ideenwettbewerb für Architekten zur Planung eines Amtssitzes internationaler Organisationen und eines Konferenzentrums in Wien/Österreich (Wien 1968).

Jasmin *Bürger*, Was macht eigentlich der Ministerrat? In: Wiener Zeitung (10.04.2024), online unter <<https://www.wienerzeitung.at/a/was-macht-eigentlich-der-ministerrat#infos-und-quellen>> (07.06.2024).

Dag Hammarskjöld Library, online unter <https://digitallibrary.un.org/?ln=en&_gl=1*hn7mop*_ga*MTQxMjU1Nzc5My4xNzE0NDYzMDIw*_ga_TK9BQL5X7Z*MTcxNjI3ODgxNi4xNy4wLjE3MTYyNzg4MTcuMC4wLjA.>> (20.05.2024).

Die UNO-City Story (23. August 1979). In: Österreichische Mediathek.

Die Verschwender: „Leider kein Stück v. Ferdinand Raimund ...“ Parlamentsklub der ÖVP (Wien 1979).

Herbert *Dobrovolsky*, Inlandspresseschau: UNO-City. In: Mittagsjournal (24.08.1979) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0B0C10EB-176-00077-00000554-0B0B46DB>> (24.09.2024) 21:25-24:40.

Erklärung des österreichischen Vertreters in der 5. Kommission der Generalversammlung der UN zu Abschnitt 21 des Budgetvorschlags 1968 betreffend Planung des ständigen Amtssitzes der UNIDO (10. Dezember 1968). In: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, 1688 der Beilagen zu den stenografischen Protokollen des Nationalrats XIII. GP (Wien 1972).

Lepold *Esterle*, Außenminister Pahr zur UNO-City. In: Mittagsjournal (20.07.1978) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0774F3D3-100-00005-00000B50-07746152>> (27.09.2024) 30:31-30:43.

International Atomic Energy Agency, Atoms for Peace. A Pictorial History of the International Atomic Energy Agency (IAEA Wien 2007).

Leopold *Figl*, Sitz der Internationalen Atomenergiebehörde; Frage der Etablierung in Wien. Mündlicher Vortrag an den Ministerrat 25. April 1956. In: ZI513.681-Pol/56 Verhandlungsschrift 129/11 Österreichisches Staatsarchiv.

Johannes *Fischer*, Edgar *Strebenz*, Zusammenfassung der UNO-City Eröffnung. In: Mittagsjournal (23.08.1979) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0B0C051A-216-00070-00000554-0B0B46DB>> (15.10.2024) 14:52-31:52.

Felix *Gamillscheg*, Vor Entscheidung über Atomhauptquartier. Reaktorenbau: Koordinierung mit der Studiengesellschaft. In: Die Presse 06.03.1958, TS-3293 Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), [Sammlung von Zeitungsartikeln] 1946/67. Wienbibliothek im Rathaus (31.07.2024).

Letter from Charles de *Gaulle* to Lyndon B. Johnson (07.03.1966), online unter <https://www.cvce.eu/de/obj/letter_from_charles_de_gaulle_to_lyndon_b_johnson_7_march_1966-en-d97bf195-34e1-4862-b5e7-87577a8c1632.html> (20.08.2024).

Geschäftsstück des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten GZ. 100.30S-CO/71 vom 19.02.1971 betreffend das Protokoll einer Besprechung vom 18.02.1971 mit den Vertretern der UNIDO über das Raumprogramm, zitiert nach: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1975, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/1688/imfname_320834.pdf> (27. Juli 2024).

Grand Hotel, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Grand_Hotel> (26.04.2024).

Karl *Gruber*, Atombehörde in Wien. In: Österreich. Neue Tageszeitung (28.05.1958) 19–20.

Ernst *Heiss*, UNO-Zentrum Wien (Vorschlag für das Zentrum internationaler Organisationen auf dem Gelände zwischen Donaupark und Wagramer Straße in Wien) (Wien 1967).

Reinhold *Henke*, Die UNO-City Story. In: ORF Radio Österreich 1, (Wien 15.08.1979), Österreichische Mediathek, online unter <<https://www.mediathek.at/atom/01782A99-3CD-00B58-00000BEC-01772EE2/pool/bibl>> (16.11.2024).

Franz *Hetzenauer*, Maximilian *Pammer*, Die Nationalratswahl vom 6. März 1966, online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1966/start.aspx> (28.05.2024).

History of the Vienna International Centre, online unter <https://www.unov.org/unov/en/vic_history.html> (29.09.2024).

Inauguration des IAWK. Sitzung der Arbeitsgruppe 1 am 27. Oktober 1978. In: Donaupark-Vienna International Center, online unter < <https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001> > (24.05.2024).

International Atomic Energy Agency. General Conference. First Session, Vienna 1957. List of Delegates (Vienna 15.10.1957).

International Atomic Energy Agency, United Nations Industrial Development Organization an Dr. Bruno Kreisky (24.11.1970). In: Bruno Kreisky Archiv.

Peter *Jankowitsch* an H.E. Dr. Kurt Waldheim. (New York 13.02.1975), online unter <<https://search.archives.un.org/s-0904-0066-0003-00001>> 22. (25.09.2024).

Kabel Nr. 156. Sitzfrage ONUDI, Österreich 1964-1969. In: Swiss Federal Archives Bern, online unter <dodis.ch/31673> (01.05.2024).

Friedrich *Katscher*, Welt in Bewegung. UNO-Stadt-Weltstadt. In: Arbeiterzeitung (23.08.1979).

Peter T. *Kilborn*, Vast U.N. Complex Rises on Banks of Blue Danube. In: The New York Times, (14.02.1975), online unter <<https://www.nytimes.com/1975/02/14/archives/vast-un-complex-rises-on-banks-of-blue-danube.html>> (19.10.2024).

Peter *Klar*, UNO-City. In: Neues Volksblatt (23.08.1979).

Thomas *Klestil*, Entscheidungen auf dem Weg zur Ansiedelung internationaler Organisationen und zum Bau der UNO-City. Wien als dritte UNO-Stadt. In: Fritz *Hoffmann* (Hg.), UN-City Wien. Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien - Vienna International Centre (Wien 1979).

Bruno *Kreisky*, Die österreichische Alternative. In: FORUM 17/2 (1955) 166–187.

Bruno *Kreisky*, Neutralität und Koexistenz. Aufsätze und Reden (München 1975).

Signation: O-Ton Kreisky-Übergabe UNO-City an UNO. In: Mittagsjournal 23.08.1979 [Radiosendung ORF] 00:01-00:42, online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0B0C051A-216-00070-00000554-0B0B46DB>> (14.10.2024).

Johannes *Kunz*, Johannes *Fischer*, Dieter *Gettler*, Parlament: UNO-City Debatte (08.07.1972), online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=07587A79-3E5-0023E-000006C0-07576055&vol=16678&cHash=f04d15ed4fd66182a6951874898bad44>> (10.09.2024).

Erwin *Lanc*, Lothar *Bosse*, Nationalratswahl 06.05.1979, online unter <https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1979/start.aspx > (27.04.2024).

Minderheitsbericht. In: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1975, online unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/XIII/I/1688/imfname_320834.pdf> (27. Juli 2024).

Ministerratsprotokoll vom 13. September 1966. In: Österreichisches Staatsarchiv ADR 02 3.

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Eduard *Moser*, DDr. *König* und Gen. betreffend „optimale Nutzung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien (IAKW)“, Nr. 789/J (22.11.1976).

ORF-Fernseharchiv, Abendjournal (Gestaltung: Johannes *Fischer*) (11.02.1974), Rechnungshofbericht über UNO-City, Details, Vorgeschichte, Vergabe an Architekt Staber, ÖVP-Haltung.

ORF-Fernseharchiv, Österreich-Bild/Wien (Gestaltung: Gerhard *Vogl*) (13.02.1974), Baustelle der neuen UNO-City.

ORF-Fernseharchiv, Zeit im Bild (31.07.1974), Erhöhte Baukosten. News/Zuschnitt Österreich II/2-UNO-City Wien.

ORF-Fernseharchiv, Konferenzausschuss der UNO berät über Wiener UNO-City für Konferenzen (Gestaltung Rudolf *Stoiber*), Aktueller Dienst, Gerald *Hinteregger* (Hg.) (11.08.1974).

ORF-Fernseharchiv, Diskussion um UNO-City (Gestaltung: Eric A. *Peschler*, Claus *Gatterer*) (10.03.1976), UNO-City zwischen kleinkariert und Größenwahn.

ORF-Fernseharchiv, Eröffnung des internationalen Zentrums Wien. Übertragung aus der UNO (Aktueller Dienst, Sendungsarchiv Ö1), 21.08.1979.

ORF-Fernseharchiv, Zeit im Bild (23.08.1979), Reden von Bundeskanzler Bruno Kreisky und UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim zur feierlichen Eröffnung der UNO-City in Wien 00:00-00:01:42.11.

ORF-Fernseharchiv, Zeit im Bild 2 (Gestaltung: Robert Hochner) (23.08.1979), Eröffnung der UNO-City Wien und Schönbrunn.

Österreich: Ort der Begegnungen. In: Außenpolitischer Bericht 1979, online unter <<https://diglib.uibk.ac.at/urn:nbn:at:at-ubi:2-4099>> (03.05.2024).

Willibald *Pahr*, Address by the Foreign Minister of Austria H.E. Willibald Pahr, at the General Assembly of the United Nations (28.09.1978), online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=110D233F-0DA-0001E-00000EE4-110C7BE1&cHash=2870382e03f83fbf16f00382d7f39077>> (29.05.2024).

Willibald *Pahr* to His Excellency Kurt Waldheim No.711.7/49-I.6/79 (Wien 20.11.1979), online unter < <https://search.archives.un.org/s-0910-0011-03-00002>> (05.10.2024).

Helmut *Pfitzner*, UNO-City wird gebaut (Ausschnitt). In: Ö1-Mittagsjournal (18.12.1970), online unter

<<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=157470AD-33E-0013E-000013C4-1573BB37&cHash=6c4be6731195afbac03d38777aa4b155>> (27.04.2024).

Plakatsammlung, Wienbibliothek im Rathaus, online unter
<https://search.wienbibliothek.at/primo-explore/search?vid=WBR&tab=druckwerke&search_scope=WBR_PL> (22.09.2024).

Hugo *Portisch*, In den Mauern unserer Stadt. In: Kurier (01.10.1957), TS-3293 Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), [Sammlung von Zeitungsartikeln] 1946/67. Wienbibliothek im Rathaus.

Manfried *Rauchensteiner*, Die Stellung des Bundesheeres in der Innen- und Außenpolitik der Republik Österreich (04.04.1982), online unter
<<https://www.mediathek.at/atom/050D683B-1C2-000CD-00000278-050CC309>> (03.07.2024).

Seit heute flattern UNO-Fahnen neben dem Rathaus. Felder-Haus der UNIDO übergeben - Amtssitzabkommen in Kraft. In: *Rathauskorrespondenz*, Juli 1967, online unter
<https://presse.wien.gv.at/historischerk/1967//asset_publisher/wlyuW1CMwd9x/content/juli1967?redirect=%2Fweb%2Fpresse%2Fhistorische-rk%2F1967&inheritRedirect=true> (28.07.2024).

Regierungsvorlage. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (15.05.1997) Abschnitt 4, online unter
<https://www.parlament.gv.at/dokument/XX/I/669/fnameorig_139543.html> (30.07.2024).

Rote Affären. Die UNO-City. ÖVP kontrolliert (Wien 1974).

Otto *Rösch*, Lothar *Bosse*, Die Nationalratswahlen vom 1. März 1970 (Wien 1970), online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1970/start.aspx> (27.06.2024).

Otto *Rösch*, Lothar *Bosse*, Die Nationalratswahlen vom 10. Oktober 1971 (Wien 1971), online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1971/start.aspx> (27.06.2024).

Otto *Rösch*, Lothar *Bosse*, Die Nationalratswahl vom 5. Oktober 1975 (Wien 1975), online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1975/start.aspx> (05.05.2024).

Hans Werner *Scheidl*, Volkspartei glaubt an Märzahlen. Schleinzer, Koren in die Regierung? In: Die Presse (31.10./1.11.1974).

Hans Werner *Scheidl*, Babylon an der Donau. In: Die Presse (22.01.1975) 1.

Hans Werner *Scheidl*, UNO-City etwas billiger als zuerst befürchtet. In: Die Presse (13.06.1978), (Stiftung Bruno Kreisky Archiv).

Harry *Schleicher*, Wien – der dritte Sitz der UNO. In: Vereinte Nationen: German Review on the United Nations 27, 4 (Berlin 1979) 125–128.

Klaus *Schubert*, Martina *Klein*, Europäische Atomgemeinschaft (EAG)/EURATOM. In: Klaus *Schubert*, Martina *Klein*, Das Politiklexikon (Bonn 2020), online unter <<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17433/europaeische-atomgemeinschaft-eag-euratom/>> (24.09.2024).

Harry *Sichrovsky*, Oliver *Reverdin*, Genfer Vorbehalte gegen Wiener UNO-City. In: Mittagsjournal (20.12.1976) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=05CDCF9B-219-00086-00000658-05CD2FD2&vol=26908&cHash=daad715170407dbb7b202d96f63eaaad>> 35:18-39:36 (30.05.2024).

Helvi *Sipilä* an Kurt Waldheim, Proposed reaction of CSDHA to Vienna, (17.11.1978). In: Donauparkzentrum Wien, online unter < <https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001>> (08.10.2024).

Markus *Sommersacher*, Kreisky besucht UNO-City. In: Mittagsjournal (14.02.1979) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0AF71222-035-0014A-000009E0-0AF63CE9>> (05.10.2024) 38:37 -38:52.

Stellungnahme (fachliche und politische Argumente) zur Forderung des ÖVP-Bundesparteiobermanns von 18.04.1974 auf Beendigung der „Verschwendung“ bei der UNO-City als Beitrag zur Inflationsbekämpfung. In: Kreisky Archiv Wien.

Stenografisches Protokoll, Bundesrat 108. Sitzung (14.09.1955), online unter, <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/BR/BRSITZ/108> > (12.07.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat VIII.GP 2. Sitzung (04.07.1956), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/VIII/NRSITZ/2>> (26.07.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat XII GP 36. Sitzung (03.03.1971), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XII/NRSITZ/36>> (29.08.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 22. Sitzung (02.02.1972), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/22>> (15.09.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 28. Sitzung (27.04.1972), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/28>> (26.07.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 36. Sitzung (05.07.1972), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/36>> (10.09.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 37. Sitzung (08.07.1972), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/37>> (14.09.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 134. Sitzung (22.01.1975), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/134>> (27.07.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat XIII GP 151. Sitzung (03.07/04.07.1975), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XIII/NRSITZ/151>> (15.09.2024).

Stenografisches Protokoll, Nationalrat XV GP (27.06.1979), online unter <<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XV/NRSITZ/4>> (15.09.2024) 224.

Juliane *Stephan*, Genfer Kritik an UNO-Übersiedelung nach Wien. In: Mittagsjournal (22.08.1979) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/0B0BF51C-1D3-0006A-00000554-0B0B46DB>> (28.09.2024).

Rudolf *Stoiber*, UNO-Budgetausschuss debattiert über UNO-City Wien. In: Mittagsjournal, (20.12.1976) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/05CDCF9B-219-00086-00000658-05CD2FD2>> (16.05.2024) 30:00-34:34.

Rudolf *Stoiber*, Stand der österreichischen Bemühungen bei UNO zur optimalen Nutzung der UNO-City und Reaktion von UNO-Generalsekretär Waldheim. In: Morgenjournal (19.10.1978) [Radiosendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/082DAD7C-2C2-000F6-00000DB4-082CF354>> 19:47-23:47 (06.05.2024).

Brief von Hellmuth Strasser an H.E. Mr Kurt Waldheim, (New York, 15.07.1976). In: Austria-Kurt Waldheim Political-Country Files Austria, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0904-0066-0003-00001>> (22.05.2024).

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1973 (Wien 1974).

The UN in Geneva, online unter <<https://www.ungeneva.org/en/about/organizations>> (20.10.2024).

Lujo *Toncic-Sorinj*, Vereinte Nationen - Internationale Weltraumkonferenz; allfällige Abhaltung in Wien. Mündlicher Vortrag an den Ministerrat (Wien 13.September 1966). In: ZI.43.866-4a(Pol)66. Österreichisches Staatsarchiv.

Lujo *Toncic-Sorinj*, Wahl Wiens zum Amtssitz der neuerrichteten UN-Organisation für industrielle Entwicklung, UNIDO genannt. Mündlicher Vortrag an den Ministerrat (Wien 16.12.1966). In: ZI 127.442-10/66 Beilage F, Österreichisches Staatsarchiv.

Lujo *Toncic-Sorinj*, Nah- und Fernziele der österreichischen Außenpolitik. Vortrag in der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik (Wien 30. Oktober 1967). In: Andreas *Khol*, Dietmut *Kastner* (Hg.), Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik 7, (1) 289–295.

Ernst *Trost*, Österreich als Organisator: Atomkonferenz. In: TS-3293 Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) [Sammlung von Zeitungsartikeln] 1946/67, Kurier 28.09.1957. Wienbibliothek im Rathaus.

UN Agencies in Nairobi, online unter < <https://www.unon.org/content/other-un-agencies-nairobi> > (20.10.2024).

UNHCR, Wo wir tätig sind, online unter <<https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/wo-wir-taetig-sind>> (28.09.2024).

United Nations. Archives and Records Management Section, Sigvard Eklund to Willibald Pahr 9. Oktober 1978. Item S-0990-0008-08-00001 Donaupark-Vienna International Centre, New York, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001>> (15.05.2024) 132.

UN-System, online unter < <https://www.un.org/en/about-us/un-system> > (20.10.2024).

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA), online unter <<https://www.ungeneva.org/en/about/organizations/unocha>> (25.09.2024).

United Nations Office for Disarmament Affairs, online unter <<https://disarmament.unoda.org/>> (09.10.2024).

Untersuchungsausschüsse, online unter <<https://www.parlament.gv.at/services/infoteam/haeufige-fragen/untersuchungsausschuesse/index.html>> (17.09.2024).

Verein *Bruno Kreisky Archiv*, online unter < <https://www.kreisky.org/top/kontakt.html> > (21.05.2024).

Vereinte Nationen, Die Charta der Vereinten Nationen, online unter <<https://unric.org/de/charta/#kapitel7>> (26.06.2024).

Vereinte Nationen, Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, online unter <<https://unric.org/de/entwicklung-mitgliedschaft/>> (01.05.2024).

Vereinte Nationen, Die Familie der Vereinten Nationen in Wien, online unter <<https://www.unvienna.org/unvienna/de/2nd/unvienna.html> > (27.04.2024).

Verhandlungsschrift Nr. 14. Über die Sitzung des Ministerrats am 13. September 1966. In: ZI.43.866-4a(Pol)66. Österreichisches Staatsarchiv (20.09.2024).

Kurt *Waldheim*, Im Glaspalast der Weltpolitik (Düsseldorf/Wien 1985).

Kurt *Waldheim* an Peter Jankowitsch, (New York, 04.03.1975), online unter <<https://search.archives.un.org/s-0904-0066-0003-00001>> (23.09.2024).

Kurt *Waldheim* to Willibald Pahr (30.01.1979) Austria, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0904-0078-0003-00001>> (24.09.2024).

Gerhard *Weis*, Johannes *Fischer*, Parlament: Tumult um die UNO-City (05.07.1972) [Radio-sendung ORF], online unter <<https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=07586C5B-0C0->

00236-000006C0-07576055&vol=16683&cHash=a7210245fabd7d02a19a4afffa7e716a> (10.09.2024).

Werbung über die UNO-City. In: Bruno Kreisky Archiv.

Wiener Staatsoper Gala anlässlich der Eröffnung der UNO-City Wien (01.09.1979). In: Österreichische Nationalbibliothek, online unter < <https://digital.onb.ac.at/rep/osd/?11610FC2> > (03.05.2024).

„World Role in Science“. Vienna: Financial Times Survey. In: Financial Times (23.08.1979), 25–26, online unter Financial Times Historical Archive, <<https://link.gale.com/apps/doc/HS2303865175/FTHA?u=43wien&sid=bookmark-FTHA&xid=b3a560f4>> (01.06.2024).

Quellen aus dem UN Online-Archiv (in chronologischer Reihenfolge)

United Nations *General Assembly, Ninth Session*, 810 (IX) International Cooperation in developing the peaceful uses of atomic energy (04.12.1954), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/666035?ln=en&v=pdf>> (07.06.2024).

United Nations *Secretariat*, Advisory Committee on the peaceful use of Atomic Energy. Relationship of the international Atomic Energy Agency to the United Nations (Proposals of the United States of America) (26.03.1956), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/783522?ln=en&v=pdf>> (07.06.2024).

United Nations *General Assembly, Eleventh Session*, 1115 Authorization for the Advisory Committee established by General Assembly resolution 810 (IX) to negotiate on behalf of the United Nations an agreement to establish relations between the United Nations and the International Atomic Energy Agency, (11.01.1957), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/207997?ln=en&v=pdf>> (24.05.2024).

United Nations *Secretariat*, Advisory Committee on the peaceful use of Atomic Energy. Summary Record of the Thirtieth Meeting ST/SG/AC.1/SR.30 (24.07.1957), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/783519?ln=en&v=pdf>> (01.06.2024).

United Nations *General Assembly, Twelfth Session*, Report of the international Atomic Energy Agency to the General Assembly. Note by the Secretary-General, A/3747 (22.11.1957), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/840422?ln=en&v=pdf>> (17.06.2024).

United Nations *General Assembly, Twentieth Session*, 2089 Establishment of the United Nations Organization for Industrial Development, (20.12.1965), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/203887?ln=en&v=pdf>> (25.05.2024).

United Nations *General Assembly, Twenty-first Session*, Activities in the field of Industrial Development, Note by the Secretary General, A/6433 (22.09.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/849227?ln=en&v=pdf>> (20.06.2024).

United Nations *General Assembly, Twenty-first Session*, Activities in the field of Industrial Development. Note by the Secretary-General, Agenda Item 41 A/6468 (14.10.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/849203?ln=en&v=pdf>> (08.06.2024).

United Nations *General Assembly, Twenty-first Session*, Activities in the field of Industrial Development. Note by the Secretary General A/6468/Add.1 (01.12.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/849276?ln=en&v=pdf>> (10.06.2024).

United Nations *General Assembly, Twenty-first Session*, Agenda Item 41, Activities in the field of Industrial Development, A/6415/Add.1 (09.12.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/849158?ln=en&v=pdf>> (10.06.2024).

United Nations *General Assembly, Twenty-first Session*, Activities in the field of Industrial Development. Report of the Ad Hoc Committee on the United Nations Organisation for Industrial Development A/6508/Add.1 (16.12.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/853541?ln=en&v=pdf>> (20.03.2024).

United Nations *General Assembly, Twenty-first Session*, 2212 Headquarters of the United Nations Industrial Development Organization (17.12.1966), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/203202?ln=en&v=pdf>> (11.06.2024).

United Nations, Document A/C.2/232. Facilities required in connection with the location of the secretariat of the United Nations Industrial Development Organization. In: Official Records of the General Assembly. Twenty-first Session. Annexes Volume II (1966) 250.

United Nations *General Assembly, Twenty-seventh Session*, Pattern of Conferences A/Res/2960 (13.12.1972), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/191948?ln=en&v=pdf>> (01.10.2024).

United Nations *General Assembly, Twenty-ninth Session*, Pattern of Conferences, Letter dated 04.04.1974 from the Permanent Representative of Austria to the United Nations addressed to the Secretary General. A /9589 (05.04.1974), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/852555?ln=en&v=pdf>> (30.09.2024).

United Nations *General Assembly, Twenty-ninth Session*, Pattern of Conferences. Joint Inspection Unit. Report of the Joint Inspection Unit on the pattern of conferences of the United Nations and the possibilities for more rational and economic use of its conference resources. A/9795 (07.10.1974), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/855797?ln=en&v=pdf>>.

United Nations *General Assembly, Twenty-ninth Session*, Inclusion of Vienna in the pattern of Conferences. A/RES/3350 (18.12.1974), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/190383?ln=en&v=pdf>> (24.09.2024).

United Nations *General Assembly, Thirtieth Session*, Pattern of Conferences. Inclusion of Vienna in the pattern of conferences. Report of the Secretary-General A/10348 (17.11.1975), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/1325664?ln=en&v=pdf>> (29.09.2024).

United Nations *General Assembly, Thirtieth Session*, Inclusion of Vienna in the pattern of conferences. A/RES/3529 (16.12.1975), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/189804?ln=en&v=pdf>> (24.09.2024).

United Nations *General Assembly, Thirty-first Session*, Report of the Economic and Social Council, Letter dated 01.10.1976 from the Permanent Representative of Austria to the United Nations addressed to the Secretary General A/C.2/31/3 (6.10.1976), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/664921?ln=en&v=pdf>> (05.10.2024).

United Nations *General Assembly, Thirty-first Session*, Agenda Item 99(b) United Nations Accommodation. Utilization of office Accommodation and Conference Facilities at the Donaupark Centre in Vienna. Report of the Secretary-General A/C.5/31/34 (11.11.1976), online unter < <https://digitallibrary.un.org/record/3862895?ln=en&v=pdf> > (26.09.2024).

United Nations *General Assembly, Thirty-first Session*, Utilization of office accommodation and conference facilities at the Donaupark Centre in Vienna. A31/194 (22.12.1976), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/189110?ln=en&v=pdf>> (03.09.2024).

Memorandum of Understanding. United Nations / The United Nations Industrial Development and the International Atomic Energy Agency. (17.03.1977), online unter <<https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001>> (30.05.2024) 175.

Notes on a meeting held in the Secretary-General's Office on Monday, 25.09.1978, 10:00, Kurt Waldheim, Willibald Pahr, Thomas Klestil, Anton Prohaska, Albert Rohan. In: Austria x ref Donaupark, online unter < <https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001> > (15.05.2024) 138.

Notes on a meeting held in on Friday, 29.09.1978, 12:55, Kurt Waldheim, Hannes Androsch, Thomas Klestil. In: Austria x ref Donaupark, online unter <<https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001>> (15.05.2024) 136.

United Nations *General Assembly, Thirty-third Session*, Agenda Item 102 (a), United Nations Accommodation, Accommodation at the Donaupark Centre in Vienna. Revised estimates under sections 5c, 12, 14, 20, 22, 23, 25, 26 and Income sections 1, 2 and 3. Report of the Secretary General, (22.11.1978), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/668818?ln=en&v=pdf>> (28.09.2024) 14.

United Nations *General Assembly, Thirtieth-third Session*, United Nations Accommodation. Report of the Secretary General (16.12.1978). In: Donaupark Vienna International Centre, online unter< <https://search.archives.un.org/s-0990-0008-08-00001>> (04.07.2024).

United Nations *General Assembly, Thirty-third Session*, 33/181 Accommodation at the Vienna International Centre (21.12.1978), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/187800?ln=en&v=pdf>> (30.05.2024).

United Nations *General Assembly, Thirty-third Session*, 33/192 United Nations Conference of Science and Technology for Development (29.01.1979), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/1748?ln=en&v=pdf>> (06.10.2024).

United Nations General Assembly, Thirty-fourth Session, Proposed Programme Budget for the Biennium 1980-1981. Accommodation at the Vienna International Centre. Report of the Secretary-General, A/C.5/34/38 (23.11.1979), online unter <<https://digitallibrary.un.org/record/9344?ln=en&v=pdf>> (28.07.2024).

United Nations *General Assembly, Thirty-fourth Session*, Fifth Committee, Agenda Item 98, Proposed Programme Budget für the Biennium 1980-1981, Accommodation at the Vienna International Centre. Report of the Secretary-General, A/C.5/34/38 (05.12.1979), online unter <<https://search.archives.un.org/s-0910-0011-03-00002>> (25.08.2024) 37–48.

Zeitungsberichte

Wien – Sitz der internationalen Atombehörde? Communiqué des Ministerrates- Der australische Ministerpräsident im Juni in Österreich. In: Die Presse (26.04.1956) 1.

Das Rathaus muss sich entscheiden. Experten der Atomenergiebehörde prüfen Übersiedlung nach Wien. In: Österreichische Neue Tageszeitung (24.03.1957) 1.

Der Blick auf das Parlament. In: Wochenpresse 38, (21.09.1957) o.S.

Ein sensationeller Vorschlag der Großmächte: Wien – Atomwaffen-Kontrollzentrum. Außenminister Dr. Kreisky: Österreich wird dieses Angebot gerne annehmen. In: Arbeiterzeitung (25.07.1959) TS-3293 Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), [Sammlung von Zeitungsartikeln] 1946/67. Wienbibliothek im Rathaus (31.07.2024).

Wochenpresse (20.11.1967).

Wochenpresse (29.11.1967).

Bisher Kindergarten. In: Der Spiegel 4/1971, online unter <<https://www.spiegel.de/politik/bisher-kindergarten-a-52acc948-0002-0001-0000-000043375325?context=issue>> (15.09.2024).

Entscheidung über Wiener UNO-City. In: Stadt Wien. Offizielles Organ der Bundeshauptstadt Nr. 31 (01.08.1970).

Rechnungshofkritik an VP-Regierung. UNO-City: Österreichs Angebot wurde 1967 nicht limitiert. Bericht im Parlament. In: Arbeiterzeitung (23.10.1974).

New York: Gratz wirbt für UNO-City. Bürgermeister erläutert der Presse die Vorteile des Standorts Wien. In: Arbeiterzeitung (04.12.1974).

Selbstverachtung. In: Arbeiterzeitung (06.07.1975), (Stiftung Bruno Kreisky Archiv).

UN-City Bern gegen Wien. EG musste vermitteln. In: Die Presse (Wien 10.03.1976).

Plötzlich bekennt sich die ÖVP auch in Zukunft zur UNO-City. In: Arbeiterzeitung (18.06.1978), (Stiftung Bruno Kreisky Archiv).

UNO-City. Symbol des Friedens und der sicheren Zukunft der Jugend. Feierliche Übergabe-
Blaue UNO-Fahne weht über dem neuen Wahrzeichen Wiens. In: Arbeiterzeitung
(23.08.1979).

Peter *Vujica*, Die Wiener UNO-City wird heute festlich eröffnet. Eine rote Blume für die
OeVP. In: Grazer Kleine Zeitung (23.08.1979).

Paul *Yvon*, Eine City an der Straßenbahn. Wenn Wien zur Weltstadt wird. In: Die Presse
(23.08.1979) 1.

6.2 Sekundärliteratur

Robert Karl *Albrecht*, Der UN-Standort Österreich und der außenpolitische Status Österreichs
nach 1945, Diplomarbeit Universität Wien (Wien 2007).

Günter *Bischof*, Peter *Ruggenthaler*, Österreich und der Kalte Krieg. Ein Balanceakt zwischen
Ost und West (Wien/Graz 2022).

Peter *Borowsky*, Barbara *Vogel*, Heide *Wunder*, Einführung in die Geschichtswissenschaft 1,
Grundprobleme, Arbeitsorganisation, Hilfsmittel (Opladen 1989) 55.

Franz *Cede*, Christian *Prosl*, Ambition and Reality. Austria's Foreign Policy since 1945 (Inns-
bruck 2017).

Werner *Clement*, Klaus *Glaser*, Der Koren-Plan. In: Werner *Clement*, Karl *Socher* (Hg.), Ste-
phan Koren – Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspolitiker in Österreich (Wien 1989).

Felix *Czeike* (Hg.), Historisches Lexikon (Wien 1997), online unter
<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Sozialdemokratische_Partei_%C3%96sterreichs>
(21.05.2024).

Einar H. *Dyvik*, Number of United Nations secretariat employees in 2022, by office location
(04.07.2024), online unter <<https://www.statista.com/statistics/1317609/united-nations-locations-secretariat-staff-by-office/>> (07.10.2024).

Martin *Eichtinger*, Helmut *Wohnout*, Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte
(Wien/Graz/Klagenfurt 2008).

Klaus *Emmerich*, Unterwegs zum Frieden. 50 Jahre Österreich in den Vereinten Nationen.
(Wien 2005).

Laurenz *Ennser-Jedenastik*, Die politischen Parteien. In: Martin *Senn*, Franz *Eder*, Markus
Kornprobst. Handbuch zur Außenpolitik Österreichs (Wiesbaden 2023) 77–93.

Heinz *Fischer*, Die Kreisky-Jahre 1967-1983 (Wien 1994).

Eric Frey, Konferenzplatz Wien: Vienna as an international Conference Site. In: Günter Bischof, Fritz Plasser, Anton Pelinka et al. (Hg.), Global Austria. Austria's Place in Europe and the World (Innsbruck 2011) 147–160.

Gerlinde Fritz, Guido Blechl (Hg.), Österreichische Zentralbibliothek für Physik. Geschichte, Dokumente, Dienste (Wien 2004).

Laurenz Fürst, Der Austro-Porsche. Bruno Kreisky und die österreichische Automobilindustrie (Wien 2018).

Laure Gallouet, Wie glaubwürdig ist die österreichische Neutralität? Innen und Außenwahrnehmung seit 1955. In: Zustand und Zukunft der österreichischen Neutralität: Eine Auseinandersetzung (Juni 2024) 2–8.

Michael Gehler, Die österreichische Außenpolitik unter der Alleinregierung von Josef Klaus 1966-1970. In: Robert Kriechbaumer, Franz Schausberger, Hubert Weinberger et al. (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus. (Salzburg 1994).

Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der Alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts (Innsbruck/Wien/Bozen 2005).

Michael Gehler, "to guarantee a country which was a military vacuum" Die Westmächte und Österreichs territoriale Integrität 1955-1957. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken: NATO, Warschauer Pakt und Österreich (Wien/Köln/Weimar 2010) 89–134.

Konrad Ginther, Neutralität und Neutralitätspolitik. Die österreichische Neutralität zwischen Schweizer Muster und sowjetischer Koexistenzdoktrin (Wien/New York 1975).

Sandra Gintsberger, Karina Karik, Melanie Petrov et al., Österreich in den Vereinten Nationen. In: Martin Senn, Franz Eder, Markus Kornprobst (Hg.), Handbuch Außenpolitik Österreichs (Wiesbaden 2023) 679–697.

Saskia Hödl, Wiens Bau für die Welt. In: Die Zeit Nr. 31 (19.07.2023), online unter <<https://www.zeit.de/2023/31/uno-city-wien-sanierung-kosten>> (25.10.2024).

Alloul Houssine, Michael Auwers, What is (New in) New Diplomatic History? In: Journal of Belgian History XLVIII, (4) (Brüssel 2018) 112–123.

Peter Jankowitsch, Österreich und die dritte Welt. Ein neues Kapitel Außenpolitik. In: Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.), Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik (Wien/München/Zürich 1983) 257–293.

Christian Jenny, Konsensformel oder Vorbild? Die Entstehung der österreichischen Neutralität und ihr Schweizer Muster (Bern/Wien 1995).

Manfred Juraczka, Ideologie und Alltag: Die Wahlprogramme der österreichischen Volkspartei seit 1945 (ungedr. Diss. Universität Wien 1999).

Andreas *Khol*, Außenpolitik zwischen Konflikt und Konsens, Versuch einer Bilanz 1975-1978. In: Andreas *Khol*, Alfred *Stirnemann* (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik (Linz/München 1978) 161–198.

Rudolf *Kirchschläger*, online unter <<https://www.parlament.gv.at/person/13960>> (21.06.2024).

Horst *Knapp*, Stephan Koren als Finanzpolitiker. In: Werner *Clement*, Karl *Socher* (Hg.), Stephan Koren – Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspolitiker in Österreich (Wien 1989).

Hans. G. *Knitel*, Wien als Sitz internationaler Organisationen und als internationale Konferenzstadt. In: Andreas *Khol*, Günther *Ofner*, Alfred *Stirnemann* (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985 (Wien 1986).

Sarah *Knoll*, Elisabeth *Röhrlich*, Das neutrale Österreich als Sitz internationaler Organisationen. Entstehung und Verselbstständigung politischer Narrative. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft (Wien 2023).

Helmut *Kramer*, Aspekte der österreichischen Außenpolitik (1970-1985). In: Erich *Fröschl*, Helge *Zoitl* (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985 Fünfzehn Jahre die Österreich verändert haben. (Wien 1985) 187–201.

Helmut *Kramer*, Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Helmut *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang Claudius *Müller*, Emerich *Tálos* (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch (Wien 2006) 807–838.

Robert *Kriechbaumer*, Geschichte der ÖVP. In: Robert *Kriechbaumer*, Franz *Schausberger* (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. (Wien/Köln/Weimar 1995).

Landtagswahl Kärnten (02.03.1975), online unter <<https://www.wahldatenbank.at/>> (10.06.2024).

Volkmar *Lauber*, Dieter *Pesendorfer*, Wirtschafts- und Finanzpolitik. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Helmut *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang Claudius *Müller*, Emerich *Tálos* et al. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch (Wien 2006).

Ursula *Lehmkuhl*, Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus. In: Geschichte und Gesellschaft 27, (3) (Göttingen 2001) 394–423.

Carlos A. *Magarinos*, George *Assaf*, Sanjaya *Lall* et al., Reforming the UN-System. UNIDO's Need-Driven Model (Leiden/Boston 2001) 81–91.

Reinhard *Meier-Walser*, Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966-1970 (München 1988).

Hanspeter *Neuhold*, Außenpolitik, dauernde Neutralität und internationale Organisationen aus österreichischer Sicht. In: Friedrich *Koja*, Gerald *Strouzh* (Hg.), Schweiz - Österreich. Ähnlichkeiten und Kontraste (Wien/Köln/Graz 1986).

Rod *Pritchard-Smith*, The Vienna International Centre. In: United Nations Chronicle 37, (1) (2000) 82.

Markus J. *Prutsch*, „Neutralität“ – Positionen und Positionswandel der ÖVP im Spiegel von Grundsatz- und Wahlprogrammen sowie Regierungserklärungen der Zweiten Republik: eine Bilanz. In: Medien und Politik ÖZP 35 (2006) 425–439.

Franz *Quendler*, Der UN-Sitz Wien im Kontext sich verändernder Rahmenbedingungen der österreichischen Außenpolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 24, (4) (Wien 1995) 433.

Oliver *Rathkolb*, Die Kreisky-Ära 1970-1983. In: Rolf *Steininger*, Michael *Gehler*, Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Wien/Köln/Weimar 1997).

Oliver *Rathkolb*, „Austria-sieve to the East“: Austria’s neutrality during the East-West economic war 1945/8-1989. In: Gertrude Enderle-*Burcel*, Piotr *Franaszek*, Dieter *Stiefel* et al. (Hg.), Gaps in the Iron Curtain. Economic Relation between Neutral and Socialist Countries in Cold War Europe (Krakau 2014) 11–25.

Oliver *Rathkolb*, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015).

Manfried *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Göttingen 2021).

George Wilhelm *Rehm*, Weltraumfragen in der UNO 1967-1969. In: Vereinte Nationen: German Review on the United Nations 17 (3) (Bad Neuenahr-Ahrweiler, 1969) 84.

Margit *Reiter*, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ (Göttingen 2019).

Elisabeth *Röhrlich*, A Century in a Lifetime. Biographical Approaches to Bruno Kreisky (1911-1990). In: Günter *Bischof*, Fritz Plasser, Eva *Maltschnig* (Hg.), Austrian Lives (Innsbruck 2012) 147–163.

Elisabeth *Röhrlich*, Die Gründung der International Atomic Energy Agency (IAEA) in Wien: Österreich, die atomare Herausforderung und der Kalte Krieg. In: Wolfgang L. *Reiter*, Juliane *Mikoletzky*, Mitchell G. *Ash*, Herbert *Matis*, Wissenschaft, Technologie und industrielle Entwicklung in Zentraleuropa im Kalten Krieg (Wien 2017).

Elisabeth *Röhrlich*, Inspectors for Peace. a history of the International Atomic Energy Agency (Baltimore 2022).

Erwin A. *Schmidl*, Unorientiert oder UN-orientiert? Österreich und die Vereinten Nationen 1945-1995. In: Rudolf G. *Ardelt* (Hg.), Österreich - 50 Jahre Zweite Republik: Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995 (Linz/Innsbruck/Wien 1997) 138–145.

Erwin A. *Schmidl*, Wien als internationales Zentrum. In: Michael *Dippelreiter* (Hg.), Wien seit 1945-die Metamorphose einer Stadt (Wien 2013) 703–731.

Hans *Seidl*, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Kreisky-Ära (Wien 2017).

Martin *Senn*, Österreichs Neutralität. In: Martin *Senn*, Franz *Eder*, Markus *Kornprobst* (Hg.), Handbuch Außenpolitik Österreichs (Wiesbaden 2023).

Andreas *Steiger*, Das Bundesheer in den Jahren 1968-1975. Beiträge zur Geschichte des Bundesheeres der Zweiten Republik. In: Wolfgang *Schober* (Hg.), Vielfalt in Uniform: ausgewählte Arbeiten des 2. Grundausbildungsjahrganges an der Landesverteidigungsakademie 2003/2004 (Wien 2005) 161–219.

Walter *Stermann*, Der „Koren-Plan“: Das neue wirtschaftspolitische Konzept. In: Wirtschaftsdienst 48, (8) (Hamburg 1968) 453–455.

Gerald *Stifter*, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983 (Innsbruck/Wien/Bozen 2006).

Gerald *Stourzh*, Wolfgang *Mueller*, Der Kampf um den Staatsvertrag 1945-1955: Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität Österreichs (Wien/Köln/Weimar 2020).

Wolfgang *Strasser*, Österreich und die Vereinten Nationen. Eine Bestandsaufnahme von 10 Jahre Mitgliedschaft. (Wien 1967).

Ferdinand *Trauttmansdorff*, Österreichs Außenpolitik als Sicherheitspolitik. In: Renate *Kicker*, Wolfgang *Benedek* (Hg.), Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen, Strategien, Stellungnahmen (Salzburg 1983).

Jodok *Troy*, Amtssitzpolitik. In: Martin *Senn*, Franz *Eder*, Markus *Kornprobst* (Hg.), Handbuch Außenpolitik Österreichs (Wiesbaden 2023) 241–266.

Die Vereinten Nationen in Wien, online unter
<<https://unis.unvienna.org/unis/de/about/unvienna.html>> (19.06.2024).

Kurt *Waldheim*, online unter <<https://www.parlament.gv.at/person/13961>> (30.05.2024).

Beatrice *Weinmann*, Josef Klaus. Ein großer Österreicher (Wien 2000).

Odd Arne *Westad*, The New International History of the Cold War: Three (Possible) Paradigms. In: Diplomatic History 24, (4) (Oxford 2000) 551–565.

Helmut *Wohnout*, „Res publica semper reformanda“. In: Thomas *Köhler*, Christian *Mertens* (Hg.), Charaktere in Divergenz. Die Reformer Josef Klaus und Erhard Busek (Wien 2011).